

Stenographisches Protokoll.

194. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. Mittwoch, den 13. Juni 1923.

Inhalt.

Regierungsvorlage: Gesetzentwurf, betr. die Streitwertnovelle vom Jahre 1923 (B. 1545) (5915).

Völkerbundanleihe: Mitteilungen des Finanzministers Dr. Riebenböck über die Sicherung der Völkerbundanleihe (5957) — Antrag Seiz auf Eröffnung der Debatte (5960).

Verhandlung: Bundesvoranschlag und Bundesfinanzgesetz für 1923 (B. 1428) — Fortsetzung der Spezialdebatte über Gruppe XII, „Land- und Forstwirtschaft“ — Geisler (5915 u. 5945), Witternigg (5918 u. 5964), Gruber (5919 u. 5964), Eidersch (5924), Niedrist (5927), Viehhauser (5931), Zug (5932), Morawitz (5933), Dr. Urjin (5936), Klug (5942), Dr. Reisch (5945 u. 5960), Schneidmahl (5946), Forstner (5954), Spezialberichterstatter Eisenhut (5961) — Abstimmung (5965) — Spezialdebatte über Gruppen XIII, „Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten“, XVI, „Verkehrsweisen, Bundesministerium für Verkehrsweisen, Hoheitsverwaltung“, XVII, „Sozialisierung“ — Spezialberichterstatter über XIII, Partik (5965), Spezialberichterstatter über XVI und XVII, Dr. Angerer (5966).

Eingebracht wurden:

Anträge: 1. Dr. Schmidt, betr. Schaffung eines neuen zeitgemäßen Disziplinarstatuts für Rechtsanwälte und einer Rechtsanwaltsordnung (B. 1547);

2. Dr. Reibler, Dr. Urjin, Bösch, betr. die Bekämpfung von Pflanzenschädlingen (B. 1548).

Anfrage: Dr. Schmidt, Dr. Urjin: Landwirtschaftsminister, betr. die Beschäftigung volksfremder Arbeiter im Staatsgefitte „Waldbhof“ (557/I).

Verteilt wurden:

Regierungsvorlage B. 1544; Bericht des Ausschusses für Erziehung und Unterricht B. 1533, Bericht des Ausschusses für soziale Verwaltung B. 1545.

Präsident Dr. Weiskirchner eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Min. vorm.

Eingelangt ist eine Regierungsvorlage, betr. die Streitwertnovelle vom Jahre 1923 (B. 1545).

Es wird zur L. O. übergegangen, das ist die Fortsetzung der Spezialdebatte über den Bundesvoranschlag und das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1923 (B. 1428). In Verhandlung steht XII, „Land- und Forstwirtschaft“.

Geisler: Hohes Haus! Wie wohl! nicht anders zu erwarten war, hat in der Debatte über das diesjährige Budget das Kapitel Landwirtschaft einen sehr breiten Raum eingenommen. Es ist wohl

nicht mehr notwendig, daß ich heute all das, was hier ins Treffen geführt wurde, nochmals wiederbegebe und das hohe Haus noch weiter damit aufhalte. Es wäre schade um die kostbare Zeit. Wir alle haben es gehört und wir alle können nur den einen Wunsch haben, daß alle diejenigen, die an dem Wiederaufbau und an der Landwirtschaft speziell als an derjenigen Körperschaft, die die Grundfesten des Staates und der menschlichen Gesellschaft bildet, ein Interesse hat, sich das zu Herzen nehmen und auch in die Tat, ins Werk umsetzen.

Ich kann aber nicht umhin, heute als Vertreter der Landwirtschaft, insbesondere als Vertreter der Kleinbauern die gestern von dieser Stelle aus gemachten zum Himmel schreienden Anschuldigungen etwas näher zu beleuchten und auf das richtige Maß zurückzuweisen. Es sei mir gestattet, den letzten Herrn Redner, den Herrn Abg. Morawitz, in seinen Ausführungen zuerst etwas aufs Korn zu nehmen. Eine solche Pauschalverdächtigung und eine solche Anschuldigung, wie sie sich dieser Herr gestern von dieser Stelle aus geleistet hat, schreit tatsächlich zum Himmel um Rache. *(Lebhafte Zustimmung.)* Wir verwahren uns auf das allerentschiedenste, daß wir unsere Bauernhirnen, unsere Frauen als feile Hirnen hinstellen lassen. *(Lebhafte Zustimmung.)* Wir verwahren uns auf das allerentschiedenste, daß wir unsere Bauern und unsere Bauernsöhne hier in diesem Hause offen als unmoralische Menschen kennzeichnen und charakterisieren lassen. *(Erneute Zustimmung.)* Wir weisen das mit aller Entschiedenheit zurück. *(Lebhafter Beifall.)* Dieser Herr Morawitz mag das vielleicht hier im Lande Wien, im Pfuhe der Großstadt am Platz finden, aber draußen auf dem Lande ist das nicht am Platz und deswegen weise ich das mit aller Entschiedenheit zurück. *(Lebhafter Beifall. — Zwischenrufe.)*

Von dieser Stelle aus hat auch ein anderer Redner . . . *(Neuerliche Zwischenrufe.)* Ich bitte, lassen Sie sie ruhig ausreden, sie werden schon aufhören. Wenn der Herr Sever fertig ist, gestatten Sie, daß ich meine Rede fortsetze.

Der Herr Abg. Pölzer hat gestern eine sehr zutreffende Bezeichnung und Charakterisierung gemacht, indem er gesagt hat, die Landwirtschaft werde stiefmütterlich behandelt. Sehr richtig, vollkommen

zugegeben und unterstrichen! Aber von welcher Seite der Volksvertretung? Nicht von der rechten Seite des Hauses, wohl aber von der oppositionellen Seite des Hauses wird sie wirklich an die Wand gedrückt und stiefmütterlich behandelt. Ich werde gleich den Beweis erbringen. Erinnern Sie sich, meine Hochverehrten von der Oppositionspartei, an das Jahr 1921! Erinnern Sie sich an die Notlage der bäuerlichen Bevölkerung, an die Notlage der Landwirtschaft, von der der Herr Abg. Pölzer so ausgiebig gesprochen hat, natürlich weil im Herbst die Wahlen kommen. (*So ist es!*) Damals war es, wo meine Wenigkeit den Antrag gestellt hat und lange arbeiten mußte, bis wir eine Ausführmöglichkeit für unser hochqualifiziertes, hochgezüchtetes Nutz- und Zuchtvieh erreicht haben. Und von welcher Seite des Hauses ist dann die Landwirtschaft damals an die Wand gedrückt worden? Von Ihnen, meine sehr verehrten Herren! Ihnen ist es am 10. September vorbehalten gewesen, diese kaum bewilligte Ausführbewilligung zu sabotieren und wieder zu Fall zu bringen. Klopfen Sie an die Brust und sagen Sie: *Mea culpa*, daß wir die Landwirtschaft an die Wand gedrückt haben! (*Heiterkeit. — Zwischenrufe.*) Das ist Ihre Arbeit!

Nun komme ich zu einem anderen Redner, es ist der Herr Kollege Viehauser vom Lande Salzburg. Dieser Herr hat gestern von Klassen-gegensätzen zwischen den Kleinbauern und Großbauern gesprochen. Sehr verehrter Herr Kollege Viehauser, ich kann Sie eines andern versichern, was Sie zwar ohnedies wissen: Bei uns im Lande Salzburg, in den Alpenländern und ich behaupte auch in den übrigen Bundesländern bestehen zwischen Klein- und Großbauern keine Klassen-gegensätze. (*Beifall und Händeklatschen.*) Es müßte denn sein, daß Sie späterhin in die Lage kommen, einen solchen hineinzutragen, daß Sie sich reichlich bemühen, daß Sie schon lange darauf ansetzen, zwischen Kleinbauern und Großbauern einen Klassen-gegensatz künstlich zu konstruieren. Das wissen wir. Das wissen aber auch unsere Bauern. Und wenn sie es nicht wissen sollten, so werden wir Sorge tragen, Herr Viehauser, daß Sie als Bauernvertreter Ihre gestrige Leistung hier bei der Wahl ordentlich heimgezahlt bekommen. (*Lebhafte Zwischenrufe.*) Der Herr Kollege Viehauser hat dann auch von den großen Gegensätzen in der bäuerlichen Bevölkerung zwischen den sogenannten Körndl- und Hörndlbauern gesprochen.

Hohes Haus! Es dürfte vielleicht eine allbekannte Tatsache sein, daß die Organisation des Reichsbauernbundes nicht die kleinste Organisation in unserer Republik ist. Und wenn der Gegensatz zwischen diesen beiden Gruppen der Körndlbauern einerseits und der Hörndlbauern anderseits ein gar so großer, wenn die Meinungsverschiedenheiten

unüberbrückbare wären, dann wäre es wohl kaum möglich gewesen, eine so große Organisation zu konstruieren, die man in der Politik so tatkräftig verspürt.

Herr Viehauser hat sich gestern über die niedrigen Preise des Viehs beklagt und hat aus seinen Erlebnissen ein Beispiel angeführt. Er hat behauptet, was auch wahr sein wird, daß er im vergangenen Herbst für eine schöne hochtrachtige Kalbin nur 1½ Millionen bekommen hat, das heißt, pro Kilogramm Lebendgewicht zirka 4000 K. Aber im nächsten Sage schon hat dieser Herr einen Wutausbruch über später einmal eventuell zu schaffende Schutzzölle für die Agrarier bekommen. Also hochverehrter Herr Viehauser! Wie stellen Sie sich das vor, wenn Sie heute schon darüber jammern? Wie werden Sie dann in späteren Zeiten, wenn die Handelsverträge einmal wieder akut sind, wenn wir vom Auslande, von den Balkanstaaten mit Vieh so wie in den Vorkriegszeiten wieder überschwemmt werden, wie werden Sie dann die höheren Preise für das Produkt des Kleinbauern erzielen, wenn Sie die Schutzzölle als so eminent volksschädlich besonders für den Kleinbauern hinstellen? Ob Ihnen die Salzburger und die Gebirgsbauern für diese Großtat, für diese Ihre Ansicht, die Sie da zum Besten gegeben haben, Dank wissen werden, lasse ich dahin gestellt sein.

Herr Viehauser hat sich weiters darüber aufgeregt, daß die Grundsteuer so niedrig ist. (*Zwischenrufe.*) Er hat die Behauptung aufgestellt, daß sie kaum das 50fache der Vorkriegssteuer darstellt. Er scheint da nicht auf dem laufenden zu sein. Im Lande Salzburg ist die Grundsteuer samt allem, was drum und dran hängt, das 135fache. Und wenn nun ein Vertreter der Kleinbauern, als der sich Viehauser gestern aufspielen wollte, über die zu niedrige Grundsteuer Klage führt und den Wunsch anspricht, es möge die Grundsteuer erhöht werden, so soll das wohl auch im Interesse der kleinbäuerlichen Wähler gelegen sein! (*Heiterkeit und Zustimmung.*)

Sehr interessant und bezeichnend ist es auch, daß Herr Kollege Viehauser gemeint hat, die kleinbäuerliche Bevölkerung habe an dem sogenannten Hausstrunk gar kein Interesse. Gerade der Herr Abg. Viehauser soll und wird wissen, wie schwer, insbesondere zur kalten Winterszeit, der Kleinbauer sein Holz, seine Streu und speziell sein Berghen herbeischaffen muß. Um 1½3 oder 3 Uhr früh muß er mit dem Schlitten auf den Berg hinaus und erst spät nachmittags kommt er nach Hause. Und was hat er da zum Mittagssbinner? Da sitzt er nicht in Gastein oder in einem schönen, warmen, mit Perserteppichen belegten Lokal (*lebhaftes Zustimmung*), sondern er muß sich auf seinen Schlitten setzen und dort verzehrt er das magere kleine Stück

Brot und zu diesem Mittagmahl ist der Hausstrunk bestimmt. Aber Herr Viehauser hat gesagt, wir brauchen den Hausstrunk nicht, der Kleinbauer kann auch mit seinem Vieh trinken. (*Schneidmadl: Das hat er gesagt?*) Jawohl!

Im besonderen hat er sich über die Holzservituten und über die Servitutenfrage im allgemeinen verbreitet. Er hat ganz richtig erkannt, daß die Gerechtfame dieser Holzbezüge für die bäuerliche Bevölkerung, für den bäuerlichen Besitz unentbehrlich sind. Ich weiß nicht, wie ihn sein Oberdiktator, der Herr Kollege Witternigg, diesbezüglich instruiert hat. Ich glaube mich nicht zu täuschen, daß gerade Herr Kollege Witternigg es gewesen ist, der im Jahre 1922 im Finanzausschusse die Forderung aufgestellt hat: Weg mit allen diesen Geschenken an die bäuerliche Bevölkerung! Unser Staat ist nicht in der Lage, den bäuerlichen Besitzern diese vielen Hunderte von Milliarden noch weiterhin zum Geschenke zu machen. (*Zwischenrufe Schneidmadl.*) Die Herren steifen sich immer auf ihre wohl-erworbenen Rechte. Wir steifen uns nicht auf unsere wohl-erworbenen Rechte, wohl aber steifen wir uns auf unsere alten urkundlich, grundbücherlich verbrieften Rechte, nicht auf Rechte, die erst von gestern auf heute entstanden sind, die der Umsturz mit sich gebracht hat, die durch Brachialgewalt errungen wurden, sondern auf verbrieft Rechte und von diesen verbrieften Rechten hat der Lehrmeister des Herrn Viehauser, der Herr Abg. Witternigg, im Finanz- und Budgetausschusse gesprochen, sie seien ungesetzlich und müßten beseitigt werden. Erzählen Sie den Kleinbauern diese Ansicht Ihres Herrn Kollegen! (*Schneidmadl: Das ist ganz falsch, was Sie sagen!*) Aber das haben nicht nur diese zwei Herren zum Ausdruck gebracht, sondern das hat auch der Herr Abg. Schiegl hener im Finanz- und Budgetausschusse wiederholt. Natürlich, im offenen Hause, wo mehr Zuhörer sind, paßt das den Herren nicht, da wollen sie nicht an diese ihre Großtaten und Leistungen erinnert werden. (*Zustimmung.*)

Ein weiteres Kapitel, mit dem sich der Herr Abg. Viehauser eingehend beschäftigt hat, ist das Krankentafelgesetz. Gewiß, ich gebe zu, daß ich als Kleinbäuerlicher Vertreter und Abgeordneter nicht für das Landeskrankentafelgesetz gestimmt habe, und zwar deshalb nicht, weil das Land Salzburg das einzige Land ist, welches die Institution der sogenannten Gemeindefrankentafeln schon Jahrzehnte lang besitzt. (*So ist es!*) Wir fahren mit unseren Gemeindefrankentafeln sehr gut. Hätten alle anderen Bundesländer auch diese Institution gehabt, dann wäre es ganz bestimmt nicht notwendig gewesen, das sogenannte allgemeine Landeskrankentafelgesetz zu schaffen. Wenn er nun gesagt hat, daß wir das Gesetz sabotieren, so ist das unrichtig. Es ist bei

uns überflüssig, weil wir in richtiger Erkenntnis der Notwendigkeit schon längst aus eigener Initiative dafür gesorgt haben, wofür später dann das Landeskrankentafelgesetz kam.

Die sozialen Angelegenheiten haben überhaupt in der Rede des Herrn Abg. Viehauser einen breiten Raum eingenommen. Er hat sich sehr eingehend über die Einlegermißere verbreitet und beklagt und dazu wörtlich auch folgendes gesagt (*liest*):

„Ein Mensch, der sein Leben lang vom frühen Morgen bis in die späte Nacht hinein sich geschunden und gerackert hat, dem das Mark aus den Knochen gesogen wurde, wird der öffentlichen Mildtätigkeit überantwortet. Dieser arme Diensthote, wenn er mit seinen Kräften zu Ende ist, muß in die Einlege gehen. Es ist traurig, daß wir in der demokratischen Republik noch solche Fälle zu verzeichnen haben. Dieser arme Mensch, der sich sein Leben lang für die kapitalistische Gesellschaft, für den Bauer geschunden und gerackert hat, muß in die Einlege gehen, muß von Haus zu Haus gehen, darf sein Mittagmahl oder Essen nicht beim Tisch genießen, es wird ihm auf die Ofenbank hingestellt oder in den Stall hinein, wo er auch in der Regel elend zugrunde gehen muß. Dies sind Zustände, die zum Himmel schreien.“ (*Zwischenruf Schneidmadl.*)

Hohes Haus! Ich unterstreiche voll und ganz jedes Wort in den Sätzen, die ich soeben verlesen habe. Aber nun bitte ich noch um einen kleinen Moment Geduld. Ich habe noch etwas hinzuzufügen. Ich bin nämlich so naiv, daß ich mir die Ansicht zu eigen gemacht habe, daß nicht diejenigen die allerärmsten Menschen sind, die über ihren vollen Verstand verfügen und nur, weil sie arm sind, in die Einlege gehen müssen, viel elendiger sind die sogenannten Kretins oder Halbkretins. Da gestatten Sie mir, daß ich ein kleines Beispiel aus der Wirklichkeit hier anführe. Es spielt sich leider auch im Lande Salzburg ab, sogar in der Heimatgemeinde des Herrn Abg. Viehauser. Dort ist ein sogenannter Halbkretin auf Kosten der Gemeinde zu einem Bauern, der ein Nationalratsmandat bekleidet, in die Einlege gegeben worden und obwohl dieser Bauer, wenn er zu den periodischen Sitzungen des Nationalrates nach Wien fährt, andere Zug- und Lasttiere in seinem Stalle hätte, die ihn zur Bahn befördern könnten, benutzt er nicht etwa seine Zugtiere, um sie vor den Schlitten zu spannen und sich nach der Bahn in Tagendach befördern zu lassen, sondern er spannt diesen Halbidioten vor seinen Schlitten (*lebhaft Pfui- und Zwischenrufe*) und von diesem läßt er sich zur Bahn bringen. (*Zwischenrufe.*) Das ist ein Beispiel, welches einzig dasteht und in Wirklichkeit zum Himmel schreit. Hier Abhilfe zu schaffen, wäre etwas, was man nach meinem Dafürhalten soziale Fürsorge nennt. (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.*) Wenn vielleicht die Herren von der

oppositionellen Seite in diese meine Worte Zweifel setzen sollten, bin ich in der Lage, sofort meinen Gewährsmann, der mir das mitgeteilt hat, namentlich bekanntzugeben. *(Rufe: Wie heißt er denn!)* Sind Sie neugierig? *(Schneidmadl: Ja freilich!)* Ingenieur Gröger bei der Bezirkshauptmannschaft in Zell am See. So, jetzt wissen Sie den Namen!

Hohes Haus! Sie haben gesehen, daß ich mit der Zeit gespart habe, daß ich nur auf die krassesten Anwürfe und Anschuldigungen, die gestern von dieser Stelle aus gemacht worden sind, reagiert und geantwortet habe. Ich erwarte, daß die Herren in Zukunft sich mehr Reserve anmerken, wenn es ihnen nicht so schlimm ergehen soll, wie es schon der Fall war. Ich vermiße noch immer die sonst sehr lauten üblichen Zwischenrufe des Kollegen Witternigg. Er wird vielleicht wissen, warum er mir heute keine Zwischenrufe macht. Mit diesen meinen Ausführungen, hochverehrtes Haus, schließe ich. *(Stürmischer Beifall und Händeklatschen.)*

Witternigg: Hohes Haus! Auf die Ausführungen meines unmittelbaren Herrn Vorredners muß ich einiges richtigstellen. Der Herr Abg. Geisler hat hier einen Verhandlungsgegenstand im Finanz- und Budgetausschuß unrichtig wiedergegeben. Ich habe dort nicht in dem Sinn gesprochen, wie es Abg. Geisler hier dargestellt hat, sondern die Tatsache ist folgende. Im Finanz- und Budgetausschuß stand das Kapitel Land- und Forstwirtschaft zur Beratung. Wir Sozialdemokraten haben gegen die unberechtigten, bestehenden Servituten Stellung genommen. Wir haben festgestellt, und im Anschluß auch einen Antrag gestellt, die bestehenden Servituten zu überprüfen. Einen konkreten Fall haben wir angeführt. In Nussee war vor hundert Jahren eine Brauerei, die das Recht auf 80 oder 100 Meter Holz im Jahre hatte. Diese Brauerei ist nun verschwunden. An ihrer Stelle ist ein Hotel, eine Gastwirtschaft entstanden. Diese Gastwirtschaft bezieht heute noch diese 80 oder 100 Meter Holz im Jahre. Die Brauerei existiert nicht mehr, aber der Staat liefert heute noch dem Gastwirt diese 80 oder 100 Meter Holz gegen einen ganz minimalen Betrag, ich weiß nicht mehr wieviel die Summe ausmacht. Diesen Servitutsbezug haben wir als ungerecht hingestellt, und so wie diesen Fall, gibt es viele andere. Wir haben verlangt, daß das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft einschreitet, unberechtigte Servituten streicht oder überprüft. *(Geisler: Sie entstellen, Herr Kollege, und zwar absichtlich und vorsätzlich!)* Wir haben diese Tatsache im Finanz- und Budgetausschuß festgestellt. Wir haben auch noch weiter festgestellt, daß in Österreich 240.000 Meter Holz als Servituten abgegeben werden, und unter dieser großen Menge sind eine Reihe von unberechtigten Beziehern. Diesen sollte der unberechtigte Bezug

vom Ministerium, von der Regierung gestrichen werden. Das haben wir verlangt.

Wir Sozialdemokraten wissen ganz genau, daß eine kleine Landwirtschaft . . . *(Geisler: Das sagen Sie heute!)* Das ist unsere Meinung seit jeher, Herr Abgeordneter. *(Zwischenrufe.)* Sie können doch nicht ernstlich glauben, Herr Abg. Geisler, daß wir die Meinung vertreten können, daß wir einem Kleinbauern, der zum Bestande seiner Wirtschaft das und jenes braucht, notwendige Servituten streichen wollen. Wogegen wir uns wehren, ist die Tatsache, daß große Grundbesitzer, reiche Leute, vom Staat unrechtmäßig Geschenke bekommen. *(Geisler: Das sagen Sie heute!)* Das haben wir damals im Finanzausschuß festgestellt. *(Eisenhut: In der „Arbeiter-Zeitung“ steht von Milliarden Geschenken!)* Jawohl, Herr Abg. Eisenhut, es ist ganz richtig, daß das Milliardenbeträge sind. *(Lebhafte Zwischenrufe.)*

Präsident: Ich bitte, den Redner nicht immer zu unterbrechen.

Witternigg: Wenn der Herr Abg. Eisenhut sagt, daß in der „Arbeiter-Zeitung“ gestanden ist, es seien Milliardenbeträge, die der Staat hier an Unberechtigte verschenkt, so ist das richtig. Es sind tatsächlich Milliardenbeträge, die diesen großen Grundbesitzern unberechtigt geschenkt werden. Diese Tausende von Festmetern sind eben in dem heutigen Geldwert Milliardenwerte und wir haben verlangt, daß diese Dinge überprüft werden. Der Staat ist arm und er kann nicht Großbauern derartige Geschenke machen. *(Geisler: Das sagen Sie heute!)* Das ist damals und immer unsere Meinung gewesen. *(Lebhafte Zwischenrufe. — Geisler: Lesen Sie Ihre „Arbeiter-Zeitung“ von dazumal, die das bestätigt!)* Ich habe soeben gesagt, Herr Abg. Geisler, daß das, was in der „Arbeiter-Zeitung“ gestanden ist, richtig ist. Es ist gar nichts unwahres in der „Arbeiter-Zeitung“ gestanden. Es ist richtig, daß der Staat Milliardenbeträge an unberechtigte Servitutenbesitzer herschenkt, und wir sagen, der Staat kann derartige Geschenke nicht machen, der Staat ist bettelarm und hat sparsam zu sein. Wenn er überall spart und überall seine Maßnahmen trifft, so haben wir verlangt, daß auch das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft das überprüft.

Es ist tatsächlich durch das Ministerium für Land- und Forstwirtschaft ein Erlass hinausgegangen an die Forstdirektionen, daß die Servitutenrechte überprüft werden sollen, und ich kann Ihnen einen Fall nennen, wo ein Forstbeamter im Lungau nach der Weisung des Bundesministeriums vorgegangen ist. Seine Eingabe wurde bei der ersten und bei der zweiten Instanz zurückgewiesen. Die Forstdirektion hat also einen unberechtigten Servitutenbezug einstellen sollen, aber die erste und zweite

Instanz hat den Antrag verworfen und der Forstbeamte, der im Sinne dieses Erlasses handeln wollte, ist im Unrecht geblieben. Ich möchte noch eines feststellen. Das Stift St. Peter in Salzburg bezieht heute noch über 1000 Festmeter Schwemmholtz. Rechnen Sie sich aus, was das kostet. Das Stift St. Peter in Salzburg ist nicht eines der armen Stifte, sondern ein sehr reiches Stift. Es besitzt die schönsten Gründe in der Umgebung von Salzburg, hat Wälder in der Abtenauer Gegend, aber aus alter Zeit her hat dieses Stift ein Servitut und bezieht heute noch dieses Holz.

Gegen derartige Dinge wenden wir uns und sagen: Sparen, wo es möglich ist, aber auf der anderen Seite, wo es sich um Kleinbauern handelt, darf man nicht in dem Sinne handeln, wie es uns der Herr Abg. Geisler untergeschoben will. Wir wissen ganz genau, daß die Landwirtschaft ebenso notwendig ist wie die Industrie und daß die Bauern und die Arbeiter miteinander die Grundlage dieses Staates bilden. Was wir wollen ist, daß der Bauernstand eine Verbesserung in seiner Produktion vornimmt und daß die Landwirtschaft gehoben wird. Wir wollen, daß der Bauer lernt, daß er das, was in den übrigen Staaten bereits praktisch erprobt wurde, sich auch aneignet, wir wollen Milch, Butter, Fleisch, Eier; das brauchen doch die hungernden Menschen. Da können Sie uns doch nicht untergeschoben, daß wir den Bauernstand vernichten wollen. Gerade das Gegenteil ist richtig. Wir haben das größte Interesse daran, daß das Volk etwas lernt und daß die Bauern und Arbeiter wieder menschenwürdig in diesem Staate leben können. *(Lebhafter Beifall. — Zwischenrufe.)*

Gruber: Hohes Haus! Bei den gestrigen Reden der Herren Abgeordneten der Opposition hat es an Ausfällen in der Hinsicht nicht gefehlt, daß die Landwirtschaft ihre Aufgaben nicht erfüllt und daß insbesondere das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft seinen Aufgaben nicht gerecht wird. Die Redner haben insbesondere bemängelt, daß in bezug auf die Meliorationen seit 18 Monaten nichts geschehen sei, daß insbesondere auf dem Gebiete der Weidenmeliorationen und der agrarischen Operationen nichts geschehen sei. Es ist darüber nicht näher gesprochen worden, ob damit auch General- und Spezialteilungen oder die Kommassationen allein gemeint sind. Ein Redner hat insbesondere von den Wiederbesiedlungen gesprochen. Er hat auch Daten aus seinem Buche vorgebracht, die, wie ich glaube, schon älteren Herkommens sind. *(Pölzer: Vor drei Tagen ist das Buch erschienen!)* Das mag schon sein, aber meine Daten, die vom 17. April 1923 stammen, geben ein ganz anderes Bild. Es ist mir bekannt, daß auf Grund des § 1 nach einem Verzeichnisse, das ganz genau stimmt, von den Operationen — ich werde begründen, warum es da nicht vor-

wärts geht, weil es die Herren, die neu in die Gemeinden eingezogen sind, nicht wollen und künstlich verhindern — trotzdem sind 3464 Hektar mit 412 Beteiligten durchgeführt, daß bei Wiederbesiedlungen — es würde zu weit führen, den ganzen Bericht hier wiederzugeben — weit mehr Flächen und Anwesen erledigt wurden, als der Bericht des Herrn Abg. Pölzer enthalten hat. Es sind 81 Fälle noch nicht kundgemacht mit 379 Anwesen, wogegen von 174 Fällen in 8 das Erkenntnis vollständig fertig ist und 162 befinden sich im Stadium der Erhebungen. Von den Fällen, die unter den § 16 fallen — das sind Einzelfälle, 2973 an der Zahl —, sind bereits 1259 rechtskräftig und 197 bereits genehmigt; enteignet sind 62, unerledigt 757 und einige hundert wurden als unbegründet abgewiesen. *(Pölzer: Das haben Sie jetzt vom Ackerbauministerium gehört!)* Das habe ich gar nicht vom Ackerbauministerium, das habe ich schon früher gehabt, ich mußte allerdings nicht, daß es dazu kommen wird. Sie sind noch weiter gegangen und haben selbst auf Verstorbene zurückgegriffen, obwohl man sonst über Tote lieber schweigen sollte, und haben uns auch zum Vorwurfe gemacht, daß wir schon seit der Zeit des Dr. Ebenhoch über dieses Ministerium verfügen und im wesentlichen eigentlich nicht viel geschehen ist. Der Herr Kollege Pölzer mußte es aus seiner eigenen Tätigkeit im niederösterreichischen Landtage wissen, daß gerade zu dieser Zeit im ganzen Schneeberggebiet — ich beschränke mich hauptsächlich auf Niederösterreich —, im Wechselgebiet und auch im Triefingtal Wildbachverbauungen vorgenommen wurden, die ihresgleichen suchen. Auch die Ache in Salzburg, von Böckstein ab, ist wirklich großartig verbaut worden. Das sind lauter Arbeiten, die in eine Zeit fallen, von der Herr Kollege Pölzer behauptet, daß nichts geschehen sei. Ich glaube, daß er da ziemlich stark über das Ziel geschossen hat und daß diese Vorwürfe ganz unbedründet sind.

Er sprach auch im Zusammenhange mit der Wiederbesiedlung von der Bauernlegung und führte ein bestimmtes Gut an. Die Nennung dieses Gutes veranlaßt mich, auf die Sache zurückzukommen. Es handelt sich um Lehenrott, das im Besitze des Herausgebers der „Kronenzeitung“, des Herrn Davis ist und nicht zur Wiederbesiedlung gelangt. Ich glaube, der Herr Pölzer und besonders sein Kollege, der frühere Landeshauptmann Sever, sollten es wissen, daß dieses Gut von der alten niederösterreichischen Statthalterei und dann von der neuen Landesregierung übernommen wurde — und mit ihm auch noch viele andere Güter — zur Versorgung der Wiener Spitäler und verschiedener anderer Fürsorgeanstalten. Der Pachtvertrag ist abgelaufen und das Gut wurde von der jetzigen Landesregierung seinem rechtmäßigen Eigentümer zurückgestellt. Es wird Sache der Interessenten sein, um die Einleitung des

Verfahrens bei der Wiederbesiedlung anzufuchen, wenn es nicht schon geschehen ist. Die Behörden werden zu entscheiden haben, ob das Gut zur Wiederbesiedlung kommen wird oder nicht. Es ist aber ganz unangebracht, uns den Vorwurf zu machen, daß wir dies verhindern wollten.

Weiters hat uns Abg. Pölzer auch eine Erntestatistik aus einem Buche vorgelegt und gemeint, wir sollten uns das Beispiel des Deutschen Reiches vor Augen halten und darüber nachdenken, ob es nicht an der Zeit sei, uns wie in Deutschland zu entschließen, auch solche Sektererträge anzustreben, wie im Deutschen Reich draußen. Nun, er wird wohl nicht behaupten können, daß die österreichische Landwirtschaft nicht tätig ist oder die Hände in den Schoß legt und den Boden nicht entsprechend bearbeitet. Es fehlt uns aber an den sonstigen Beihelfen, welche uns nicht so leicht zur Verfügung stehen wie den Bauern draußen im Deutschen Reich. So möchte ich dem Herrn nahelegen, vielleicht zu bedenken, bevor er einen solchen Vorwurf erhebt, daß bei Staßfurt ein Kalilager besteht, aus dem die deutschen Bauern viel leichter und billiger sich das Kali verschaffen und es deshalb in erhöhtem Maß anwenden können. (*Ruf: Das Kalilager haben die Franzosen!*) Das Kalilager in Staßfurt hat den Deutschen gehört. Der Kunstdünger wirkt nicht so schnell, daß sich der Mangel an Kali momentan bemerkbar macht. Übrigens steht auch im Ruhrgebiete genügend Kunstdünger zur Verfügung. Die Thomaschlacke ist im Deutschen Reich infolge der großen, geradezu immensen Stahlindustrie viel leichter und billiger zu haben, weil auch die Fracht billiger ist als bei uns, während wir gar keine Stahlindustrie haben, mit wenigen Ausnahmen wie Böhler in Kapfenberg. Der Kunstdünger, der für die Wiesen düngung und die Futtererzeugung gebraucht wird, ist uns also nicht so leicht zugänglich und daher kommen auch die geringeren Sektererträge.

Ich muß also die Vorwürfe, die gegen die früheren Regierungen erhoben worden sind, zurückweisen, ich glaube mich noch daran zu erinnern, daß — ohne daß wir darauf angestanden wären — von berufener Stelle und aus berufener Munde von einem Ackerbauminister auf der drüben Seite des Hauses während des Krieges der Ausspruch getan wurde, er möchte sich vor jeder Bauersfrau niederknien, wenn er die Leistungen betrachte, die sie jetzt in dieser schweren Zeit vollbringt. (*Ruf: Die Arbeiterfrauen nicht?*) Gewiß auch die Arbeiterfrauen. Gegen die erheben wir aber auch keinen Vorwurf, daß sie nicht gearbeitet haben, wie Herr Pölzer es uns vorwirft. Wenn er gesagt hat, daß wir schlechte Ernteerträge haben, so soll offenbar daraus der Schluß gezogen werden, daß wir nicht auf der Höhe der Zeit sind oder daß durch unser Verschulden nicht alles geschieht, um die Boden-

erträge zu steigern. (*Zwischenrufe.*) Nun, wir haben den Vorwurf nicht erhoben und haben ihn daher nicht zu entkräften. (*Zwischenrufe.*) Es mag sein, daß das Ihnen jetzt etwas unangenehm ist. Ich möchte Ihnen auch noch folgendes sagen. Sie müssen auch mit der Arbeitszeit rechnen. Sie haben gestern sehr viel davon gesprochen, daß man die landwirtschaftlichen Arbeiter und die Angestellten oder die Bediensteten, wie Sie sie nennen wollen, menschenwürdig behandeln muß. Es ist aber gar nicht zutreffend, daß jemand schlecht behandelt wird. Dieser Vorwurf kommt immer nur von Ihrer Seite. Ich will nicht sagen, daß es nicht einzelne Fälle gibt, die etwas traurig sind, aber zu generalisieren und auf alle anzuwenden, ist gewiß ganz unangebracht.

Wenn Sie sich auf das Gebiet der Wiederbesiedlung begeben und sagen, es tue Ihnen leid, daß man die Kleinbauern vernachlässige, so muß ich sagen, daß sich sehr oft Faktoren in Angelegenheiten hineinmischen, die nach meinem Dafürhalten die Sache eigentlich nichts angeht. Ich habe hier ein Originaldokument und da beruft sich derjenige, dem das Anwesen zur Wiederbesiedlung, wenn ich mich so ausdrücken darf, weggenommen werden soll, in seinem Refkurs auf folgendes. Er sagt (*liest*): „Ich lege hiemit unter Beilage B eine Bescheinigung der Arbeiter- und Beamenschaft verschiedener in der Nähe befindlicher Fabriken vor, inhaltlich welcher mir von den Betriebsräten bestätigt wird, daß einerseits es vollkommen unrichtig ist, daß angeblich die Arbeiterschaft auf Durchführung der Wiederbesiedlung Wert legt, sondern im Gegenteil bestätigt wird, daß die Arbeiterschaft des industriellen Bezirkes viel mehr Wert darauf legt, daß die Wirtschaft sowie bisher ungeteilt weiter geführt wird.“ Und dann legt er noch eine Menge Zeugnisse und Bescheinigungen bei. Aber ich möchte fragen, wenn schon die Gemeinde das Zeugnis ausstellt, weil sie Holz bekommt, was geht das die Betriebsräte der benachbarten Industrie an? Da sehe ich nicht ein, warum sie sich hineinmischen! (*Schneidmadl: Was für ein Betrieb ist das?*) Wollen Sie es wissen? Das ist das Gut Sandelehn in der Gemeinde Sonntagsberg, das ist Ihr Wahlkreis, Sie können sich erkundigen und wenn Sie sich dafür recht interessieren, so können Sie den ganzen Refkurs lesen. Der Herr Abg. Pölzer hat aber auch von einer anderen Wiederbesiedlung gesprochen und der Herr Sekretär der industriellen Angestellten hat erst vor kurzer Zeit bei einem Herrn, den Sie vielleicht auch kennen . . . (*Schneidmadl: Diamantidi!*) Ja, so heißt er schon. Sie haben ein wenig eine Vorahnung gehabt, mir ist der Name nicht so geläufig, denn es ist auch ein Name von Ihren Kreisen. Der Vorwurf des Herrn Abg. Pölzer gegen die Erledigung der Refurse

— er wollte die Rekurse und die Fristen beschränken — ist ganz ungerechtfertigt, weil es sich ja um Enteignungen, also gewiß um schwere Eingriffe in das Eigentum handelt — vielleicht nicht nach Ehren, aber nach unseren Begriffen — und man auch die betreffende Partei hören muß. Daher verzögert sich die Erledigung. Aber wenn man sich noch dazu hergibt, um die Erledigung durch Ausstellung solcher Schriften und Bestätigungen zu erschweren, so wird der Betreffende noch mehr bestärkt, einen Rekurs zu ergreifen, weil sonst mancher es sich nicht einfallen ließe zu rekurrieren. Aber gerade dadurch wird er dazu bestärkt, er denkt sich: Ich versuche es, vielleicht hilft es.

Sie sagen, daß wir die kleinen Leute vernachlässigen und deshalb möchte ich auf einen §-16-Fall verweisen, bei dem ein großes niederösterreichisches Stift betroffen wird, welches im Wege freier Vereinbarungen die Gründe zurückgegeben hat, sie aber verpachtet hatte. Der Wiederbesiedler ist auch ein Kleinbauer, allerdings waren die Pächter noch kleinere Bauern. Das Stift hat naturgemäß dem Pächter gekündigt, mehr konnte es ja nicht tun, während die Pächter erklärten: Uns schützt das Pächterschutzgesetz, wir geben die Gründe jetzt nicht ab! Der neue Besitzer, der im Wege der Wiederbesiedlung die Gründe zugesprochen erhielt und dafür 19 Millionen bezahlt hat, fährt auf den Acker hinaus und ackert und sagt: Der Herr bin jetzt ich, der Grund gehört jetzt mir! Er wird aber wegen Besitzstörung geklagt, verliert den Prozeß und hat noch einige Millionen Prozeßkosten zu tragen. Der kleine Bauer kommt jetzt und fragt, warum gegen das Stift immer gewettert wird, man hätte die Gründe dem Stift lassen sollen, das Stift hätte sie an die kleinen Leute verpachtet, der andere hat sowieso zwölf Joch und er wäre ohne diese sechs Joch nicht zugrunde gegangen. Nicht wir schützten also die Großen, sondern im Gegenteil, viele kleine Bauern wollen und verlangen von uns Schutz. Ich sage aber solchen Leuten ganz offen: Man weiß nicht was für ein Gesetz man für euch machen soll, der eine will es so, der andere anders, denn was dem einen zugute kommt, benachteiligt vielleicht einen anderen. Aber daraus der Allgemeinheit oder der Agrarbehörde einen Vorwurf zu machen, ist ganz unbegründet.

Nun hat uns der Herr Abg. Pölzer auch vorgeworfen, daß wir uns nicht aufraffen können, daß wir unsere Rüche nicht ordentlich melken, daß wir auf dem Gebiete gar nichts tun, daß er Beispiele aus der Schweiz kennt und daß er die Sache auch aus eigener Anschauung kennt, ohne weiters zugeben. Wir haben aber auch — ich weiß nicht, ob das dem Herrn Kollegen Pölzer bekannt ist — schon längst einen Melklehrer aus der Schweiz; es werden an unseren landwirtschaft-

lichen Schulen Kurse und sonstigen Stellen Melkurse abgehalten und ich glaube, die Melkerei ist bei uns schon ziemlich modern. Unsere Bäuerinnen und jungen Bauernmädchen und selbst auch die Bauernsöhne melken ganz vorzüglich und ich habe noch nie gehört, daß Rüche vermolken worden wären und dadurch eine geringere Milchergiebigkeit herbeigeführt worden wäre. Allerdings, jene Neuerungen, die gewisse Herren im Auge gehabt haben, das Melken mit Elektrizität, hat sich nicht bewährt, weil die Rüche den Spaß nicht verstanden haben. (Heiterkeit.) Soweit sind wir nicht gegangen. Wenn sich der Vorwurf darauf bezieht, daß wir das nicht eingeführt haben, so wissen Sie ja, daß ein Großgrundbesitzer in Niederösterreich dieses Verfahren eingeführt hat, zuletzt aber die Rüche die Milcheimer mitsamt der Milch umgeworfen haben. (Schneidmull: Wer hat denn das verlangt?) Der Vorwurf ist erfolgt.

Mit den Ausführungen des Herrn Kollegen Viehhauser aus Salzburg hat sich bereits Kollege Geisler so gründlich beschäftigt, daß es mir erspart werden kann, noch weiter auf sie zu reagieren. Das, was er gesagt hat, verstehen bei uns weder Groß- noch Kleinbauern. Er spricht immer von Gegen-sätzen, spricht von Beweisen, bewiesen hat er aber überhaupt nichts: er hat nur immer das Wort „Beweis“ ausgesprochen, aber damit ist gar nichts bewiesen. Zugleich ist ihm aber ein Wort über eine Frage entchlüpft, die gerade erst der letzte Vorredner wieder aufgeworfen hat; er sagte nämlich: Wer keine Servitute hat, kann überhaupt nicht wirtschaften, ein Beweis, daß auch er ein Anhänger jenes Systems ist, das so vielfach von Ihnen bekämpft wird.

Nun bleibt mir noch übrig, mich mit dem Herrn Kollegen Morawiz zu beschäftigen. Dieser Abgeordnete aus dem Burgenland ist mit einem Buche gekommen und hat unter anderem ausgeführt: Ja, das geht nicht, Ihr wollt halt nicht arbeiten, nichts lernen, Ihr wollt Euch nicht modernisieren, Ihr wollt Euch nicht anschicken, sozial zu denken usw. (Ruf: Da hat er recht gehabt!) Da hat er recht gehabt? Gut, ich werde Ihnen nun beweisen, daß er doch nicht ganz recht hat. Er hat uns ein Buch von einem Professor — ich weiß nicht ob er den Namen genannt hat oder nicht, es ist auch ganz gleichgültig — vorgeführt und hat uns aus dem Buche beweisen wollen . . . (Sever: Nur kein Buch!) Nein, den wissenschaftlichen Teil dieses Buches bekritle ich gar nicht, aber er hat uns aus diesem Buche Moralpredigten zuteil werden lassen und da mache ich nun mit Büchern einen großen Unterschied. Wenn ein Professor ein Buch schreibt und uns darin Moral beibringen will, da muß ich diesen Professor — es muß ja übrigens nicht gerade ein Professor sein — kennen, ich muß zuerst

wissen, ob der Schreiber dieses Buches zu jenen Leuten gehört, die jetzt noch immer einen neuen Herrgott suchen, oder ob er ein Mann ist, der mit dem alten Herrgott zufrieden ist. Wenn es nun ein Mann ist, der einen neuen Herrgott sucht, dann sagen wir — und das war der Inhalt meines Zwischenrufes —: Lassen Sie uns mit dem Buch in Ruhe! Wir tragen ein Buch in unserem Innern, aus dem wir unsere Grundsätze entnehmen, ein Buch, das eine zweitausendjährige Vergangenheit hat und in dem christliche Grundsätze verankert sind. Und nach diesen halten wir unsere Dienstboten und leben mit ihnen als unseren Mitmenschen. (*Zustimmung.* — *Heiterkeit.*) Sie können lachen, wie Sie wollen. Es mag ja sein, daß Ihnen das lächerlich vorkommt, weil Sie diese Grundsätze nie gehabt haben oder sie Ihnen frühzeitig abhanden gekommen sind. Aber uns nicht, meine Verehrten! Glauben Sie das nicht von uns! Wir sagen das auch nicht, um vor der Öffentlichkeit anders zu erscheinen, als wir tatsächlich sind. Wir haben schon das Herz am rechten Fleck und haben Mitleid, weil uns das so eingepflastert ist, und wir können auch Recht und Unrecht genau unterscheiden. Wir sind nicht jene Barbaren, als die wir von Herrn Morawitz hingestellt worden sind. Und wenn er dann zum Schluß sagt, daß wir unseren Bediensteten ein menschenunwürdiges Wohnen bieten, ja, meine sehr Verehrten, ich kann Ihnen sagen, es gibt verschiedene Leute, es wohnen auch in Wien viele Menschen unwürdig. Es gibt sogar Menschen — es wird behauptet, ich weiß es nicht —, die im Kanal wohnen sollen. Dort kommandiert sie sicher niemand hin. (*Zwischenruf.*) Ich habe erst unlängst gelesen, daß Kasseneinbrecher vom Kanal aus in ein Haus hineingekommen sind. Dort hat sie sicher niemand kommandiert, aber es gefällt ihnen im Kanal unten auch ganz gut. Ich will sagen, es gibt landwirtschaftliche Dienstboten, besonders im Winter — und da hat er nicht ganz unrecht, ich kann Ihnen Hunderte von solchen Fällen anführen —, die ein Zimmer haben und die just nicht ins Zimmer gehen, sondern sagen: Ich gehe in den Stall, weil es da wärmer ist. In der Früh wache ich schon im warmen Stall auf, statt im Zimmer erst einheizen zu müssen. Das ist praktischer! Nun, diese Praxis dürfte der Herr Landarbeitersekretär und Abg. Morawitz noch nicht kennen, weil er noch viel zu wenig bei den Bauern war. (*Zwischenrufe.*) Sie müssen einmal über Nacht bleiben, Verehrtester! (*Beifall.* — *Zwischenrufe.*) Ist nicht wahr! Man kann es auch in der Umgebung kennen lernen, vom Hörensagen kennen lernen, aber viel besser lernt man es kennen, wenn man es praktisch mitmacht. Es kann eben nicht jeder in der Ebendorferstraße wohnen. Sie haben auch einmal eine Deputation empfangen, wo die Leute gesagt haben: Dort trauen wir uns gar nicht hineinzuge-

gehen! (*Heiterkeit und Zwischenruf.*) Sie wissen schon, ich will gar nicht darüber reden. (*Morawitz: Das war eine Kanzlei!*) Ich weiß schon, daß es eine Kanzlei ist, ich weiß schon, daß man dort etwas moderner sein muß, aber ich will nur behaupten, daß es den Leuten etwas zu schön war und daß es ihnen nicht gepaßt hat. Sie haben halt gemeint, eine Stube mit einem langen Tisch und einer festen Bank . . . (*Ruf: Die gibt es auch bei uns!*) Gut, gut, ich wollte Ihnen nur sagen, daß das menschenunwürdige und unmenschliche Wohnen nicht so kraß ist, wie Sie es vorgebracht haben. (*Zwischenrufe.*) Aber ich bitte, ich werde Ihnen auch folgendes sagen: Glauben Sie, daß es in der Industrie nicht auch solche Lächer gibt? Ich kenne Industrien, wo sie im Zimmer den Herd drinnen haben und diese Industrien könnten es vielleicht viel leichter tun und könnten den Leuten eine Küche zubauen. Gewiß sind es Wohnungen alten Datums — das gebe ich ohne weiteres zu —, aber warum setzen Sie sich nicht dafür ein . . . (*Ruf: Ist das eine Entschuldigung?*) Eine Entschuldigung ist es sicher nicht, aber weil Sie immer auf den Bauer hinhauen! Der Bauer, der es tun kann, der so situiert ist, daß er es tun kann, tut es gewiß und es ist auch in der letzten Zeit viel geschehen. (*Zwischenrufe.*) Ich glaube, Sie haben in der letzten Zeit auch das „Neue Wiener Tagblatt“ gelesen. Nun, die Bauern haben keine Grammophon gekauft . . . (*Ruf: Aber Klaviere!* — *Zwischenrufe.*) . . . das haben sie gewiß nicht getan, sondern sie haben tatsächlich ihre Häuser in guten Zustand gebracht — und das war geschickt, daß sie das gemacht haben — und sie haben auch auf diesem Gebiete viel getan.

Nun, zu dem letzten Angriff — er ist bereits gestreift worden —, den Sie wohl besser unterlassen hätten. Sie haben nämlich gestern auch noch gemeint, daß es vorgekommen ist, daß Landarbeiterinnen, Frauen, daß auch Mädchen von den Bauern oder deren Söhnen zu unehelichen Handlungen verleitet worden sind. (*Zwischenrufe.*) Ich bitte sehr, erstens einmal hätten Sie das nicht sagen sollen, weil es nicht wahr ist, weil sicherlich die Arbeiterinnen und Frauen sich dazu gar nicht hergeben würden, soweit ich sie kenne, Ausnahmen mögen überall sein, sollen auch bei andern, nicht nur bei Landarbeitern möglich sein, sondern auch in besseren Familien schon vorgekommen sein, vielleicht noch viel öfter. Andererseits aber wissen Sie auch, so zu generalisieren geht nicht. Mir ist ein Fall bekannt, wo zum Beispiel ein Krankenkassendirektor auch einige Mädchen unglücklich gemacht hat und sie haben sogar eine Geschlechtskrankheit davongetragen. Wenn nun gesagt würde, alle Arbeiterinnen werden durch die Krankenkassendirektoren angefaßt, so würden Sie sich dafür bedanken. (*Ruf: Auch einem katholischen Geistlichen ist das passiert!*) Bleiben wir jetzt einmal bei den

Krankenkassendirektoren. Das ist vorgekommen; aber aus Einzelfällen kann man doch nicht einem ganzen Stand einen Vorwurf machen. (*Morawitz: Aber diese Einzelfälle sind sehr oft vorgekommen!*) Es ist nicht so arg; mich wundert aber, Herr Abgeordneter, daß Sie sich so angelegentlich um diese Sachen erkundigen. Die Leute sagen ja das aus Schamgefühl nicht gerne. Mich wundert, daß sie gerade Ihnen so viel Vertrauen entgegenbringen. Es kommen ja auch Leute zu mir, wenn so etwas Unangenehmes in der Umgebung passiert, aber ich muß sagen, daß das wirklich nur Einzelfälle sind. Aber zu generalisieren, dieses Recht hat Ihnen niemand gegeben. Im übrigen aber sind wir Ihnen dankbar, daß Sie diese Meinung von Ihren Landarbeiterfrauen — die haben Sie nur gemeint — und auch von den Bauern haben. Klug war das nicht von Ihnen, aber das ist Ihre Sache. Sie werden das selbstverständlich schon in einer andern Art und Weise deuten. (*Schneidmader: Das glaub' ich!*) Das versteht er schon. Aber wir werden es so wiedergeben, wie er es gemeint hat, so bretteltrocken, wie er es gemeint hat. (*Zwischenrufe.*)

Es ist uns auch in bezug auf die Genossenschaften der Vorwurf gemacht worden, daß wir hier für die Bauern nichts getan hätten. Ich möchte demgegenüber nur bemerken, daß wir schon in der Vorkriegszeit, in der Kriegszeit, wo ohnedies die staatliche Bewirtschaftung bestand, und in der Nachkriegszeit uns angelegentlichst darum gekümmert haben, daß alle Bedarfsartikel besonders für die Heeresverwaltung wieder durch die Heeresverwaltungsstellen, durch die Wirtschaftsabteilung bei den Genossenschaften bestellt werden. Es ist noch nicht bei allen Garnisonen gelungen, sie an die Genossenschaften anzugliedern, es wird aber Sache des Verbandes, und zwar zunächst des niederösterreichischen Verbandes und dann der übrigen Verbände sein, bei der Heeresverwaltung so weit vorzudringen, daß wir die Belieferungen in allem und jedem wieder bekommen und daß diejenigen, welche weder säen noch mähen, von der Belieferung an die Heeresstellen ausgeschaltet werden. Es wird eine unserer ersten und ernstesten Aufgaben sein, das durchzuführen und so der Landwirtschaft aufzuhelfen, womöglich wieder unter Anschluß des Zwischenhandels, den ja die Genossenschaften im großen und ganzen bezwecken, damit die Produkte direkt von der Hand des Produzenten zum Konsumenten geführt werden.

Ich will nun noch ganz kurz streifen, daß die Herren ja selbst sehr viele landwirtschaftliche Betriebe in ihrem eigenen Regime führen und daß von diesen gerade nicht gesagt werden kann, daß sie erstklassig geführt werden. Ich erinnere nur daran — und es wird einer der nächsten Redner das ausführlich behandeln —, daß Sie die großen

Familiengüter bewirtschaften. Es ist der Kriegsbeschädigtenfonds, der Bund und die Gemeinde Wien dabei und Sie hätten gestern Gelegenheit gehabt, uns zu sagen, wie Sie dort die Wirtschaft führen, wie gut es Ihnen dabei ergeht und ob Sie auf die Dauer in der Lage sein werden, alles das zu leisten, was von Ihnen begehrt wird, und ob Sie jetzt unmittelbar vor der Ernte imstande sind, sie hereinzubringen — und es sind ziemlich große Flächen —, ohne daß sie irgendwo einen Kredit schon auf die neue Ernte aufnehmen müssen, der sich aber in einer solchen Höhe bewegen soll, daß kaum anzunehmen ist, daß der Wert dieser Ernte 1923 die Deckung dieses Kredits erreicht. (*Morawitz: Sie müssen aber sagen, wofür der Kredit gehört!*) Das wird noch einer nach mir sagen. Ich könnte es Ihnen ja auch sagen, aber ich will ihm nicht alles wegnehmen. (*Morawitz: Aber das wäre das Interessantere!*) Sollte er darauf vergessen, dann werde ich ja noch Gelegenheit haben, es Ihnen zu sagen. Es kommt mir nicht darauf an, es im offenen Hause zu sagen, aber wenn Sie wollen, können wir uns zusammensetzen und da könnte ich Ihnen sagen, woran es liegt, daß das nicht stimmt. (*Morawitz: Hoffentlich werden Sie auch an der Kommission teilnehmen, die darüber beraten wird!*) Ich weiß nicht, ob ich dazu komme, aber wenn ja, dann werde ich mich interessieren. Es wird sicherlich dort so gemacht werden, wie es nicht gemacht werden soll. (*Morawitz: Wer weiß! — Zwischenrufe.*) Das ist wieder die verfluchte Geschichte mit den ewigen Büchern! Da sollen Sie nicht immer hineinsehen, da sollen Sie einmal heraussehen und mehr auf die Arbeit schauen, dann würde es besser und leichter gehen. (*Ruf: Sie schauen zu wenig hinein!*) Wenn ich immer so in die Bücher schauen würde, dann wäre meine Wirtschaft schon lange pflüsch, da hätte ich ja nichts mehr. (*Zwischenrufe.*) 11 Milliarden brauchen Sie und haben 23.000 Hektar und können sich nicht selbst erhalten! Da müssen Sie wohl sagen, das ist eine Wirtschaft, die den Bauern nicht zur Danachachtung und Nachahmung zu empfehlen ist. (*Zwischenrufe.*) Gewiß, ich habe schon vorher — Sie haben es nicht gehört — gesagt, wir sind schon für die Wissenschaft auf dem Gebiete der Landwirtschaft, aber wir wollen nicht geistiges Proletariat durch die landwirtschaftlichen Schulen erziehen, sondern wir wollen, daß die Leute etwas lernen und nicht zu lange in die Bücheln schauen, weil sie dann schwer den Pflug angreifen wollen, weil der etwas härter ist als die Bücher. Wir wollen praktische Bauern, die gebildet sind. (*Ruf: Die Bücheln schaden ja nicht!*) Gewiß nicht, aber ich habe ja auch in dem Sinne, wie Sie es gestern gedeutet haben, nicht gesprochen, ich habe nur von der moralischen Seite gesagt, daß wir das Buch nicht wollen, daß wir mit den Büchern und

mit der Moral derjenigen Professoren, die mit dem neuen Herrgott kommen, nichts zu tun haben wollen, aber wohl mit denen, die mit dem alten Herrgott zufrieden sind. Aber dabei darf man nicht so lange lesen, daß man darüber aufs Arbeiten vergißt. Ich habe sehr viele Leute kennen gelernt, die viel gelesen und gelernt haben und trotzdem mit der Landwirtschaft nicht weiter kamen, weil sie das praktische Moment dabei außer acht ließen.

Präsident: Vielleicht kehren wir wieder zur Budgetdebatte zurück. *(Heiterkeit.)*

Gruber: Gewiß. Ich will zum Schlusse kommen und sagen: Die ganzen Anschuldigungen, die gegen den Bundesminister für Landwirtschaft erhoben worden sind, sind als unbegründet zurückzuweisen. Ich habe mich bemüht, in aller Kürze zu beweisen, daß die Fälle ganz anders liegen, daß die Ziffern völlig andere sind, als Sie sie angeführt haben, daß die Dinge einen schnelleren Gang nicht nehmen konnten. Alle Anschuldigungen gegen das Bundesministerium sind in dieser Hinsicht ganz unberechtigt, weil schon der Instanzenzug etwas langweilig ist und sich immer wieder, wie ich bewiesen habe, Elemente hineinschieben, die es eigentlich nichts angeht, und ein noch langsames Tempo in die Sachen bringen, als es ihnen ohnedies durch die gesetzlichen Bestimmungen vorgezeichnet ist. Wenn Sie behaupten, es sei nichts geschehen, so kann ich Ihnen das Gegenteil beweisen. Jetzt tritt wiederum in Niederösterreich ein neues Tierzucht-Förderungs-gesetz in Kraft und ich bin überzeugt, daß gerade von Ihrer Seite in jenen Gemeinden, wo sozialdemokratische Mehrheiten sind, diesem Gesetze der schärfste Widerstand entgegengesetzt werden wird. Bei allen agrarischen Angelegenheiten sind es immer Ihre Herren, die nicht wollen, die in geheimen Zuschriften an alle möglichen Mandatäre sagen: Um Gottes willen, verhindert das! So bleiben die Flächen unbebaut liegen, da hat Herr Pölzer recht, aber nicht durch Verschulden der Bauern, sondern weil sie bei den Gemeinden als herrenloses Gut liegen, nicht gedüngt, nicht ungestülpt werden. Wenn man aber Investitionen macht, so muß man selbe auf viele Jahre machen, und daher das Besitz- und Eigentumsverhältnis geklärt sein.

Alle Ihre Anschuldigungen sind also nicht stichhaltig und ich bitte daher, meine sehr verehrten Herren, wenn Sie noch einmal mit solchen Daten kommen, müssen Sie vollständig ausgerüstet sein; müssen auch immer die andere Seite berücksichtigen und nicht leichtsinnig beschuldigen. *(Zwischenrufe.)* Das beweist mir gar nichts! Sie haben nichts bewiesen, weil ich Ihnen für jedes Wort und jeden Satz, den Sie gesprochen haben, das Gegenteil beweisen kann. Sie können der Regierung keinen Vorwurf machen und können auch gegen den einzelnen Bauer einen Vorwurf nicht erheben. Wir

werden selbstverständlich für das Budget stimmen und sind auch so weit mit allem einverstanden; wir haben auch keine Klage zu erheben, daß irgend jemanden ein Verschulden trifft, daß dies oder jenes noch nicht geschehen ist. Helfen Sie nur mit, unterstützen Sie die Aktionen! Wenn der letzte Redner gesagt hat, daß alles möglichst reichlich und billig vorhanden sein soll, dann hängt es auch davon ab, daß die Intensität der Arbeitsleistung gesteigert wird. Heute, wo wir uns im Inlande nur für vier Monate des Jahres aus unserer eigenen Produktion versorgen können, müssen Sie auch die Konkurrenz des Auslandes beachten. Wenn das Ausland mit größerer Arbeitskraft einzusetzen wird, dann wird es uns so ergehen wie in der Industrie. Sie haben ja auch Industriebetriebe, die sich ins volle Fett, an die vollen Fleischtopfe gesetzt haben, und diese haben Ihnen alles vollständig ruiniert. Sie können nicht weiter, sie verlangen von der Regierung Zuschüsse, die sie ihnen nicht geben kann, und das Fazit ist die Stilllegung von Betrieben. Wenn Sie, Herr Kollege Morawitz, mit dieser Tätigkeit bei der Landwirtschaft fortfahren, dann werden Sie auch da sehen, wie die Landwirtschaft mit ihren Landarbeitern von hier auswandert. Ich könnte Ihnen einen Brief aus Deutschland zeigen, worin mir ein Arbeiter schreibt: Sagen Sie ihnen deutlich, das Ausland ist nicht so bestellt, daß jemand glauben könnte, daß dort Reichtümer zu sammeln sind. Sie können es dazu bringen, daß Sie die Landwirtschaft brachlegen, so daß wir nicht mehr konkurrenzfähig sind. Und wenn Sie behauptet haben, daß eine künstliche Kluft zwischen den Kleinen und den Großen gesucht wird, so sage ich Ihnen, sie besteht nicht. Am besten wirtschaften diejenigen, die mit dem eigenen Hausgesinde arbeiten, am unrationellsten wirtschaften jene, die gezwungen sind, fremde Hilfskräfte, die von Ihrer Agitation beeinflusst sind, in Anspruch zu nehmen. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Eldersich: Hohes Haus! Es haben gestern bei diesem Kapitel der Herr Minister a. D. Haueis und der Herr Minister Buchinger das Verhältnis zwischen Getreidepreisen und Brotpreisen in Ziffern dargestellt und damit zu beweisen versucht, daß die Landwirtschaft für die Brotversorgung der Bevölkerung dieses Staates Opfer gebracht habe. Das ist allerdings nicht so offen ausgesprochen worden, aber ich will annehmen, daß diesen Darlegungen diese Absicht innewohnte — und daß andere Faktoren, sagen wir die Broterzeuger, dieselben Opfer nicht bringen, daß sie sich vielleicht bereichern oder einen unzulässigen, ungerechtfertigten Gewinn bei der Erstellung des Brotpreises erzielen. Ich könnte sagen, daß für die Broterzeuger die Christlichsozialen mehr verantwortlich sind als die Sozialdemokraten, weil ja die Bäckermeister in ihrer großen Majorität sicherlich der Christlichsozialen Partei angehören; aber

ich nehme auch für uns einen Teil der Verantwortlichkeit für die Erstellung des Brotpreises in Anspruch und muß deshalb auf diese Angelegenheit reagieren.

Meine Herren! Es ist ganz falsch, die Kurse des Brotgetreides mit dem Brotpreis zu bestimmten Terminen zu vergleichen. Im gegenwärtigen Zeitpunkt beispielsweise besteht eine Klarheit in bezug auf Getreidepreise. Das Wetter läßt sich sehr günstig an, die Anbote auf Getreide neuer Ernte sind erheblich niedriger als der gegenwärtige Getreidepreis und es entstehen beim Getreide Preisschwankungen. Diese Preisschwankungen können sich natürlich absolut nicht sofort im Mehlpriß ausdrücken, denn wenn ich auch schon in der Lage wäre, das billigere Getreide heute zu kaufen, so kann ich ja erst nach geraumer Zeit, bis das Getreide vermahlen ist, den Brotpreis kalkulieren. Abgesehen davon verfügen die Broterzeuger mit der einzigen Ausnahme der Ankerbrotfabrik nicht über Mühlen und ist doch für den Broterzeuger nicht der Getreidepreis, sondern der Mehlpriß für die Gestaltung des Brotpreises maßgebend.

Ich möchte noch feststellen, daß die Regierung ja jederzeit die Möglichkeit hat, die Angemessenheit des Brotpreises zu überprüfen. Die Preisprüfungskommission hat, wie der Herr Minister Buchinger sicher weiß, im Vorjahr eine Kalkulationsbasis genehmigt, die von ihren Organen in einzelnen Betrieben überprüft wurde, und auf Grund dieser Kalkulationsbasis haben wir ja seinerzeit beim Herrn Minister Buchinger die Brotpreise allwöchentlich erstellt. Nun gebe ich zu, daß dem Herrn Minister Buchinger eine Zeitlang diese Brotpreisfeststellung unangenehm gewesen ist, weil die Brotpreise erhöht werden sollten, der Herr Minister Buchinger aber die Genfer Aktion nicht in ihrem Ansehen durch die Feststellung eines höheren Brotpreises, wie er sich eben durch die Verhältnisse als notwendig herausgestellt hat, schädigen wollte. Der Herr Minister Buchinger und seine Organe haben uns nun folgendes Anbot gemacht: Wir verkaufen euch aus alten Mehleständen der Kriegsgetreideanstalt billigeres Mehl und ihr müßt den Brotpreis niedriger kalkulieren, als den gegenwärtigen Mehlprißen entsprechen würde. Nach einigem Zögern — wir haben das Anbot einige Zeit nicht angenommen und lieber niedrigere Brotpreise, manchmal sogar Verlustpreise akzeptiert, um uns nicht zu diesem Mehl, das uns da angeboten wurde, zu drängen — haben wir schließlich einmal dieses Mehl akzeptiert und haben den niedrigeren Brotpreis kalkuliert. Wie wir aber damals das Mehl bezogen haben, haben wir gesehen, daß man daraus kein anständiges Brot machen kann. Das Gutachten der staatlichen Untersuchungsanstalt hat gelautet: Minderwertig, zu menschlichem Genuß nicht geeignet. (Hört! Hört!) So, meine Herren,

wurden eine Zeitlang die Brotpreise gemacht. Das ist natürlich auf die Dauer nicht weiter gegangen und wir haben auf den Bezug dieses Mehles verzichten müssen. Wir haben alles Mögliche versucht, zum Beispiel Übermahlungen, das hat alles nichts genutzt, das Mehl war eben minderwertig und wir hätten es höchstens als Futtermehl verkaufen können. Da aber das Futtermehl im Preise wesentlich niedriger war, als dieses Mehl noch gekostet hat, und wir schließlich nicht von der Kriegsgetreideanstalt Mehl kaufen können, um uns dann als Futtermittelhändler zu etablieren (Heiterkeit), so haben wir erklärt: Wir können dieses Mehl nicht mehr beziehen und der Brotpreis muß auf Basis eines Mehlprißes erstellt werden, der für gesundes Mehl verlangt wird.

Ich möchte noch bemerken, daß in Wien ein ausnehmend gutes Brot erzeugt wird. Wenn man sagt, daß in manchen Städten der Brotpreis niedriger ist, so ist das richtig; aber es ist auch nirgends ein so gutes Brot wie in Wien. Ich komme ja ziemlich herum und prüfe das Brot auch in allen anderen Städten, aber der Wiener ist in bezug auf die Brotqualität schon vom Frieden her sehr verwöhnt und verlangt ein gutes Brot. Herren, die sich auskennen, kann ich mitteilen, daß in unserem Brote 80 Prozent Roggenmehl ist, welches zum großen Teil aus Mollerroggen und zum anderen Teil aus Roggen-I besteht. Überprüfungen sind ja jederzeit in unserem Mehllager möglich. Wir haben statt Weizenbrotmehl vielfach billigeres amerikanisches Mehl, daß jedenfalls teurer war, Firsielair oder andere Sorten als Weizenbrotmehl in das Wiener Brot hineingegeben.

Die Preise in den einzelnen Städten sind absolut nicht vergleichbar, weil ja vor allem in Frage kommt, für welches Territorium man den Brotvertrieb organisieren muß, und Sie werden doch zugeben, daß beispielsweise das Heranbringen des Brotes an die Konsumenten in Salzburg doch unvergleichbar billiger sein muß als das Heranbringen des Brotes an die Konsumenten in Wien, weil das Territorium von Wien so ungeheuer groß ist und natürlich die Transportkosten entsprechend kalkuliert werden müssen. Anders läßt sich das nicht machen. Es handelt sich bei den Preisdifferenzen nun die Brotqualität und es handelt sich auch darum, daß man die Kostspieligkeit des Apparats berücksichtigen muß, der notwendig ist, um das Brot an den Mann zu bringen. Ich kann also sagen, daß im allgemeinen die Ziffern, die uns hier vorgerechnet wurden, nicht vergleichbar sind.

Eines muß ich sagen, daß ich das Getreide aus den Sukzessionsstaaten unter allen Umständen billiger bekomme als von den österreichischen Produzenten. (Hört! Hört!) Es ist beispielsweise kein Geheimnis, daß ich, wenn ich die Ziffer für Roggen

von 3400 K, die der Herr Minister Buchinger gestern genannt hat, als gegenwärtigen Roggenpreis akzeptiere, sicherlich unter 3000 K tschechisches Getreide nach Österreich bringen könnte. Ich meine, daß ich das könnte; ich bekomme natürlich nicht die Ausfuhr für tschechischen Roggen, aber die geringen Partien, die ausgeführt worden sind, werden zu diesen Preisen gehandelt. Nun wissen, was Wien anbelangt, auch die Agrarier, daß wir auf ein gewisses Getreide bei der Broterzeugung in Wien eingeschworen sind. Es ist kein Geheimnis, daß bei der Broterzeugung in Wien Pester Boden und Marchfelder Roggen gebraucht wird, um die Qualität zu erzeugen. Ich kann nun Pester Boden nur aus der Tschecho-Slowakei bekommen, da aber die Ausfuhr aus der Tschecho-Slowakei nicht oder nur in geringen Quantitäten möglich ist, so muß man natürlich das Mehl kaufen und in bezug auf den Rest ist man auf den Marchfelder Roggen angewiesen. Das wissen die Herren Agrarier und deswegen wird für den Roggen ein entsprechend höherer Preis verlangt. Der Roggen steht über der Weltmarktparität. Der österreichische Roggen steht über dem Preise, den man in den anderen Sukzessionsstaaten zu zahlen hat und vielfach auch beim Bezug aus dem Auslande zu zahlen hat. Es ist nicht richtig, wenn etwa das hätte bewiesen werden sollen, daß die Agrarier für die Brotversorgung Opfer bringen, sondern die Preise für inländisches Getreide sind so reichlich, daß sie die Preise übertreffen, die in den Sukzessionsstaaten und auch beim Bezug aus dem Auslande zu zahlen sind.

Nun hat der Herr Minister Buchinger auch zu beweisen versucht, daß der prozentuelle Anteil des Mehlpriees und Brotpriees sich zuungunsten des Mehlpriees verschoben hat. Er hat gemeint, wir haben im Frieden 78 Prozent und einen Bruchteil vom Brotpreise für Mehl gezahlt und zahlen jetzt nur 65 Prozent, so daß also die Produktionskosten höher geworden sind. Das ist falsch. Ich habe mit den Herren des Ministeriums versucht, mich darüber zu verständigen, die Herren haben irgend etwas falsch valorisiert. Ich muß fragen: Was war der Brotpreis im Frieden? Was war der Mehlpreis? Wieviel Prozente hat der Mehlpreis vom Brotpreise betragen? Was ist der Mehlpreis heute? Man kann nicht gegen die Bäcker polemisieren, wenn man mit dem Getreidepreis operiert, sondern man kann mit dem Bäcker nur polemisieren, wenn man mit dem Mehlpreis operiert, weil ja der Bäcker nicht mahlt, nicht Getreide verbackt, sondern Mehl verbacken muß. Was die Mühlenindustrie anbelangt, so wird heute behauptet, daß sie allgemein sehr schlecht steht, daß sie notleidend ist. Man wird also andererseits schwer wieder den Vorwurf erheben können, daß die Mühlenindustrie ausbeuterische Tendenzen hat. Das geht uns nichts an. Diese Verhältnisse können

untersucht werden, dafür können wir politisch nicht verantwortlich gemacht werden.

Ich habe also die Kurse der Wiener Börse vom Jahre 1914, vor Ausbruch des Krieges, in bezug auf die Mehlpriee festgestellt. Die Sorten, die für das Verbacken in Frage kommen, waren Mullerroggenmehl — das hat 17 K 25 h bis 17 K 80 h pro 50 Kilogramm gekostet, also 34 K 50 h bis 35 K 60 h pro 100 Kilogramm —, das Einserroggenbrotmehl 16 K bis 16 K 50 h also 32 K bis 33 K pro 100 Kilogramm. Ich habe den Durchschnittspreis von 32 K 50 h genommen, davon 90 Dekagramm — das Brot hat im Frieden annähernd das Gewicht gehabt, das es heute hat —, das sind 29¼ Hefler. Bei einem Brotpreise von 42 h ist dieser Anteil 63·6 Prozent, während die sonstigen Produktionskosten 36·4 Prozent betragen haben. Gegenwärtig — das ist richtig, was der Herr Minister gesagt hat — beträgt der Mehlpreis 65 Prozent, die Regie 35 Prozent. Es hat sich also die Regie um 1·6 Prozent vermindert und um diesen Verhältnisbetrag hat sich der Mehlpreis erhöht. Ich meine, das ist eine einfache, klare Rechnung, keine Künstelei mit Goldkronen. Es ist also falsch, wenn man versucht, das Verhältnis so darzustellen, als ob die Produktionskosten verhältnismäßig gestiegen wären.

Nun muß ich noch eines sagen. Es könnte auch sein — es ist nicht der Fall —, daß die Produktionskosten verhältnismäßig mehr gestiegen sind. Nun muß man aber die Verhältnisse untersuchen. Der Herr Minister hat jedoch ganz vernachlässigt, daß wir ja jetzt eine Warenumsatzsteuer haben und daß die Getreidepreise, die er uns genannt hat, exklusive Warenumsatzsteuer notiert werden. Es ist also nicht richtig, daß sich die Produktionskosten lediglich aus dem Titel der Arbeiterlöhne erhöht haben, obzwar ich auch darauf verweisen muß; daß in den letzten Monaten der Index ein steigender war. Wir haben im März 4 Prozent, im April 6 Prozent und im Mai 5 Prozent gehabt, eine Erhöhung, die sich natürlich auch in den Produktionskosten ausdrücken muß. Wir haben eine Erhöhung der Zölle, die sich in den Schmiermitteln und einer Reihe anderer Bedarfsartikel ausdrückt, die man aus dem Auslande bezieht. Wenn man sie im Inlande bezieht, so ist es natürlich selbstverständlich, daß die inländische Produktion den Zollschutz lukriert. Wir haben die große Post der Warenumsatzsteuer, von der der Herr Minister nicht gesprochen hat, wir haben die große Post der Kohle, für die wir auch die Warenumsatzsteuer bezahlen müssen.

Die Herren wissen alle, daß bei der Feststellung des Index die Kohlenpreissteigerungen der letzten Monate einen erheblichen Anteil gehabt haben. Jede Steigerung des Kohlenpreises muß natürlich

auch in den Produktionskosten zum Ausdruck kommen. Wenn Sie also die Warenumsatzsteuer einrechnen, so werden Sie sicher mehr herausbekommen als das, was dem Herrn Minister bei dem Vergleiche des Sinkens der Getreidepreise und der Erhöhung der Brotpreise gefehlt hat.

Nun möchte ich noch in fachlicher Beziehung folgendes bemerken: Wenn ich die Gebahrung der Broterzeuger prüfen soll, so lehne ich es natürlich ab, einen Getreidepreis zur Grundlage der Beurteilung zu nehmen, weil man ja mit dem Mehlspreise rechnen muß. Am 1. November hat das Kilogramm Mehlmischung, das zur Broterzeugung notwendig ist, 5137 K gekostet. Ich bemerke, daß alle Ziffern, die ich nenne, selbstverständlich von der Preisprüfungskommission geprüft sind und jedesmal, wenn eine Brotpreisänderung eintritt, wird der Preisprüfungskommission mitgeteilt, warum die Brotpreisänderung notwendig ist und welche Kosten sich bei der Kalkulationsbasis entweder hinauf oder herunter verschoben haben. Es war also der Mehlspreis am 1. November 5137 K, das Brot hätte nach der Kalkulation kosten sollen 6876 K, es ist festgesetzt worden mit 6660 K, also um 216 K pro Leib niedriger, als der Kalkulation entsprechen hätte. Am 1. Februar hat das Mehl 5231 K, das Brot 6550 K gekostet, nach der Kalkulation hätte es 6880 K kosten sollen, es war also um 130 K niedriger. Ich kann offen sagen, daß es mit ein Verdienst der Hammerbrotwerke war, bei all diesen Brotpreisfestsetzungen retardierend gewirkt zu haben, man hat immer die Verhältnisse berücksichtigt, man hat immer auf die Vorstellungen gehört, die da laut geworden sind: möglichst niedrig kalkulieren, möglichst wenig erhöhen, um die Verhältnisse nicht schwieriger zu machen. Das ist natürlich eine Zeitlang gegangen; aber die Herren müssen doch so viel Einsicht haben und sich darüber klar werden, daß das nicht ewig geht, daß, wenn man eine Zeitlang den Brotpreis retardierend gehalten hat, vielleicht indem man hie und da die Möglichkeit gehabt hat, Mehl zu beziehen, das billiger war als das offiziell notierte, daß das aber nicht immer geht und daß sich die Verhältnisse verschärfen können. Wir haben ja immer darauf hingewiesen, daß diese Zurückhaltung der Brotpreisfeststellung einmal ungünstig wirken kann, weil man schließlich so hoch mit dem Brotpreise gehen muß, daß der Konsument ernstlich beunruhigt und belästet wird. Der Konsument wird ja darüber getäuscht und es ist das absolut unzweckmäßig, weil bei der Zunderfeststellung dann Irrtümer herauskommen können. Es ist ein Verdienst der Hammerbrotwerke, mitverbilligend gewirkt zu haben und, wenn es Broterzeuger gibt, die in der Lage sind, das Brot billiger zu verkaufen, so wird niemand etwas dagegen haben, es steht dies diesen Broterzeugern frei und die Herren sollen ihren

politischen Einfluß geltendmachen, wenn das irgendwie möglich ist, daß das geschieht. Ich möchte auch feststellen, daß keine Branche so kontrolliert und durchforstet wird — das muß die Regierung zugestehen — als die Broterzeuger. Wir haben gar nichts dagegen, wir würden nur wünschen, daß andere Branchen ebenfalls unter die Lupe genommen werden, andere Branchen, bei denen Preissteigerungen unserer Ansicht nach nicht immer gerechtfertigt sind, Preissteigerungen, die uns übermäßig zu sein scheinen. Dann würde die Regierung ihre Pflicht erfüllen, aber hier mit Vergleichen zu operieren und so indirekt Vorwürfe zu erheben, vielleicht deshalb, weil der Partei eine Brotfabrik gehört, das ist politische Demagogie, die wir ablehnen müssen. Sie haben mehr Broterzeuger in Ihrer Partei. Kümmeren Sie sich also um diese Herren und versuchen Sie, sie zu einer Verbilligung zu veranlassen. Wir tun, was unser Gewissen und die wirtschaftliche Möglichkeit gebieten, um die Interessen der Konsumenten wahrzunehmen. Und wenn beispielsweise Minister Haueis gesagt hat, man hört, daß die Hammerbrotwerke einen preistreibenden Einfluß ausüben, so muß ich diese Verleumdung zurückweisen. Was würde Minister Haueis sagen, wenn ich hier von der Tribüne aus erklären würde, der Minister Haueis hat silberne Töfel gestohlen, ich habe es gehört. Mit solchen Verleumdungen, die beweislos sind, zu operieren, ist, glaube ich, auch Ihrer nicht würdig. Ich erhebe gegen Sie keine Vorwürfe, die nicht gerechtfertigt sind, ich konstatiere nur die Tatsache. Wenn diese Darstellungen etwa den Zweck haben sollten, der Öffentlichkeit einzureden, daß die Agrarier ein Verlustgeschäft machen oder für die Brotversorgung der Bevölkerung Opfer bringen, so glaube ich, das mit der Feststellung abtun zu müssen, daß das Getreide überall billiger ist als in Österreich, daß also die österreichischen Agrarier ein Opfer nicht bringen und daß, wenn sich die Notwendigkeit einer Steigerung des Brotpreises herausstellt, dies notwendig bedingt ist durch den steigenden Index, durch die Steigerung der Mehlspreise oder durch jene gesetzgeberischen Maßnahmen, die im Gefolge der Genfer Aktion von Ihnen beschlossen worden sind (*Zustimmung*) und die natürlich allen Konsumenten die Dinge, die für sie unentbehrlich sind, verteuern und die daher auch das Brot verteuern müssen, weil es eben anders nicht möglich ist. (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.* — Während der vorstehenden Ausführungen hat Präsident Seitz den Vorsitz übernommen.)

Niedrist: Hohes Haus! Die Debatte über den Etat des Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft läuft bereits in den gleichen Bahnen, wie immer. Von allen Seiten wird betont, daß die Hebung der Landwirtschaft unbedingt notwendig sei, es werden verschiedene Mittel dafür angegeben und

alles bleibt, wie gewöhnlich, beim alten. Neu ist nur bei dieser Debatte, daß unsere Kollegin Freundlich diesmal nicht auf den Plan marschiert ist, um uns zu belehren, wie wir eigentlich die Landwirtschaft heben sollen; neu ist diesmal, daß solche Bauernphilosophen — oder wie ich sie nennen soll — auf den Plan getreten sind und eine große Entdeckung gemacht haben, wie der Herr Kollege Pölzer, dann ein Herr aus Salzburg und besonders der Kollege Morawitz. Solche Entdeckungen können wir jetzt brauchen, wir haben ja eine kritische Zeit in der Landwirtschaft und ich werde diesen Herren noch sagen, wo sie eingreifen sollen.

Der Herr Abg. Pölzer in erster Linie hat uns belehrt, wie man melken soll, damit man viel Milch bekommt. Wenn er mir sagt, wie man an einem Rock einen Knopf annäht, dann nehme ich es ruhig hin, weil er es gelernt hat; aber einem Menschen, der 60 Jahre alt und in der Landwirtschaft bis auf den heutigen Tag tätig ist, das Melken lernen wollen, damit die Kuh viel Milch gibt, geht zu weit; hier ist die ganze Philosophie umsonst. Die Kuh gibt so viel Milch, als sie Futter, und gutes Futter, bekommt und das Melken bringen wir auch zusammen. Das brauchen Sie uns nicht zu lehren, denn es ist kein Börsenspiel, keine Spekulation, wo Klugheit und Ränke mitspielen, damit recht viel herauskommt, sondern das Melken ist etwas Natürliches.

Von den zwei anderen Philosophen, die da aufgestanden sind, könnte ich besonders dem Kollegen Morawitz eine bessere Beschäftigung rekommandieren, wo er viel mehr wirken könnte, nämlich bei der Stadt Wien. Die Stadt Wien braucht solche Leute, nicht gerade Professoren, sondern Praktiker, damit sie auf ihren Wirtschaften ordentlich wirtschaften kann. Wenn der Abg. Pölzer gegen die Privilegien der Großgrundbesitzer gedonnert hat, so muß ich sagen, ein solches Privilegium wie die Stadt Wien mit ihren Annpanen, mit ihren Genossen hat, gibt es überhaupt nicht mehr. *(Zwischenrufe.)* Ich werde das beweisen. Gleich nach dem Umsturze sind die Familiengüter Mannersdorf und Orth drunten im Bruder Bezirk sofort verpachtet worden und als Pächter sind aufgetreten die Stadt Wien — natürlicherweise, weil sie ja ein großes Konsumzentrum ist — der Bund, also das Finanzministerium, und der Kriegsofferfonds. Der Verpächter ist der Kriegsofferfonds, denn der Kriegsofferfonds hat alle diese Güter eingekauft. Diese drei bilden die Gesellschaft. Der leitende Faktor in diesem Pächterkonsortium ist niemand anderer als die Stadt Wien, denn daß der Bund, das Finanzministerium, Leute hat, die die Sache verstehen, die verstehen, wie dort gewirtschaftet werden soll, verlangt man gar nicht, und daß der Kriegsofferfonds Leute habe, die wirtschaften

können, verlangt man auch nicht. Das ist doch selbstverständlich. Aber die Stadt Wien, die so ausgezeichnete Kapazitäten besitzt, wie zum Beispiel die Frau Emmi Freundlich, die uns immer sagt, wie man zu Wirtschaften hat und jetzt außerdem noch den Herrn Morawitz, die wissen doch, wie man es zu machen hat, um aus dem Grund den größten Ertrag herauszubringen. Wie steht es nun mit diesen Gütern? Ich bin neulich unten gewesen und habe sie mir angesehen. Das Herz klopft einem vor lauter Freude und Leid im Leib. Warum? Wenn man unsere steinigten Berge und unsere Berglehnen sieht und dann vom Ostbahnhof gegen Bruck an der Leitha oder etwa mit einer Flügelbahn da hinunterfährt und das Gewoge dieser schönen Getreidefelder überblickt, so sieht man, daß hier eigentlich der Garten und das Paradies, mit Ausnahme der Gannagegend und des Marchfeldes, von Österreich ist und daß wir auf Schuttkegeln existieren und vegetieren müssen. Diese Güter da unten haben ein Ausmaß an Acker 3645 Hektar, Wiese 736 Hektar, Weide und Gärten 532 Hektar, Wald 4825 Hektar und das heißt etwas: Hier wirklicher Wald; bei uns aber auf dem Felsen oben, ist etwas als Wald eingetragen was nichts weniger als Wald ist; vielleicht sind nur die Alpenkräuter als Wald eingetragen. Um den Herren, die vielleicht nicht genau orientiert sind, wie groß ein Hektar ist, durch ein Beispiel zu zeigen, wie groß dieser Güterkomplex ist, mache ich Sie auf folgendes aufmerksam: Die angeführte Ackerfläche entspricht fast genau der gesamten Ackerfläche des Gerichtsbezirkes Schwaz in Tirol. Der ganze Gerichtsbezirk Schwaz mit etwa 20 Gemeinden hat soviel Acker, wie da gepachtet sind. Die verpachtete Wiesenfläche macht ungefähr ein Drittel der im Kataster als Wiesen eingetragenen Fläche des Gerichtsbezirkes Schwaz aus; es sind 736 Hektar und Schwaz hat 2014 Hektar Wiese. So groß ist beiläufig die Fläche und was für eine schöne Fläche! Welchen Pachtzins zahlt man dafür? Hören Sie, was in Niederösterreich Pachtzins gezahlt wird. Landläufig beträgt hier der Mindestpachtzins, wenn ein Bauer etwas pachtet, für das Joch 200 Kilogramm Frucht. Bekanntlich sind zwei Joch ein Hektar *(Ruf: Das ist ein Irrtum!)* beiläufig, infolgedessen sollte für diesen guten Grund vier Meterzentner das sind 400 Kilogramm Frucht, bezahlt werden. Der Pachtzins beträgt für ein Hektar — mehr als zwei Joch — bei den Äckern 30 Kilogramm Frucht *(Hört! Hört!)*, Wiesen 15 Kilogramm, Weide, Gärten 3 Kilogramm. Bitte, Herr Morawitz, schreiben Sie sich die Sache auf, damit Sie wissen, was Sie angreifen können. Wald 14 Kilogramm das Hektar. Also das ganze nennen wir einen Parifikations- oder Anerkennungszins. Das ist doch kein Pachtzins! Bitte, wie würde der Pachtzins ausschauen, wenn wir diese Grundflächen, dieses

Paradies, nicht etwa da unten, sondern wenn wir eben soviel Grund, die Äcker, Wiesen und alles im Bezirk Schwaz verpachten würden. Im Schwazer Bezirk könnten von der landwirtschaftlichen Fläche des Pachtgrundes, von den Äckern, Wiesen, von Wald und Weide, wenn sie nach Schwaz versetzt wären, 3000 Menschen leben und diese wieder so viel Kartoffel und Mais anbauen, daß sie noch 140 Waggons abgeben könnten. Weiters würden in Schwaz 2000 Stück gutes Vieh zu 500 Kilogramm ganzjährig gefüttert werden können. Weiters würde man im Schwazer Bezirk bei den Meierhöfen einen Pachtzins von jährlich 3 Milliarden, bei Parzellenverpachtung 6 Milliarden herauskauen. Wieviel haut die Stadt Wien an Reingewinn aus dem Ganzen heraus? Erstens zahlt sie kaum einen Pachtzins und zweitens haut sie oder wirtschaftet sie aus dem guten Grund so viel heraus, daß der Kriegssopferfonds die Hälfte der Steuern draufzahlen muß und drittens verlangt — vergesse das nicht — dieser Pächter oder diese Pächterin 11 Milliarden Zuschuß. (Morawitz: Wofür denn?) Wofür denn? Wer diese Milliarden zahlt? Bitte, der Herr Kollege Morawitz macht mir den Zwischenruf, wofür? Die Antwort nehme ich ihm aus dem Mund. Er wird sagen: Für Investitionen. Herr Kollege Morawitz! Bei uns, wenn man Pachtungen übernimmt, übernimmt man sie gewöhnlich, wie sie sind, nackt, das heißt, ohne Inventar. (Zwischenruf.) Ja, hat denn das Gut vielleicht kein Inventar mitgebracht? Inventar — nur einen Moment — lebend (liest): „300 Pferde (Hört! Hört!), 60 Ochsen, 400 Kühe, 400 Stück Jungvieh, Schweine, Geflügel, sogar ein Esel war da, schauen Sie den Vertrag an. Ein Esel war da! (Heiterkeit.) Vier oder acht Muli waren da. An totem und lebendem Inventar waren ferner zwei neu eingerichtete Molkereien, komplette Motorpflüge da, alles, was diese Herrschaftsgüter gebraucht haben, alles ist liegen und stehen geblieben. Und wissen Sie, wieviel für das ganze tote und lebende Inventar an jährlichem Pachtzins bezahlt wird? Bitte, gut aufmerken, Herr Kollege Morawitz! Schreiben Sie sich das auf! 197.000 K. (Hört! Hört!) Nicht einmal 200.000 K werden für das ganze lebende Inventar, für das Vieh und für das tote Inventar bezahlt. Das ist nicht einmal ein Anerkennungszins. Herr Kollege Morawitz, bei uns zahlt man für ein Stück Vieh auf der Alm 300.000 K, für ein Stück Vieh, wenn man es dort auf der Alm zusammen mit den anderen hat und die zahlen für das ganze nicht einmal 200.000 K, also bereits ohne Pachtzins. Man sollte doch glauben, daß dabei für den Kriegssopferfonds sehr viel heranzuschauen müßte. Kollege Pölzer hat hier eine Rede voll Jammer darüber gehalten, daß die armen Kinder verhungern und an Tuberkulose zugrunde gehen, weil keine Milch da ist. Ich

bitte, da habt Ihr die Gegend, wo Milch und Honig fließt, da müßt Ihr anfangen zu rechnen.

Der Kollege Morawitz hat gestern wörtlich gesagt: es ist nur ein unbegründetes Jammern, daß die hohen Löhne der Arbeiter schuld daran sind, daß die Landwirtschaft nichts trägt. Jetzt können Sie diesen Jammer bei der Stadt Wien studieren. Da haben Sie eine bessere Beschäftigung als die Verhehung der Arbeiter, Herr Kollege Morawitz! Warum trägt der Grund und Boden in Tirol auf dem steinigen Felsen so viel? Weil dort die alt-patriarchalischen Zustände herrschen und weil eine solche systematische Verhehung, wie sie hier gestern stattgefunden hat, dort nicht Platz greift und nicht Platz greifen darf. Unsere einheimischen Leute würden das absolut nicht dulden. So etwas gibt es nicht. Gehen Sie in meine Heimat, dort arbeitet man 16 Stunden und nicht 8 Stunden. (Zwischenrufe. — Präsident Seitz gibt wiederholt das Glockenzeichen. — Anhaltende Zwischenrufe Geislers.)

Präsident Seitz: Ich mache den Herrn Abgeordneten aufmerksam, daß die Glocke ertönt und setze voraus, daß die Herren wenigstens auf die Glocke hören. Es hat der Herr Abg. Niedrist das Wort.

Niedrist: Meine Damen und Herren! Wo liegt der Grund, daß diese herrlichen Besitzungen nichts tragen? Ich habe darüber nachstudiert, was die Ursache sein könnte, bin aber zu keinem Ergebnis gekommen. Entweder ist es Unverstand oder Korruption oder gründliche Verhehung der Arbeiter oder alle drei Umstände zusammen. Was die Schuld ist, weiß ich nicht. Die Gemeinde Wien würde diese Produkte sehr notwendig brauchen, aber, meine Herren auf der linken Seite, noch viel mehr der Kriegssopferfonds. Ich erkläre es öffentlich, es ist ein Skandal, der zum Himmel stinkt. (Hölzl: Das hat mit dem Kriegssopferfonds nichts zu tun!) Wenn es sich um Ihren Freund, den Grafen Czernin, handeln würde, dann wäre die Sache anders, wenn er der Verpächter wäre. Aber so ist der Kriegssopferfonds derjenige, der die Steuern, der die Hälfte der Steuern noch daraufzahlen muß, das ist der leidende Teil. Das ist ein Skandal, den wir uns besser unter die Lupe nehmen müssen. Da hört sich alles auf.

Herr Kollege Morawitz! Sie haben uns gestern am Schluß Ihrer Rede immer zugerufen: Wir verlangen, wir verlangen, wir verlangen. Wir verlangen den Achtsinnndentag, wir verlangen alle sozialen Maßnahmen für die Landarbeiter, wie sie bei den Metallarbeitern, in den Bergwerken, bei der Bahn und überall sonst bestehen. Herr Kollege Morawitz! Ich werde Ihnen jetzt den Beweis liefern, daß das bei der Land- und Forstwirtschaft nicht geht. Es gibt gewisse Betriebe, wo man das

nicht machen kann und gerade die Land- und Forstwirtschaft ist eine solche Ausnahme. Bei der Forstwirtschaft ist es gelungen, soweit habt Ihr sie verhehrt. Ich habe hier den Bericht, der später verhandelt werden wird (*liest*): „Laut Kontoaufstellung schließen alle Bundes- und Forstgebiete mit Ausnahme der Bundesforste in Nordsteiermark und im Salzkammergut mit einem voraussichtlichen Gewinn ab.“ Also im Salzkammergut und in Nordsteiermark, wo der Vorkenkäfer, aber der Vorkenkäfer der Verhehung ist, wo die Leute im Tag nicht mehr als kaum ein Festmeter Holz verarbeiten, während bei uns acht bis zehn Festmeter gemacht werden, dort rentieren sich die Forste nicht.

Und das gleiche gilt auch in der Landwirtschaft. Wenn wir Tiroler dieses herrliche Paradies hätten, wir könnten so viele Produkte dort aus dem Boden stampfen! Ein Gebiet wie der ganze Gerichtsbezirk Schwaz, was das nur für eine Steuerquelle wäre an direkten und indirekten Steuern! Und so trägt das ganze Geschäft nichts und der Kriegsofferverband ist der Geprellte. Da, Herr Kollege Morawitz, können Sie Ihre Wissenschaft geltend machen und ein großer Mann werden, als der Sie sich gestern entpuppt haben, wo Sie Professoren und andere zitierten. Und wenn Sie dann sagen werden, von dem Grund und Boden habe ich 11 Milliarden erwirtschaftet — und nicht 11 Milliarden hineingesteckt — dann können Sie etwas reden!

Sie sagen, es ist Investitionskapital. Wer gibt uns Bauern ein Investitionskapital? Haben wir den Krieg mitgemacht oder nicht? Und wer gibt uns etwas, daß wir unseren Viehstand nachschaffen können, wer hat uns etwas gegeben? Mit Steuern aller Art belastet man uns, unsere Gemeindeumlagen betragen 400 Prozent, die Grundsteuer ist valorisiert, in manchen Gemeinden mit 330 Prozent. Das ist es, was die Bauern bekommen.

Wenn Sie sagen: Investitionskapital, dann muß ich sagen: Defizit. Sie werfen uns immer vor, Kollege Schiegl sagt es in jeder Rede im Finanzausschuß: Geschenke an die Bauern! Der Reichtum der Bauern! Ja warum trägt denn das Geschäft da unten nichts? Wenn die Bauern jetzt nach dem Krieg so reich geworden sind, wissen Sie warum? Weil der Reichtum uns von den Sozi angedichtet wird. Die Stadt Wien will ich nicht allein verantwortlich machen, aber diejenigen, die in der Stadt Wien die Leute verhehen, sie sind schuld, Herr Kollege Morawitz! Dreimal hat die Stadt Wien auf den Pachtgütern Streiks bekämpfen müssen, selbst bei der Stadt Wien haben sie gestreikt. Und als die Straßenbahner streikten, ich glaube es war Mitte Winter, da hat in der „Arbeiter-Zeitung“ einer der Herren vom Nat-

haus, ich weiß nicht mehr welcher, geschrieben: Eine Gemein- und Volkswirtschaft läßt sich ohne intensive Arbeit nicht durchführen.

Auch hier hat die Gemeinde Wien sicherlich das beste Bestreben, dem Kriegsofferverband, den armen Teufeln, das nicht wegzunehmen, sondern etwas zu produzieren. Da kann sie ihre Kunst sehen lassen. Aber mit dem Achtstundentag und all den sozialen Maßnahmen, wo sie nicht am Platz sind, geht es nicht. (*Zwischenrufe.*) Kurz und gut, Herr Kollege Morawitz, das geht nicht. Wenn Sie glauben, Sie können damit einen Treffer machen, die Leute aufheben und es so weit bringen, daß jeder Bauernknecht das wird, und bekommt, was Sie wollen, dann sage ich Ihnen soviel: Gut, das kann kommen — bei uns in Tirol zwar nicht —, aber wer wird es entgelten? Alle diejenigen, welche Produkte kaufen müssen. Die weitere Folge wird sein, Herr Kollege aus Salzburg: wenn der Bauer die Leute nicht mehr zahlen kann, was liegt näher, als daß er seine Kühe und Pferde in die Felder treibt? Bis der Großgrundbesitzer und der letzte Bauer verhungern, das dauert lange, aber die Produktion wird zugrunde gehen. Wo wird dann das Kind des Fabrikarbeiters die Milch hernehmen? Die Arbeiter werden verurteilt sein, die schlechte Milch, die aus Argentinien kommt, zu trinken und die gute Milch wird draußen bleiben. Wenn man aber systematisch zusammenhilft und trachtet, daß gearbeitet werde, dann geht die Sache, Herr Kollege Witternigg — den muß ich auch ein bißel behandeln (*Heiterkeit*) —, der hat die Dummheiten mit den Servituten wieder gut machen wollen. Das ist der linken Seite sehr unangenehm, weil sie genau wissen, was die Servituten eigentlich sind. Heute hat er nun zur Entschuldigung vorgebracht, die Brauerei existiert nicht mehr, es ist keine Berechtigung mehr vorhanden. Ja, das Kloster von St. Peter hat auch erhalten müssen, Herr Kollege Witternigg, in den alten Kauf- und Tauschbriefen und Übergabeurkunden steht folgendes: Alle Rechte und Lasten und Gerechtsame werden verkauft, ob nun der Grund und Boden mein eigen ist oder ob es sich um ein Servitut handelt. Das ist bereits gleich.

Meine Herren auf der linken Seite, ich kenne sehr viele Alpenbauern, die eine Servitut auf der Alpe haben. Wenn nun der, weil er seine Alpe verkauft, weil er sie nicht braucht, weil sein Viehstand verschwunden ist, weil er sein Anwesen in ein Hotel verwandelt hat, weil auf seinen Grund und Boden Fabriken entstanden sind, hergeht und die Alpe verpachtet oder verkauft, so bleiben doch auf der Alpe die Servitutenlasten. Wir haben Ihnen schon im Finanzausschuß erklärt, wenn Sie an den Servituten rühren, beißen Sie auf Granit. Und weil Sie das wissen und weil die Wahlen bevor-

stehen, so beginnen Sie jetzt ein Rückzugsgefecht. Aber das ist Ihnen nicht gelungen.

Zuletzt muß ich mich mit dem neuen Kollegen von Salzburg beschäftigen. Mir scheint, er hat gestern seine Jungferrede gehalten. Da wird ja manches begreiflich. Er hat von den Großbauern und den Kleinbauern gesprochen. Wo fängt der Kleinbauer an und wo hört der Großbauer auf? Es gibt bei uns Bauern, die drei Stück Vieh haben. Das ist dann ein Großbauer. Und wenn einer ein Stück Vieh und zwei Ziegen hat, so ist das dann wohl ein Kleinbauer? In jeder Gemeinde gibt es solche Großbauern und Kleinbauern. Wenn wir Tiroler mit unserem Besitz auf den Wiener Boden kämen, dann sind wir alle Knechtler, Häusler und arme Teufel. Und droben schimpft man uns Großbauern, besonders in der Kuststeiner Gegend. Wo ist da die Grenze? Dort, wo Sie sie brauchen. Das ist etwas so Unfestes, so was für die Agitation Berechnetes. Besonders im Burgenland war es so. Im Burgenland war die Agitation so eingestellt und da hat man es so gemacht, Herr Morawiz, daß man gefragt hat: wieviel hat da der Größte? Der Größte hat 200 Joch. Da hat man gleich gesagt: also wer mehr als 150 Joch hat, dem sollte man es nehmen. *(Zwischenrufe.)* In einer anderen Gemeinde hat der Größte 150 Joch, also wer mehr als 80 oder 100 Joch hat, dem soll man es wegnehmen. Wenn einer 500 Joch gehabt hat, hat es geheißen: Wer mehr als 300 Joch hat, dem soll man das übrige wegnehmen. Da ist alles so beweglich gewesen, wie man es gerade zum Gimpelgang gebraucht hat.

Bei uns in Tirol ist ganz das gleiche der Fall. Kommt man in eine Oberinntalgemeinde, so heißt es auch: die Großbauern haben den Wald, haben die Weide und ihr Kleinbauern habt nichts. In Rams, wo Herr Haueis zu Hause ist, sind auch Groß- und Kleinbauern und im Unterinntal ist das gleiche der Fall. Wo ist also der Unterschied? Wo fängt der Großbauer an und wo hört der Kleinbauer auf? Wir in Tirol sind lauter Kleinbauern, aber unser Kleinbäuerlicher Besitz ist in der Lage, das Land zum größten Teil mit Milch und verschiedenen Lebensmitteln zu versorgen und unseren Leuten das Notwendigste zu geben. Herr Kollege Scheibin, Sie rümpfen die Nase, weil zu wenig Milch nach Innsbruck gekommen ist. Ich möchte betonen, daß Samstag abends eine Versammlung in Weer abgehalten wurde, und da hat der dortige Milchlieferant Arnold geklagt, daß er für Innsbruck die Milchlieferung abgeschlossen hat und daß man sie auf einmal nicht mehr brauchen kann. Er hat die Milch dann nach Graz offeriert, gleich darauf hat man ihm die Milch wieder in Innsbruck abverlangt. Nicht, daß man denkt, wir geben den Leuten nicht die nötige Milch, Herr Kollege Scheibin.

Wir stampfen die Produkte aus dem Boden, aber selbstverständlich nur unter der Bedingung: Morawiz u. Gen., bleibt fern! *(Heiterkeit.)* Da läßt sich nichts machen, denn wenn man die Leute so systematisch verhegt, daß dort, wo die notwendigste Erntearbeit ist, nicht mehr gearbeitet, sondern mit Streik gedroht wird, wenn die Kühe nicht mehr gemolken werden, dann kommt der Herr Kollege Bötzler und sagt uns, wie man die Kühe melken soll. Wenn man aber streift und drei, fünf, sechs Tage nicht arbeitet, bis die Verhandlungen aus sind: ja, die Kuh kümmert sich nicht um Partei- und Lohnpolitik, sondern versiegt einfach. Geehrte Herren auf der linken Seite, Sie verfügen ja über Bauern-diplomaten, die sich gestern entpuppt haben. Da schauen Sie dazu, daß bei der Stadt Wien dieser Schandfleck und dieser Skandal aus der Welt geschafft werde, daß der Kriegsofferfonds endlich auf seine Rechnung komme und nicht draufzahlen muß.

Zum Schlusse sage ich nur folgendes: Wenn Sie glauben, wir können die Landwirtschaft heben und ausbauen ohne Arbeit, nur mit Büchern und Professoren, so werden Sie sich täuschen. Beides zusammen schon, auch wir Tiroler lesen, aber wenn Sie, Herr Kollege Morawiz, hinausgehen und den Leuten sagen: ihr habt viel zu wenig Lohn, ihr wohnt schlecht usw., dann dürfen Sie nicht vergessen, daß einer Zeit haben muß, um eine gute Predigt lesen zu können. Da darf man die Menschen nicht von der Arbeit abhalten und aufheken. Wenn Sie eine solche Hege weiter betreiben, dann sind Sie diejenigen, die den armen Wurmern die Milch vorenthalten, nicht wir. Wir haben unsere Arbeit und sind froh, wenn man uns arbeiten läßt.

Der Herr Kollege Schneidmadl ist auch so ein Bauernprofessor *(Heiterkeit)* und er hat die ertragreiche Wirtschaft der Stadt Wien geschildert. Herr Kollege Schneidmadl, Sie wissen jetzt, warum man den Waldhof nicht staatlich oder von Ihnen bewirtschaften lassen will. Wir haben gesehen, wie da mit guten Gründen gewirtschaftet wird. Wir wissen, wie wir uns gegenüber unserem Dienstpersonal zu verhalten haben. Dafür sind uns unsere religiösen Grundsätze maßgebend. Die Hauptsache aber ist: Arbeiten, arbeiten! Nur dadurch werden wir Österreich wieder aufbauen. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen. — Zwischenrufe. — Während der vorstehenden Ausführungen hat Präsident Dr. Dinghofer den Vorsitz übernommen.)*

Diehauser: Hohes Haus! Sie werden mir gestatten, kurz auf die niedrigen Anwürfe des Kollegen Geisler zurückzukommen. Geisler hat in seiner Rede erklärt, daß ich einen halben Kretin als Zugkraft verwende. Ich schäme mich nicht darzustellen, wie sich die Sache in Wirklichkeit verhalten hat. Dieser Mensch hat mich tatsächlich im Winter zwei- oder dreimal infolge meines schweren

Fußleidens in einem Schlitten $\frac{1}{2}$ oder höchstens $\frac{3}{4}$ Stunden ein Stück talabwärts gezogen. (*Hört! Hört! — Zwischenrufe.*) Diese Arbeit hätte jedes Kind leisten können... (*Geisler: Das ist ein Einleger!*) Nein, ich werde darauf zurückkommen... da es ein ganz leichter Schlitten war. Diesen Schlitten haben die Pferde zurückgezogen, der Mann hat sogar auffigen können. Er hat nur eine ganz minimale Arbeit geleistet. Wenn ich gewußt hätte, daß der Kollege Geisler so niedrige Mittel in Anwendung bringt (*Zustimmung*), dann hätte ich meine Tochter mit 15 Jahren dazugesellt, die mich auch ganz leicht an diese Stelle gebracht hätte. Ich würde auf diese Sache gar nicht zu sprechen kommen, wenn nicht der Herr Abg. Geisler mit so niedrigen Mitteln mich angegriffen hätte.

Dieser Mann, Voithofer mit Namen, war früher in der Gemeinde Goldeggweg, wo die Gemeinde Dienten für ihn einen enormen Beitrag zahlen mußte. Dieser Voithofer war bei einem sehr religiösen Bauern in Wohnung und hat bei diesem Bauern tatsächlich verhungern müssen. (*Zwischenrufe Geisler.*) Herr Kollege Geisler, fragen Sie bei der Gemeinde Goldeggweg an und Sie werden erfahren, wie dieser Mensch vor lauter Hunger von den Kirchenstühlen das Wachs gefressen hat (*Hört! Hört!*), daß er Gras gefressen hat. Dieser Mensch ist infolge seiner furchtbaren Erniedrigung in die Gemeinde Dienten überstellt worden und ich habe diesen Menschen wieder emporgebracht. (*Lebhafte Zwischenrufe Witternigg.* — *Geisler: Waschen Sie sich zuerst rein! — Anhaltender Lärm und Zwischenrufe.*)

Präsident Dr. Dinghofer (*wiederholt das Glockenzeichen gebend*): Herr Abg. Witternigg, Herr Abg. Geisler, ich bitte um Ruhe!

Viehhauser: Erkundigen Sie sich bei den Gemeindevorstellungen, erkundigen Sie sich bei der Gemeinde Dienten! (*Fortgesetzte lärmende Zwischenrufe.* — *Zwischen Witternigg, Schiegl und Geisler entspinnt sich ein lärmender Wortwechsel.* — *Witternigg: Von was soll ich mich reinwaschen? — Großer Lärm und andauernde Zwischenrufe.*)

Präsident Dr. Dinghofer: Herr Abg. Schiegl, ich bitte, sich auf Ihren Platz zu begeben! (*Anhaltender großer Lärm.*) Ich bitte, auf die Plätze! (*Schiegl: Das muß klargestellt werden, von was sich der Kollege Witternigg reinwaschen soll! Der Geisler hat den Vorwurf erhoben: „Er muß sich reinwaschen“, bevor er spricht. Von was hat er sich reinzuwaschen? Er muß es sagen! Nicht feig hinter die Immunität verkriechen! Der Witternigg hat gesagt, was er weiß. Wenn Sie von ihm etwas wissen, sagen Sie es öffentlich! Seien Sie nicht feig! Das ist eine Niederträchtigkeit!*)

Präsident Dr. Dinghofer (*wiederholt das Glockenzeichen gebend*): Ein Wort löst das andere aus und wir kommen zu keiner ruhigen Verhandlung! (*Anhaltender Lärm und Zwischenrufe.*)

Viehhauser: Hohes Haus! Ich werde zum Schluß eilen. Ich habe schon erwähnt: fragen Sie an bei der Gemeindevorstellung Goldeggweg, fragen Sie an bei der Gemeindevorstellung Dienten und Sie werden erfahren, wie dieser Mensch als wahres Skelett zu mir gekommen ist, gänzlich ausgehungert. Ich habe diesen Menschen wieder physisch emporgebracht. (*Bravo-Rufe.*) Das ist doch kein Verbrechen! Ich gestehe und ich schäme mich dessen auch gar nicht, daß mich dieser Mensch, weil ich ein Fußleiden gehabt habe, ein Stück geleitet hat, nicht gezogen. Herr Geisler, Sie kennen die Verhältnisse dort: von Dienten geht der Schlitten von selbst, er brauchte nur im Schlitten zu gehen. Wenn Sie, Kollege Geisler, solche Anwürfe als Wahlhändler benutzen wollen, werden Sie nicht Ihr Ziel erreichen und ich überlasse diese ganze Angelegenheit der Öffentlichkeit zur Beurteilung. (*Lebhafter Beifall. — Andauernde heftige Zwischenrufe und Lärm.*)

Präsident Dr. Dinghofer: Meine Herren, ich muß schon bitten... (*Andauernder Lärm.*) Wenn ich mir erlaube, eine Bemerkung zu machen, so möchte ich doch bitten, daß Ruhe ist! Ich möchte die Herren und Frauen bitten, von persönlichen Angriffen abzusehen, denn wenn das in diesem Hause weiter einreißt, so ist ein ruhiges Verhandeln überhaupt unmöglich. (*Zustimmung.*) Wir müssen trachten, abgesehen von dem Gegensatz der politischen Überzeugungen, in der gemeinsamen Arbeit vorwärtszukommen und nicht durch persönliche Angriffe die Debatte im Hause zu vergiften. (*Hölzl: Aber die Verdächtigung muß der Herr Geisler aufklären!*) Zum Worte gelangt jetzt der Abg. Fuß. (*Zwischenrufe Schiegl.*) Das war so allgemeiner Natur, daß ich als Präsident keinen Anlaß finden kann, einzuschreiten. (*Schiegl: Wenn er sagt: er muß sich reinwaschen, bevor er spricht, so muß er erklären, was er damit meint, sonst ist es eine gemeine niederträchtige Verleumdung. Nicht feig sein! Wir haben gesagt, was gemacht worden ist. Wenn Sie was wissen, dann sagen Sie es, sonst bekommen Sie Ohrfeigen! — Großer Lärm und Zwischenrufe.*) Sie verlangen von einem andern, daß er nicht beleidige und Sie selbst ergehen sich fort in Beleidigungen!

Auß: Ich möchte mir noch ein paar sachliche Worte zu dieser Frage erlauben. Der Herr Kollege Pölzer hat dem Wiederbesiedlungsgesetz eine große Schuld daran beigemessen, daß wir nicht vorwärtskommen. Er hat aber dabei meines Erachtens ganz übersehen, daß heute die ganze Wiederbesiedlung in ein ganz anderes Stadium getreten ist. Als seinerzeit das Gesetz gemacht

wurde, hat man gewiß einen idealen Gedanken verwirklichen wollen, es war ein guter Gedanke. Heute aber sehen wir, daß die Wiederbesiedlung nicht mehr den Zweck hat, den wir vermeinten, und daß sie nur so lange Anklang gefunden hat, als das Geld einen sinkenden Wert hatte. Heute, wo das Geld stabilisiert worden ist, ist der Bodenhunger schon längst wieder gestillt. Wir haben beispielsweise in unserem Land in den Jahren 1920, 1921 und 1922 selten oder gar nie gefunden, daß ein Grundstück oder ein Haus ausbezogen worden ist. Heute kann man wieder genug finden und es ist sehr schwer, für die Leute etwas zu erwerben, weil es zu große Summen kostet, nicht daß die Goldparität überschritten wird mit dem Güterpreis, aber die Leute können die Mittel nicht aufbringen, und wenn einer heute ein Gut kauft, und muß das mit fremden Geld tun, so ist es gar nicht möglich, daß er bei dieser Wirtschaft bestehen kann. Daran franken wir. Darum hat die Wiederbesiedlung nicht mehr den Zweck, wie er früher gedacht war. Früher war sie von vielen nur als Geschäft gedacht, bei dem sinkenden Geldwert ist es ein solches heute nicht mehr.

Er hat sich auch gegen die hohen Milchpreise gewendet. Dabei hat er ganz unterlassen, bei dem Milchpreis auf den Ursprungspreis, auf den Preis, den der Bauer bekommt, hinzuweisen. Der hat die Goldparität nicht erreicht, wenigstens in unserem Lande noch lange nicht, und man sollte auch auf die Ursachen hinweisen, warum die Milch so teuer ist. Man sollte trachten, diesen durch Mittelspersonen langen Weg zwischen dem Produzenten und Konsumenten abzukürzen, dann könnte es zu einer Verbilligung kommen und man müßte nicht immer dem Bauern die Schuld geben.

Ich möchte mich dann auch noch gegen die Ausführungen des Herrn Kollegen Morawitz wenden. Er hat ganz schön ausgeführt, man soll den Landarbeitern, den Kleinbauern bessere Verhältnisse schaffen. Das sind ganz schöne Worte, gesprochen für die Leute, die es angeht, und wir wären sehr dafür, wenn wir das imstande wären. Wenn man das aber macht und auf der anderen Seite wieder mit den Preiserhöhungen kommt, wenn man den Bauern als Wucherer und als nicht notwendig hinstellt, so ist das die reinste Demagogie, die man nur treiben kann, eine Demagogie erster Güte. Wir können den Leuten nicht bessere Verhältnisse bieten und auf der anderen Seite niedrigere Preise ansetzen. Das geht nicht zusammen. Es ist zu bedauern, daß man in diesem Staat immer nur die produzierenden Stände gegeneinander hegt und treibt, wenn man es wirklich gut mit den Kleinbauern, mit den Landarbeitern meint, so dürfen Sie die Leute nicht verheizen. Wenn Sie das tun, so kommen andere und beuten die Leute aus. Wir haben heute alles mögliche

gehört, wir haben gehört, daß der Herr Abg. Eidersch die Brotfabriken verteidigt hat, ich habe genau zugehört, aber ich habe kein Wort darüber gehört, daß die heutigen hohen Zinsfußsätze große Schuld an den Preisen haben. Die Zinsfußsätze sind viel höher als die Warenumsatzsteuer. Es ist merkwürdig, daß kein Kollege ein Wort gefunden hat, daß die hohen Zinssätze von 30 bis 40 Prozent eine solche Einwirkung auf alle Preise haben. Das auszusprechen, scheut man sich und man redet alles mögliche herum, nur um da vorbeizukommen. Bei dem Zinsfuß, den wir heute haben, nimmt es mich nicht wunder, wenn gesagt wird, das ist ein solcher Schmutzleck auf dieser Republik, daß man in ganz Europa keinen so häßlichen aufweisen kann, und daher kann man sich auch nicht wundern, daß es eine Menge Leute gibt, die meinen, daß nur die Staatsform daran schuld sei und sich darum den Monarchisten oder Nationalsozialisten zuwenden, wenn man immer die produktiven Stände gegeneinanderhebt und gegen diejenigen, die sie ausbeuten, kein Wort sagt. Von jenen, die nur vom Geben und Nehmen leben, sagt man kein Wort. Sie meinen es mit den Arbeitern, mit den Kleingewerbetreibenden, den Kleinbauern und den Gebirgsbauern gut und heizen sie gegeneinander. Wenn sie es wirklich ernst nehmen, so müssen sie sagen, die Leute müssen für den Bettelstaat aufkommen und ihn erhalten; sie sind das Fundament und müssen zusehen, wie der Staat ausgenutzt wird. Wenn Sie einmal einen Ernst zeigen wollen, so kann man Ihnen glauben, aber diese blöde Heze, noch dazu bei einem so wichtigen Kapitel, kann man Ihnen nicht glauben. Sie stellen Forderungen auf und verlangen das und jenes, wenn es aber heißt: bewilligen, dann geben Sie nichts her. Das ist doch eine Demagogie und dabei kann der Staat nicht auskommen. Sie müssen also einen besseren Ernst zeigen, damit wir Ihnen glauben können. (Beifall.)

Morawitz: Hohes Haus! Der Herr Abg. Niedrist hat in der heutigen Debatte gemeint, daß wir eine bessere Beschäftigung fänden, wenn wir uns um die von ihm vorgebrachten Angelegenheiten kümmern würden. Ich muß vor allem feststellen, daß die Behauptungen, die der Herr Abg. Niedrist hier aufgestellt hat, sehr merkwürdig klingen, wenn sie aus seinem Munde kommen. Ich weiß, daß eine große Anzahl von Herren der christlichsozialen Partei über den Kriegsgeschädigtenfonds informiert sind, zum Beispiel ist der Herr Abg. Dr. Resch jetzt der Präsident des Kuratoriums des Kriegsgeschädigtenfonds und wäre also viel eher in der Lage, über diese Fragen, die den Kriegsgeschädigtenfonds und seine Güter betreffen, zu reden. Es ist also sehr merkwürdig, daß gerade der Herr Abg. Niedrist aus Tirol kommen muß, um über nieder-

österreichische Verhältnisse zu reden. (*Niedrist: Weil ich Fachmann bin!*) Verzeihen Sie, geehrter Herr Kollege, ich glaube, daß Sie die Tiroler Verhältnisse besser kennen werden als das, was in Niederösterreich auf den Fondsgütern des Kriegsgeschädigtenfonds geschieht und wie die Verwaltung dort geführt wird. Ich will nur darauf hinweisen, daß zum Beispiel Herr Dr. Riebenböck bis zu seiner Ministerschaft Vizepräsident des Kuratoriums des Kriegsgeschädigtenfonds war und die christlichsoziale Partei ihre Aufgaben den Kriegsobern gegenüber nur sehr mangelhaft erfüllt hat. Wenn der Herr Abg. Niedrist heute kommt und in einer Reihe von Mitteilungen, die erst überprüft werden müssen, Beschuldigungen aufstellt, so glaube ich, daß die Herren, die Ihnen diese Mitteilungen aufgeschrieben haben, Sie vielleicht zu wenig gut informiert haben und daß es so wie eine Art Hereinfall aussieht, wenn Sie da über Dinge reden, die Sie doch nicht im Detail kennen können. (*Niedrist: Beweisen Sie das Gegenteil!*) Ich mache Ihnen gar keinen Vorwurf, ich sage Ihnen nur, Sie können die Verhältnisse nicht kennen, weil Sie sehr weit von diesen Fondsgütern sind, von diesem herrlichen Paradies in der Umgebung von Wien. Ich bin zufällig seit neuerer Zeit auch Mitglied des Kuratoriums des Kriegsgeschädigtenfonds und in dem Berichte, den wir von der Verwaltung des Kuratoriums über das letzte Jahr vorgelegt erhielten, stehen einige Zeilen, die ich Ihnen zur Kenntnis bringen will, damit Sie beurteilen können, inwieweit die Angaben des Abg. Niedrist stimmen können. Diese Zeilen lauten (*liest*): „Die landwirtschaftlichen Güter Orth und Mannertsdorf sind bekanntlich an die Land- und forstwirtschaftliche Betriebsgesellschaft m. b. H. verpachtet. Die auf Grund des Pachtvertragsänderungsgesetzes durchgesetzte Steigerung des Pachtschillings, der nunmehr auf dem Wertmesser des Weizen- und Roggenpreises aufgebaut worden ist, hat im abgelaufenen Jahr einen Betrag von 224.586.000 K ergeben. Dazu kommt noch der weitere Pachtzins für den Meierhof Eckartsau mit rund 113.000 K und für die Langendorfer Au mit rund 335.000 K, während nach dem alten Verträge selbst unter Einrechnung des im Falle günstigster Betriebserfolge zu zahlenden Superplus von 30 K pro Hektar und Ackerland nur mit einem Gesamteingange von 628.000 K zu rechnen gewesen wäre. Im Zusammenhang“ — ich bitte um Ihre Aufmerksamkeit, Herr Kollege Niedrist! — „mit der Änderung des Pachtvertrages ist es auch gelungen, die Pächterin, welche früher nur mit den Vorkriegssteuern belastet war, zur Zahlung der halben Nachkriegssteuern zu verpflichten. Als weitere Vertragsverbesserung darf noch hervor- gehoben werden, daß nunmehr die Gesellschaft auch für jene Neubauten und Umgestaltungen aus eigenen

Mitteln aufzukommen hat, welche früher vom Fonds gegen bloß vierprozentige Verzinsung des aufgewendeten Kapitals herzustellen waren. Der Fonds wird solche Bauten bei Pachtausgang unter entsprechender Amortisation abzulösen haben.“

Ich bin durchaus kein berufener Vertreter der Gesellschaft oder der Gemeinde Wien, die an dieser Gesellschaft beteiligt ist, ich will nur feststellen, daß das, was Herr Kollege Niedrist hier bekräftigt hat, daß sich die Gesellschaft vom Kriegsgeschädigtenfonds sogar die halben Steuern zahlen läßt, früher noch ganz anders war und daß unter der Mitwirkung der Herren von der christlichsozialen Partei — und der Bund ist zu einem Drittel an dieser Gesellschaft beteiligt — eben jener Vertrag zustande gekommen ist, der jetzt sogar eine Verbesserung erfahren hat. Ich kenne die Details der Verhandlungen, die zu den Vertragsabschlüssen geführt haben, gar nicht; ich fühle mich nur verpflichtet, darauf hinzuweisen, wie leichtfertig von einzelnen Herren in diesem hohen Hause immer wieder Behauptungen aufgestellt werden. Auch das ist eine leichtfertige Behauptung. (*Niedrist: Wo ist der Reinertrag?*) Die Gesellschaft ist an das Kuratorium und auch an andere — soviel wir aus der letzten Sitzung erfahren haben — um einen Kredit von 11 Milliarden zur modernen Ausgestaltung der Betriebe herantreten, um die Ertragsfähigkeit... (*Niedrist: Deckung des Defizits!*) Das ist entweder etwas, was Sie nicht wissen. Es entzieht sich meiner Kenntnis, ob ein Defizit vorhanden ist. Entweder wissen Sie das nicht, oder Sie sagen eine Unwahrheit, Herr Kollege. Diese 11 Milliarden sind verlangt worden, weil man den Betrieb vervollkommen wollte. Wenn Sie, Kollege Niedrist, hier vorlesen: Ein paar hundert Kühe und ein paar Pferde und Ochsen und sogar einen Esel hat die Gesellschaft bekommen, so muß ich Ihnen sagen, beweist das nichts und Sie tun mir leid, wenn Sie als praktischer Landwirt eine solche Argumentation vorbringen.

Dann haben Sie den Flächeninhalt dieses ungeheuren Gebietes mit Schwaz verglichen. Ich bitte, wer kennt denn Schwaz? Schwaz ist in Tirol. Wer von den Herren im hohen Hause mit einigen Ausnahmen hat eine Ahnung, wie groß dieser Gerichtsbezirk Schwaz ist, der als Vergleich gebracht wird? Das ist eine so ungeschickte — wenn ich nichts anderes sagen soll — Gegenüberstellung, daß wohl das Urteil darüber, wie beweiskräftig diese Argumentation ist, ruhig andern überlassen werden kann. Es erscheint mir verständlich, daß man für einen so großen Betrieb 11 Milliarden verlangt, um neue Stallungen zu bauen, um Maschinen einzukaufen, um vielleicht besseres Milchvieh einzustellen. Ich weiß zum Beispiel aus Erfahrung, daß die Betriebsgesellschaft in früheren

Sahren, seitdem sie Pächterin ist, viele Millionen, hunderte Millionen ausgegeben hat, um besseres Milchvieh einstellen zu können; dies aus allen möglichen Gründen, um die Milchlieferung nach Wien zu steigern und auch aus betriebstechnischen Gründen. Wenn Sie da solche Behauptungen aufstellen, wie Sie es eben getan haben, Herr Kollege Niedrist, tun Sie mir sehr leid. Ich sage Ihnen, es sitzt ja jetzt im Kriegsgeschädigtenkuratorium Ihr Parteikollege, Herr Dr. Resch, ferner Kollege Steinegger und noch eine ganze Anzahl anderer Herren; die kümmern sich ja sehr um die Dinge und Sie werden gewiß die Möglichkeit haben, dort festzustellen, was korrekt ist und was nicht korrekt ist, und Sie werden höchstens dazu kommen, auch dem früheren Herrn Vizepräsidenten Dr. Kleinböck einen Vorwurf machen zu müssen, wenn etwas nicht korrekt ist, denn dann hat er seine Pflicht genau so vernachlässigt wie irgendein anderer, den Sie mit Vorwürfen bedenken.

Nun gestatten Sie, meine Herren, noch einige Kleinigkeiten. Der Herr Abg. Niedrist kommt her und erzählt uns, im Salzkammergut und in Steiermark tragen die Bundesforste nichts, weil die Arbeiter dort leider so verhezt sind, daß diese Forste passiv sind. Ich glaube, das hohe Haus hat schon des öftern Gelegenheit gehabt, sich mit der Frage der Bundesforste zu beschäftigen, und ich glaube, daß es vielleicht nicht so ganz unpassend ist, bei dieser Gelegenheit auf die Pachtverträge hinzuweisen, die vom Ackerbauministerium mit gewissen Holzindustriellen abgeschlossen werden sollten. Das hohe Haus hat sogar einen Untersuchungsausschuß einsetzen müssen, der eine sehr gute Tätigkeit entfalten mußte, um diesen Dingen einigermaßen zu steuern. Ich behaupte hier nicht, daß die verhezten Arbeiter die Schuld sind, sondern daß die unfähige Bürokratie des Ministeriums an dem Mißerfolg und an der schlechten Wirtschaft in den Staatsforsten tatsächlich die Schuld trägt. Das werden Sie nicht entkräften können.

Meine Herren! Die andern Dinge, die hier noch von verschiedenen Debatterednern vorgebracht worden sind, will ich im Detail nicht berücksichtigen, denn es ist ganz klar, daß sie eben die Meinung haben, daß, wenn wir die Arbeiter aufklären und ihnen sagen, daß sie sich eben nicht alles gefallen lassen sollen, das Heze ist. Ich bin durchaus nicht persönlich, ich weiß sehr wohl, daß sich einzelne Herren, die vielleicht auch hier im Hause sitzen, schämen würden, wenn sie das täten, was viele ihrer Parteikollegen tun, wenn sie ihre Dienstboten und Angestellten so behandeln. Ich kann sie auch im Detail dafür nicht verantwortlich machen, wie das in der Praxis draußen geschieht, aber die Tatsachen sind leider vorhanden und Sie

werden uns doch nicht zumuten wollen, daß wir die einzelnen Bauern oder Dienstgeber veranlassen, daß sie ihre Dienstboten schlechter behandeln. Ich habe Ihnen gestern ein Beispiel gesagt, wo man den Monatslohn bei einer Magd innerhalb fünf Jahren von 15 auf 30 K erhöht hat. (*Zwischenrufe.*) Fürwahr, das zeigt, wie überflüssig es ist, daß hier wirtschaftliche Arbeitsverträge abgeschlossen werden.

Meine Herren, wir kennen eben die Menschen mit allen ihren Fehlern und wissen, daß es ihnen viel näher liegt, Nutzen aus der Arbeit anderer Menschen zu ziehen, als sich selbst gegenüber gerecht zu sein. Und aus dem heraus kommen eben die Bestrebungen nicht nur von uns, von den in der freien Gewerkschaft organisierten Landarbeitern, sondern auch vom christlichen Landarbeiterbund, der ebenfalls, wenn das richtig ist, was Sie hier darlegen, eine überflüssige Erscheinung ist, der ebenfalls eine „verhegende“ Tätigkeit entfaltet, weil die Sekretäre des christlichen Landarbeiterbundes auch schon hier und da aus den Dörfern hinausgejagt worden sind und man sich gegen ihre verhegende Tätigkeit eingesetzt hat. Es zeigt eben, daß doch viele von Ihnen die Überzeugung haben, es müsse eine Gewerkschaftsorganisation die Arbeitsverhältnisse regeln, weil es eben nicht möglich ist, daß sich der wirtschaftlich schwächere Dienstbote seinem Brotgeber gegenüber immer behaupten kann. (*Niedrist: Angebot und Nachfrage!*) Das ist etwas, was da nicht hineinpaßt. Es gibt Arbeitgeber, die mit ihrem Dienstboten auskommen können, und es gibt leider sehr viele, die sich eben nicht dreinsinden können, und das müssen auch Sie, meine Herren, wenn Sie sich noch so sehr über die „Heze“ beklagen, eben zur Kenntnis nehmen.

Aber eine Unrichtigkeit, die der Herr Abg. Niedrist hier behauptet hat, muß ich hier im hohen Hause feststellen und korrigieren. Ich weiß nicht, ob irgendeiner von den Herren Abgeordneten aus dem Burgenlande das, was der Herr Kollege Niedrist gesagt hat, zu bestätigen geneigt ist, ob zum Beispiel vielleicht der Herr Kollege Thullner, der hier sitzt, sagen kann, daß wir Sozialdemokraten im Burgenland erklärt hätten, wir wollen Besitz von über 500 Joch „aufteilen“. Ich möchte sehr gerne bitten, uns zu sagen, wer das gesagt hat und wo das gesagt wurde.

Ebenso ist die Frage, wer Großbauer und wer Kleinbauer ist. Schauen Sie, wir haben jetzt eine Zeitung für die Kleinbauernschaft herausgegeben und Sie können dort ganz genau nachlesen, wer nach unserer Meinung Kleinbauer und wer Großbauer ist. Da werden Sie die treffendste Antwort auf die Frage des Kollegen Niedrist finden.

Ich bitte Sie, daß Sie diese Richtigstellung zur Kenntnis nehmen und daß Sie auch die

Ausführungen, die hier insbesondere vom Herrn Kollegen Niedrist in einer wahrscheinlich infolge falscher Information unrichtigen Weise vorgebracht wurden, entsprechend werten. (Beifall.)

Dr. Ursin: Die Wichtigkeit des vorliegenden Gegenstandes hat es mit sich gebracht, daß eine längere Debatte entstanden ist, die aber, wenn ich richtig schliesse, auch bald zum Abschlusse kommt. Es sind ungemein wichtige Probleme auf diesem Gebiete erörtert worden. Gestatten Sie mir, daß ich einiges aus dem Gebiete der Land- und Forstwirtschaft herausgreife, was mir sehr wichtig zu sein scheint. Vorerst die Forstwirtschaft. Ich vertrete das Viertel ober dem Wienerwald, wo sich gerade auf diesem Gebiete häufig Vorfälle ereignet haben, die sehr beachtenswert sind. Die hier anwesenden Volksvertreter werden sich erinnern, daß wir vor zwei Jahren eine schreckliche Wetterkatastrophe hatten und daß Fachmänner feststellten, die Folgeerscheinungen dieser Wetterkatastrophen zum Beispiel in Lilienfeld, an der Traisen, an der Perschling, weiters an der Pielach, der Erlaf und im Ybbstal seien nicht zum geringen Teil auf den Raubbau in den Forsten zurückzuführen, weil leider nicht zur richtigen Zeit Gehalt geboten wurde. Was waren die weiteren Auswirkungen? Es mußten ungeheuerer Bundesbeträge zur Verfügung gestellt werden, um an die Wildbachverbauungen zu schreiten. Ich glaube, es wäre an der Zeit, daß die Regierung daran gehe, auch hier Maßnahmen zu ergreifen, die dergleichen für alle Zukunft verhindern.

Bei diesem Anlasse möchte ich noch etwas erwähnen, was für den einheimischen Holzhandel von Bedeutung ist. Mit dem Holzhandel beschäftigen sich bis zum heutigen Tage größtenteils Fremdlinge (Rufe: Juden!) und es ist eine feststehende Tatsache, daß sie preisbestimmend auf den Holzhandel einwirken. Es sind zu mir auch die einheimischen Holzhändler gekommen und haben mich ersucht, in dieser Frage Stellung zu nehmen. Ich habe mich mit den maßgebenden Faktoren in unserem Staat in Verbindung gesetzt und es wurde mir versichert, daß in Zukunft eine Änderung eintreten wird. Ich würde es sehr begrüßen, wenn dies tatsächlich der Fall wäre, damit nicht, wo es sich um die großen Holzlieferungen gerade auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens handelt, diese Fremdlinge auch dem Bunde gegenüber als preisbestimmend gelten und den einheimischen Holzhandel schädigen.

Ein nicht weniger beachtenswerter Vorgang ereignete sich auch im Waldviertel. Er betrifft die Gegend von Ottenschlag—Martinsberg. Wenn dort in dieser Weise fortgewirtschaftet wird, wenn dort ebenso abgeholzt wird, wie in anderen Teilen Niederösterreichs, so würde eines Tages zum Beispiel Böggstall in die Gefahr kommen, infolge einer Wetterkatastrophe großen Schaden zu erleiden. Es

ist dort das Hölletal und man kann sich vorstellen, welche Ereignisse eintreten könnten, wenn bei einer Wetterkatastrophe zum Beispiel nach Wolkenbrüchen durch die aufgeschwemmten Langhölzer das ganze Tal abgesperrt würde.

Etwas anderes, was ich besprechen möchte, ist der Weinbau. Wenn ich nicht irre, hat heute oder gestern im Ausschusse für soziale Verwaltung ein kleiner Antialkoholikerkongreß stattgefunden. (Heiterkeit.) Bei diesem Anlasse wurde auf die entsetzlichen Folgen, die sich aus dem übermäßigen Genuße des Alkohols ergeben, hingewiesen. Ich habe ja von dieser Stelle aus gegen den Alkoholismus schon meine Stimme erhoben, besonders was den Genuß von Alkohol bei der Jugend betrifft. Man darf aber nicht zu weit gehen, denn es handelt sich bei uns um die Existenz von 55.000 Bauerfamilien mit soundso vielen tausend Köpfen. Wenn wir in der Frage des Antialkoholismus zu weit gingen, würden wir einen Stand entschieden schädigen, der nicht nur eine große Masse von besten Steuerzahlern darstellt, sondern auch ungemein fleißig und arbeitsfreudig ist. Ich weiß kaum eine Schicht der Bevölkerung, die so viel arbeiten muß, wie gerade die Weinbauer. Ich habe oft Gelegenheit, draußen im Weinlande zu sein und weiß, daß dort die achttündige Arbeitszeit absolut nicht genügen würde. Es sind tatsächlich sehr fleißige Leute.

Aber etwas anderes möchte ich bei dieser Gelegenheit erwähnen. Wenn vom Alkoholismus die Rede ist, dann soll man besonders auf die Städte das Augenmerk richten. Hier vor allem wäre der Alkoholismus zu bekämpfen! Besonders in Wien wären die ganz unnötigen Bars abzuschaffen. Und auch, was die Arbeiterschaft anbelangt, bin ich überzeugt, daß die Einsichtsvollen auf der linken Seite mit mir übereinstimmen, wenn ich sage, daß Schnapsbuden, die Weinstuben und Weinstiehhallen der eigentliche Herd der Alkoholvergiftung der breiten Masse der Bevölkerung sind und daß diese Alkoholbuden ganz gut von Samstag bis Montag geschlossen werden könnten. Natürlich würde dies einen gewissen Abgang an Steuern und Abgaben für die Gemeinde Wien bedeuten, aber es wäre der erste Schritt, den Alkoholismus in einer ausgeprägten und volksschädlichen Form einzuschränken.

Es wurde auch eine Entschließung von Herrn Kollegen Dr. Krüznern zum Kapitel XII, „Land- und Forstwirtschaft“ beantragt, in welcher es heißt (liest): „Die Bundesregierung wird aufgefordert, ehestens Maßnahmen in Vorschlag zu bringen, die geeignet sind, die österreichischen landwirtschaftlichen Industriebetriebe, insbesondere die Mühlen, vor den völligen Betriebsstillstand zu bewahren.“ Ich bin überzeugt, daß Herr Dr. Krüznern vor allem das Burgenland im Auge hatte, jedoch hat dieser Antrag

auch für unsere niederösterreichischen Verhältnisse Bedeutung. Ich möchte nun hier ganz kurz auf einen Antrag aufmerksam machen, den ich seinerzeit in der Nationalversammlung eingebracht habe, welcher dahin ging: „Die Regierung wird aufgefordert, an die Errichtung einer Mülhereischule zu schreiten.“ Wir haben im ganzen Bereich unseres Staates derzeit kaum eine größere Mülhereischule. (Ruf: Wels!) Die ist ganz neu entstanden und noch lange nicht ausgebaut. Wenn heute ein Mühlenbesitzer seinem Sohn etwas Tüchtiges lernen lassen will, ist er genötigt, ihn ins Deutsche Reich zu schicken. Wir aber, die so viele Wasserläufe in unserem Lande haben, an denen sich unsere bedrängte Mühlenindustrie sich noch weiter entwickeln könnte, haben bis heute keine auf der Höhe der Zeit stehende Mülhereischule! Es wäre vielleicht an der Zeit, daß das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft sich diese Angelegenheit zu Herzen gehen ließe.

Anlässlich der Budgetdebatte wurde auch viel vom Schulwesen und besonders vom landwirtschaftlichen Fortbildungsschulwesen gesprochen. Ich möchte nur bezüglich der Schulen auf dem flachen Lande etwas anführen. Es soll dies in keiner Weise etwa ein Vorwurf für unsere Landesregierung in Niederösterreich sein. Ich weiß, wie dort die finanziellen Verhältnisse liegen. Aber die Unterschiede zwischen den Schulen auf dem flachen Land und den Schulen in Wien sind derart groß, daß ich denn doch eine Zuschrift, die mir zugekommen ist, Ihnen zur Kenntnis bringen muß und Daten aus dem Lehrerbuch für 1921. In diesem Schreiben wird mir mitgeteilt, daß im Bezirke Scheibbs Verhältnisse herrschen, die erwähnt werden müssen. Der Betreffende macht eine Zusammenstellung und kommt zu folgenden Ergebnissen: In Wien sind 9300 Schulkinder. Auf eine Lehrkraft entfallen 27 Kinder. Für Lehrmittel stehen 86,332.000 K zur Verfügung. Daher entfallen auf jedes Kind 11.826 K. Vergleichen wir damit zum Beispiel den Bezirk Scheibbs. Dort sind 5519 Schulkinder. Auf eine Lehrkraft entfallen 45 Kinder; für Lehrmittel werden ausgegeben 36.000 K und für Schulbücher 42.000 K, zusammen 78.000 K; auf ein Kind entfallen 14 K. Da muß man doch sagen, daß die maßgebenden Faktoren darauf aufmerksam gemacht werden müssen, daß die Schulbildung auf dem flachen Lande denn doch etwas mehr Berücksichtigung verdient und daß wir alle Ursache haben, hier nicht zu knausern, sondern gerade auf dem Gebiete der Schulbildung unserer Kinder das bestmögliche zu leisten.

Von der Almwirtschaft wurde in der Debatte schon einiges gesprochen. Gestatten Sie mir darauf hinzuweisen, daß ich laut Bericht des Ausschusses für Erziehung und Unterricht einen Antrag eingebracht

habe, betr. die Errichtung einer besonderen Lehrkanzel für die Alpenwirtschaft an der Hochschule für Bodenkultur. Dieser Antrag scheint mir von besonderer Wichtigkeit zu sein, denn es heißt auch in dem betreffenden Bericht zu Kapitel XII, auf Seite 2 (liest):

„Die unbedingt notwendige Vermehrung unseres Viehstandes ist nur möglich, wenn nebst den Wiesen, welche Winterfutter für den Gesamtviehstand und das Sommerfutter für das ständig im Stalle gehaltene Vieh liefern müssen, auch die Alpen und Weiden im weitestens Umfange zur Futtergewinnung herangezogen werden. Die Fläche der Hutweiden und Alpen in den österreichischen Alpenländern beträgt rund 1,250.000 Hektar, hiervon sind rund 60 Prozent, somit 750.000 Hektar verbesserungsbedürftig.“

Ich möchte hiezu folgendes bemerken: Die in Österreich landwirtschaftlich benutzte Fläche hat ein Ausmaß von 42 Millionen Hektar. Davon sind nach meinem Bericht Weiden und Almen 1,250.000 Hektar, also rund ein Drittel der ganzen landwirtschaftlichen Fläche. Aus dem von mir Angeführten erhellt, daß Österreich an der ersten Stelle unter allen Ländern überhaupt steht. Weder Frankreich noch Italien noch die Schweiz haben so viel Almen wie wir.

Bezüglich der Gebirgsbauern möchte ich, gerade was Tirol anlangt, etwas erwähnen. Die Gebirgsbauern sind dort relativ an Zahl mehr als die Flachbauern. In Tirol allein, wo es 527 politische Gemeinden gibt, sind 388 Almen, das bedeutet 74 Prozent des bewirtschafteten Bodens. Die Almen sind nun die gesündeste Unterlage für die Viehzucht. Ich möchte da nur auf die Schweiz hinweisen. Die Schweiz, ein verhältnismäßig kleines Land, hat es so weit gebracht, daß dort nicht nur die Molkerei und Milchwirtschaft auf großer Höhe stehen, sondern daß dort auch ein großer Export zustande gekommen ist. Bei uns aber liegen die Verhältnisse sehr „mies“ und wir leiden, wie in der ganzen Debatte über die Landwirtschaft hervorgehoben worden ist, an einem Mangel an Milch. Wir bemerken dies nicht nur in Wien, sondern auch auf dem flachen Lande.

Was den Gesundheitszustand der Tiere anbelangt, ist es doch bemerkenswert, daß, wie Veterinärinspektor Schopper berichtet, von den Stalltieren 15 bis 20 Prozent an Tuberkulose leiden, während von den Almtieren nur 1 bis 3 Prozent. Diese Daten zeigen schon, daß es notwendig ist, zur Hebung der Viehzucht gerade auf die Almwirtschaft ein besonderes Gewicht zu legen. Noch mehr ist dies der Fall beim Jungvieh. Wir könnten ganz gut einen großen Teil des Jungviehes auf die Alm treiben, wenn dort die Verhältnisse so weit gediehen wären, daß wir das Jungvieh ohne Gefährdung seines Zustandes dort entsprechend

unterbringen und mit Futter versorgen könnten. Wir haben zu viel brachliegende Almten und es ist daher begrüßenswert, daß das bevorstehende Landeskultur-förderungs-gesetz auf die Almwirtschaft besondere Rücksicht nehmen wird.

Was nun die Pferde-zucht anbelangt, so muß ich auch auf diesen Gegenstand deswegen zu sprechen kommen, weil ja gerade in dem Wahlbezirke, den ich zu vertreten die Ehre habe, ein besonders hervor-ragendes Gestüt vorhanden ist, und zwar das Gestüt Wolfspassing-Wieselburg und Umgebung. Was nun die österreichischen Gestüte der Jetztzeit anbelangt, möchte ich hervorheben: es ist ein Glück zu nennen, daß wir das berühmte Radauzer Gestüt, das ja in der Bukowina war, schon bei Zeiten, und zwar im Jahre im 1915, nach Innerösterreich herüberzogen und die dort stehenden Tiere nicht nur in Wiesel-burg, sondern auch in Piber (Steiermark) einstellten. Bezüglich der Aufzucht will ich bemerken, daß die Reste dieser vielhundertjährigen Zucht gerade in den genannten Orten untergebracht wurden. Das ist der Grundstock unserer gesamten Pferdeedelzucht. Bezüglich unserer Pferde-zucht müssen wir aber unter-scheiden zwischen Gestüten, die unmittelbar unserer warmblütigen Pferde-zucht dienen, und jenen, die diesen Zusammenhang leider verloren haben. Zur ersten Gruppe gehört das schwere englische Halb-blutgestüt in Perwarth und weiter das Gidran-gestüt — das ist arabisches Halbblut — in Rotten-haus. Die Huzulen haben wir vom Gut Waldhof nach Tirol gegeben behufs Kreuzung mit der dort einheimischen Haslingerrasse und wir hoffen, daß das Resultat ein zufriedenstellendes sein wird. Die Aufgabe eines Gestüts, wie wir es uns in Öster-reich vorstellen, ist die Zucht schweren englischen Halbblutes und die Erhaltung der Stammzucht. Der Endzweck ist die Beeinflussung unserer Warm-blutgebiete durch Produktion eines schweren, harten, aber gängigen Landbeschälerschlages von bestem Zuchtwert und gutmütigem Temperament. Ich hebe dies deswegen hervor, weil ich gefunden habe, daß gerade im Flachlande, bei uns im Tullnerfeld zum Beispiel, viel zu schwere Tiere vorhanden sind. Die entstammen meistens der Pinggauer, der schweren nordischen Rasse und wenn sie eine Zeitlang im Pfluge gehen und unsere Nahrung genießen müssen — nicht mehr die Nahrung, die sie auf der Alm zur Verfügung hatten — so werden diese Tiere anders und in einigen Jahren ist der wunderschöne Pinggauer Schlag verändert; es sind ungeschlachte, plumpe Tiere geworden, die auch in unserer Gegend nicht besonders lange aushalten. In Perwarth bei Wieselburg sind erst seit 1919 die Radauzer Stuten und auch solche aus Piber untergebracht. Derzeit besitzt dieses Gestüt vier Hauptbeschäler und 60 Mutter-stuten. Im Gidrange-stüt in Rottenhaus — dieses steht mit Perwarth unter einer gemeinsamen Direktion —

ist heute die anglo-arabische Zucht mit einem vor-züglichen Beschäler. Wieselburg mit seinen Gutshöfen umfaßt beiläufig 845 Hektar! Die Nachzucht dieser Halbblutgestüte berechtigt zu den besten Hoffnungen. Es sind zweijährige Prachttiere dort, um die uns die Ausländer beneiden. Es waren aus Rumänien und anderen Ländern Fachleute in Perwarth, Wiesel-burg und Rottenhaus, die dieser Meinung Ausdruck gegeben haben und die diese Tiere erwerben wollten. Durch diese neue Aufzucht in unseren Gestüten wird es möglich, daß ein Großteil unseres Eigenbedarfes an Pferdmaterial für unsere Landwirte und für die Städte und Märkte des flachen Landes gedeckt werden kann. Wir benötigen brauchbare Pferde schweren, mittleren und leichtgängigen Schlages, wozu die Voraussetzungen in unseren Gestüten gegeben er-scheinen. Bezüglich der zweiten Gruppe, die keinen unmittelbaren Zusammenhang mit der Landespferde-zucht hat, möchte ich besonders das englische Voll-blutgestüt in Wieselburg hervorheben, das allerdings ein Sorgenkind bedeutet. Die Inzassen des Gestüts sind seinerzeit größtenteils aus Radauz gekommen und derzeit sind dort 40 Vollblutmutterstuten. Die Produkte dieser Zucht erzielten auf den Rennbahnen im Jahre 1922 einen großen Erfolg. Dies nur nebenbei.

Was Piber in Steiermark anbelangt, so er-folgte dort durch die Aufmachung des Kohlenberg-baues eine Umänderung. Im Gestüte Piber waren Pferde arabischer Abstammung, und zwar Shagha-pferde und solche des bekannten Lipizzaner-schlages vorhanden. Es konnte sich dort die Zucht nicht richtig entwickeln und am 1. März erfolgte ein Verkauf dieser edlen Tiere. Es sollen nach den Zeitungsmeldungen durch den Verkauf nicht weniger als 910 Millionen eingegangen sein. Die Lipizzaner-zucht besteht weiter, und zwar sind in Piber 4 Hengste und 47 Stuten.

Wenn ich das, was ich bezüglich der Pferde-zucht sagte, zusammenfasse, möchte ich folgendes bemerken: Deutschösterreich hat ein wertvolles züchterisches Erbe angetreten, das, wenn es sachmännisch und ruhig sich weiter entwickeln kann, erstens die Be-dürfnisse unserer Landwirtschaft deckt, zweitens hochwertige Arbeits- und Gebrauchspferde liefert, aber auch Luxus-pferde, die jedoch hauptsächlich für den Export ins Ausland bestimmt wären. Wir haben Fachleute ersten Ranges nicht nur auf unseren Hochschulen sondern auch in den Gestüten. Ich ver-weise insbesondere auf Dr. Unzeitig in Wieselburg, der überall als ganz hervorragender Fachmann gilt. Ich verdanke ihm auch die Daten, die ich hier vorgebracht habe. Er sagt am Schlusse seiner Aus-führungen (liest): „Möge es den an der Warm-blut-zucht interessierten Kreisen wenigstens gelingen, ein weiteres Abbröckeln der Halbblutgestüte zu ver-hindern; sie bilden ja doch die letzte Möglichkeit,

dem auch in dieser Hinsicht vor dem Krieg arg vernachlässigten Deutschösterreich die nötige Zahl wertvoller, den wirtschaftlichen Bedürfnissen wichtiger Landesteile in geradezu hervorragender Weise entsprechender Halbluthengste zu beschaffen und damit die Erhaltung der warmblütigen Landespferdezucht zu sichern."

Ich möchte nun auf einen anderen Gegenstand, auf ein ungemein wichtiges Kapitel, das noch nicht besprochen worden ist, übergehen. Es handelt sich um die Sanierung der staatlichen Tierimpfstoff-Gewinnungsanstalt in Mödling. Wir finden im Abschnitte XII, Kapitel 18, unter Titel 5 „Veterinärwesen“, als Ausgaben aufgeführt: 4.151,180.000 und als Einnahmen 745,200.000.

Die hauptsächlichsten Ausgaben des eigentlichen Veterinärwesens betreffen die Kosten der Bekämpfung von Tierseuchen. Von dem Gesamterfordernis entfällt ein Betrag von rund 1024 Millionen Kronen auf die Tierimpfstoff-Gewinnungsanstalt in Mödling, welcher Ausgabe eine präliminierte Einnahme von 140 Millionen Kronen gegenübersteht.

Die staatliche Tierimpfstoff-Gewinnungsanstalt in Mödling bildet eine Sorge für das Ministerium für Land- und Forstwirtschaft und auch für das Handelsministerium. Es hat sich nämlich ein Wettbewerb ergeben mit der internationalen Serumgesellschaft „Union“ in Brüssel, beziehungsweise ihrer Filiale in Österreich, und dem einheimischen Alpenländischen Impfstoffwerk in Graz. Wir haben es bezüglich der „Union“ mit einem internationalen Unternehmen zu tun, das schon in der Lage war, die weltberühmte Serumanstalt des Professors Dr. Baktus zu erwerben und das nun auch daran gehen möchte, die staatliche Tierimpfstoff-Gewinnungsanstalt in Mödling zu erwerben. An der Spitze dieser Serumgesellschaft m. b. H. in Österreich steht der ungarische Tierarzt Lukas Löwenbein. Ich will nur hinzufügen, daß die staatliche Anstalt in Mödling ein Defizit von 750 Millionen Kronen aufweist. Das Wettbewerbskonfortium, das diesem Unternehmen entgegensteht, ist die Wirtschaftsorganisation deutschösterreichischer Tierärzte und das Unternehmen heißt „Alpenländisches Impfstoffwerk“. Zwei Drittel des ganzen Impfstoffbedarfes der Landwirtschaft werden bis jetzt durch dieses Alpenländische Impfstoffwerk gedeckt. Die Hauptforderung der Landwirtschaft ist ein guter und billiger Impfstoff. Bei der Alpenländischen Impfstoffanstalt handelt es sich um 800 einheimische Tierärzte, von denen 650 der Wirtschaftsgenossenschaft deutscher Tierärzte angehören. Ihnen untersteht die erwähnte Grazer Anstalt. Wir sehen also, daß hier Einheimische Ausländern gegenüberstehen. Diese internationale Serumgesellschaft ist nichts weiter als ein kapita-

listisches Unternehmen. Wie mir berichtet wird, steht die Anglobank dahinter.

Nach dem vorgelegten Vertragsentwurf ergibt sich aber noch etwas anderes. Bei der Mödlinger Anstalt haben wir es nicht nur mit einem Defizit von 750 Millionen Kronen zu tun, sondern in dem Voranschlage sind noch weitere 385 Millionen enthalten, die vom Staate beansprucht werden. Nun haben aber die Herren Löwenbein u. Gen. den in Mödling aufgestapelten vollwertigen Impfstoff bereits übernommen und sollen einen großen Gewinn dabei erzielt haben. Trotzdem wird der Bund im Voranschlag mit 385 Millionen Kronen belastet. Mit einem großen Export kann bei dieser Anstalt nicht gerechnet werden, denn außer Polen hat jedes Land eine solche Impfstoffgewinnungsanstalt. Nun handelt es sich aber darum, wie die Preise bestimmt werden. Ich bin überzeugt, wenn die Impfstoffgewinnung diesem internationalen Konfortium übertragen wird, so wird dieses Konfortium alles daran setzen, einen möglichst hohen Preis zu bestimmen, während die einheimischen Tierärzte bestrebt sind, der Landwirtschaft niedrige Preise zu bieten, wie dies aus dem Vorschlage hervorgeht, den sie der Regierung machen.

Diese Vorschläge enthalten mehrere Punkte. Es wird eine Generalvertretung vorgeschlagen, das heißt, es wird dem Alpenländischen Impfstoffwerk in Graz die Vertretung des ganzen Impfstoffvertriebes übertragen, gegen die Verpflichtung, von Mödling mindestens ein Drittel des in Österreich zum Verbrauch gelangenden Rotlauserums, das sind 2000 Liter für Kulturmengen und weitere 300 Liter an übrigen Impfstoffen zu übernehmen. Den Übernahmepreis bestimmt das Ministerium im Einvernehmen mit der Genossenschaft in Graz, und zwar auf Grund der kaufmännisch errechneten Erzeugungskosten, vermehrt um 25 Prozent als Gewinn für Mödling. Die Verkaufspreise werden also im gegenseitigen Einvernehmen, gemacht: Erzeugungskosten plus 50 Prozent. Bei zu geringem Absatze muß eine Pachtung erfolgen. Bei Aufträgen aus dem Ausland ist eine Zahlung von 50 Prozent als Quote an das Mödlinger Institut abzutreten. Die Landwirtschaft kann Rotlauserum verbilligt erhalten, wenn Zuschüsse gegeben werden oder eine Aufwendung des erzielten Gewinnes erfolgt. Ein weiterer Vorschlag betrifft dann ein Verkaufs Syndikat und der dritte die Verpachtung. Bei dieser Pachtung ist die Zahlung eines Pachtbetrags vorgesehen, der eine Amortisationsquote enthält. Der Mödlinger Betrieb bleibt aufrecht, die Preisbestimmung erfolgt im gegenseitigen Einvernehmen, plus 50 Prozent Gewinnquote, Abführung einer Gewinnquote an den Bundeschatz und Verfügungsstellung beider Werke für den Staat zu Versuchszwecken. Das oberste Prinzip ist, guten und billigen Impfstoff für

die Landwirtschaft zu erzeugen. Die Kontrolle obliegt dem Bundesministerium. Die Impfstoffpreise werden nicht hoch sein, für eine Impfung berechnet man zirka 1300 K. Beide Anstalten: Mödling und Graz sollen aufrecht und selbständig bleiben.

Das ist der Vorschlag des Alpenländischen Impfstoffwerkes. Bemerkenswert ist, daß auch auf eine Dividende bei dem Alpenländischen Impfstoffwerk nicht gerechnet wird, sondern das alles, was als Gewinn erzielt würde, für Wohlfahrts Einrichtungen dienen soll, und zwar für Alters-, Invaliditäts-, Witwen- und Waisenfürsorge. Ein Vorschlag, der sehr beherzigenswert ist und ich möchte daher dem Herrn Minister für Land- und Forstwirtschaft diesen Vorschlag besonders ans Herz legen. Ich bedaure, daß in der letzten Zeit, wie ich höre, die Verhandlungen mit diesem Alpenländischen Impfstoffwerk nicht fortgesetzt worden sind und daß man andererseits mit der internationalen Gesellschaft verhandelt. Ich würde es im Interesse des Staates und der Landwirtschaft begrüßen, wenn dieses Alpenländische Impfstoffwerk den Vorzug erhalten würde und erlaube mir daher in Anbetracht dieses Umstandes einen Beschlußantrag zu stellen, der lautet:

„Die Regierung wird aufgefordert, mit dem Alpenländischen Impfstoffwerk in Graz in der Angelegenheit der Sanierung der staatlichen Tierimpfstoff-Gewinnungsanstalt in Mödling behufs Abschlusses eines im Interesse der Allgemeinheit, insbesondere der Landwirtschaft gelegenen Vertrages in neuerliche Verhandlungen zu treten.“

Nun komme ich auf eine Angelegenheit, die das Gut Waldbhof betrifft. Es haben Herr Kollege Dr. Schmidt und ich am heutigen Tag eine Anfrage an den Herrn Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft überreicht, und zwar wegen Beschäftigung volksfremder Arbeiter auf Waldbhof. In dieser Anfrage heißt es (*liest*):

„Während Tausende von einheimischen Arbeitern arbeitslos sind und sich mit ihren Familienangehörigen durch die Arbeitslosenfürsorge erhalten sollen, schafft das Staatsgestüt 'Waldbhof' fremden Volksangehörigen Verdienstmöglichkeit und entlohnt sie in fremder Valuta. Man sollte meinen, daß der Staat schon aus Gründen der sozialen Fürsorge, aber auch aus völkischem Empfinden für die eigenen Volksangehörigen sorgen würde und daß er auf Privatbetriebe hier beispielgebend wirken würde.“

Die Unterzeichneten stellen daher an den Herrn Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft die entsprechenden Anfragen und bitten ihn, wenn diese Mitteilungen auf Wahrheit beruhen sollten, die nötigen Maßregeln zu ergreifen, damit nicht unsere einheimischen Arbeiter durch die tschecho-slowakischen in irgendeiner Weise bedrückt oder beeinträchtigt würden und dem nationalen ein-

heitlichen Charakter unseres Heimatlandes kein Abbruch geschehe.

Nun möchte ich noch auf einige Ausführungen zurückkommen, welche der Herr Kollege Morawitz vorgebracht hat. Wir als Großdeutsche stehen auf dem Standpunkt der Volksgemeinschaft, und wenn wir, von diesem Grundsatz ausgehend, die Verhältnisse der landwirtschaftlichen Betriebe uns vor Augen führen, so müssen wir auch sagen, daß der Grundsatz der Volksgemeinschaft im Interesse der Allgemeinheit sowohl, als auch der Landwirtschaft, auf die landwirtschaftlichen Betriebe angewendet werden könnte. (*Zwischenruf Schneidmahl*.) Ich stehe, Herr Kollege Schneidmahl, auf folgendem Standpunkt. Sowohl die Arbeitnehmer, wie die Arbeitgeber erhält der betreffende Betrieb, der Bauernhof. Es ist daher im Interesse beider Teile gelegen, wenn Sie trachten, daß diese Betriebe besonders gefördert werden. Wir stehen auf dem Standpunkt der Volksgemeinschaft, auch was den Bauernhof anbelangt. Sie, meine Herren, von der Sozialdemokratie, stehen auf dem Klassenstandpunkt und glauben, Sie können eben nicht anders, als daß Sie für Ihre Arbeiter diesen Klassenstandpunkt einnehmen. Ich aber meine: wenn im gegenseitigen Einvernehmen zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber diese Verhältnisse geregelt würden, so würde auf gutlichem Wege, nicht auf dem Wege des ewigen Kampfes und Streites, sowohl im Interesse der Arbeitnehmer als im Interesse der Arbeitgeber, besonders aber im Interesse des betreffenden landwirtschaftlichen Betriebes ein Erfolg ganz bestimmt durch eine Betriebsgemeinschaft zu verzeichnen sein.

Ich glaube, daß dieser Grundsatz nicht von der Hand gewiesen werden kann. Wenn etwas unzerteilbar ist, so ist es der Bauernhof. Wenn hier einmal das zersetzende Element Einzug hält und wenn der Bauernhof in seinem Bestande bedroht oder gar zertrümmert wird, so ist dies ein furchtbarer Schaden für das gesamte Volkstum. Die verunglückten Sozialisierungsversuche haben ihren Einzug in die Fabriken gehalten, sie wären auf unsere Häuser und auf unseren ganzen Besitz übergegangen und jetzt möchten sie ihren Einzug in die Bauernhöfe halten. Dagegen müssen wir als Großdeutsche auf dem Standpunkte der Volksgemeinschaft stehend Einspruch erheben. (*Zwischenrufe*.) Dieser ist frei von jedem Parteibeigeschmack! Wir stellen die Interessen des eigenen angestammten Volkes höher, als die Interessen irgendeiner Klasse. Wir sagen eben, daß den allgemeinen Bedürfnissen der Nation alle anderen Bedürfnisse unterstellt werden müssen, also auch die Bedürfnisse irgendeines Standes. (*Forstner: Das ist eine Phrase!*) Das, was Sie meinen, trifft doch nicht zu, denn wir meinen es wirklich ernst damit, Herr Kollege Forstner.

Nun hat der Herr Abg. Morawitz etwas angeführt, dem ich vollkommen zustimme, und das ist die teilweise Verjudung unseres Landbesitzes in Niederösterreich. Auf diesem Gebiet hat er recht. Ich selber habe in die Verhältnisse nicht nur im Viertel ober dem Wienerwalde ... (*Pölzer: Nicht laut reden!*) Ich geniere mich vor niemandem. Ich habe nicht nur Einblick in die Verhältnisse ober dem Wienerwalde, sondern auch in anderen Teilen Niederösterreichs! Allerdings kann ich den semitischfreundlichen Standpunkt der Sozialdemokratie mit den Äußerungen des Abg. Morawitz nicht gut in Einklang bringen! Aber ich freue mich immer, wenn wenigstens hier und da ein weißer Rabe unter Ihnen ist, der kein Hehl aus seiner Gesinnung macht. (*Zwischenrufe Forstner.*) Lieber Herr Kollege Forstner, Sie gehören gerade zu denjenigen Ariern, die sich mit dem jüdischen Geiste gar nicht abfinden können. Ich kann mir nicht denken, wie sich der Kollege Forstner mit der Judenschaft auf die Dauer vertragen kann. Einen größeren Gegensatz, als den Arier Forstner und einen Juden aus Ostgalizien kann ich mir überhaupt nicht vorstellen. (*Heiterkeit.*)

Der Herr Abg. Morawitz hat also recht, wenn er bemerkt, daß ein Teil unseres Landbesitzes, besonders in Niederösterreich, in Judenhande übergeht, und hier ist wohl eine Mahnung am Plage. Es sollte von den großen Vereinigungen der Bauernschaft der Ruf an alle Besitzer von Landgütern ergehen, daß sie ja nicht ihren Besitz, der unser heiligstes Gut darstellt, die heimische Scholle, die wir von den Vätern ererbt haben, in fremde Hände übergehen lassen, und insofern begrüße ich die Äußerung und die Mahnung, die damit verbunden war. (*Schneidmabl: Hoffentlich wird die Regierung das beherzigen!*) Ich habe nichts dagegen, wenn das geschieht, im Gegenteil, ich begrüße es vom ganzen Herzen, wenn sich keine Juden einmischen können und ich freue mich, daß Kollege Schneidmabl der gleichen Meinung ist. Ich bin überzeugt, daß Kollege Schneidmabl der erste sein wird, der im Gemeinderate in St. Pölten den Antrag stellen wird, daß es mit der Verjudung in St. Pölten endlich genug ist, daß es in Zukunft nicht vorkommen kann, daß sich in einem Jahre gleich fünf Juden als Ärzte dort niederlassen und ähnliches mehr. Ich freue mich der antisemitischen Gesinnung des Abg. Schneidmabl. (*Schneidmabl: Stellen Sie doch einmal konkrete Anträge!*) Das werden wir auch machen. Wir haben auch schon konkrete Anträge gestellt und wir werden uns bemühen, den Wünschen der Herren nach jeder Richtung entgegenzukommen, besonders den Wünschen des Abg. Schneidmabl, nur befürchte ich, daß diese Anträge Ihre Unterschriften nicht tragen und Ihre Unterstützung nicht finden werden. (*Zwischenrufe und Unterbrechungen.*)

Ein weiterer Punkt, den ich hier besprechen wollte, ist der Naturschutz. Es hat sich ein Landesverband zur Erhaltung der heimischen Naturschätze gebildet. Ich will diesen Gegenstand nur kurz berühren. Wenn man heute an einem Sonntagabend auf einem Wiener Bahnhof ist und sieht, in welcher Weise die Blumenschätze unserer Wälder und Wiesen, der Blumenschmuck unseres Alpenlandes ohne weitere Überlegung zusammengerafft und nach Wien heringetragen werden, um dann über Nacht zu verderben, muß man doch sagen, daß das ein Zustand ist, der bekämpft werden muß. Wir müssen trachten, daß nicht nur den Menschen, nicht nur den Tieren Schutz gewährt wird, sondern auch den Pflanzen, und besonders, daß unsere wunderbaren Blumen in den Alpen vor Leuten, die sie nicht weiter zu schätzen wissen, geschützt werden und daß der Naturschutz auch in unserer Zeit, von der man behauptet, daß sie für ästhetische Empfindungen wenig Raum hätte, gepflegt wird. (*Zustimmung.*)

Es hat der Herr Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft uns den finanziellen Effekt vor Augen geführt, welcher aus dem Gestützbetriebe entstanden ist, und er hat davon gesprochen, daß Ersparungen von 5244 Millionen Kronen erzielt worden sind. Ich begrüße es, wenn diese Ersparungen erzielt worden sind, möchte aber beifügen, daß das nicht vielleicht auf Kosten unseres Materials erfolgen, sondern daß getrachtet werden soll, auch hier in produktiver Weise vorzugehen.

Und nun zum Schlusse: Derjenige Staat, der über keinen gefunden und über keinen kräftigen Bauernstand verfügt, ist von vornherein verloren. (*Rufe: Sehr richtig!*) Daher muß es eine Hauptaufgabe unseres Bundes sein, unseren Bauernstand gesund und kräftig in volkswirtschaftlicher und in anderer Beziehung zu erhalten. Wir müssen alles Zerfetzende fernhalten und wir müssen den Bauernhof als ganzes, das nicht zerplückt und nicht zerlegt werden darf, erhalten. Die heimatische, von unseren Vätern ererbte Scholle ist uns zu heilig, als daß sie zum Versuchsobjekt für verfehlte landfremde Wirtschaftssysteme werden dürfte, deren Erfinder doch nicht hier zuständig sind, sondern deren Wiege gewöhnlich im Osten, vielleicht im fernen Palästina gestanden ist. Durch diese Leute lassen wir unseren Bauernhof und lassen wir das, was unsere Väter, unsere Voreltern im Schweiß ihres Angesichts und mit ihrem Blut erarbeitet, zusammengehalten und verteidigt haben, nicht versozialisieren und nicht zerstören. Ich habe diesbezüglich meinen Standpunkt schon bekanntgegeben. Es ist der Grundsatz der Volksgemeinschaft, der uns gebietet, daß der Bauernhof auch für ferne Zeiten geschützt und erhalten wird, als ein Heiligtum unserer Heimat. In diesem Sinne möchte ich all denen, die mit uns nicht gleichgesinnt sind, sondern mehr auf die Zerstörung auch

des Bauernhofes hinarbeiten, die Mahnworte zurnen:
„Den Bauernhof sollst lassen stahn, Güt dich wohl,
sind Messeln dran!“ (Beifall und Händeklatschen.)

Der Entschließungsantrag Dr. Ursin wird
genügend unterstützt und zur Verhandlung
gestellt.

Klug: Hohes Haus! In der gestern abge-
führten Debatte über das Kapitel „Land- und
Forstwirtschaft“ haben einige Herren der linken
Seite Klage über die schlechte Entlohnung unserer
landwirtschaftlichen Arbeiter und Dienstboten geführt.
Insbesondere haben sich der Abg. Pölzer, wie nicht
minder der Abg. Morawik, besonders darüber aus-
gelassen, wie die Bauern ihre Dienstboten behandeln.
Nun, wenn der Herr Abg. Morawik das einseitig
beurteilt, dann mag das stimmen. Man darf die
Sache aber nicht einseitig behandeln. Gewiß, er hat
die Verhältnisse in normaler Weise dargelegt, das
heißt, wie sie normalerweise vorhanden sind. Ich
kenne aber Verhältnisse ganz anderer Art. Ich bin
nämlich Abgeordneter eines Wahlkreises, wo ein Teil
unserer Bauernschaft, die sogenannten armen Ge-
birgsbauern wohnen. Das sind nämlich jene Ge-
birgsbauern hoch oben auf den Bergen, 800 bis
1000 Meter, gegen die kärntnerische Grenze. Ich
habe erst vor kurzer Zeit, zu den Pfingstfeiertagen,
Gelegenheit gehabt, während meiner Versammlungs-
tätigkeit diese Gebirgsbauern zu studieren. Obwohl
ich die Verhältnisse schon von früher her gekannt
habe, hat es mich ganz besonders interessiert, diese
wirtschaftlichen Verhältnisse noch näher und ein-
gehender zu studieren. Da habe ich gesehen, wie
armseelig diese armen Gebirgsbauern daran sind.

Es wird immer vom Wohlstand des Bauern-
standes gesprochen, es wird immer davon gesprochen,
daß bei den Bauern die Einnahmen nur so durch
die Luft hereinfliegen. Ich möchte die Herren einladen,
einmal eine Wirtschaft ein Jahr lang zu führen.
Dann werden Sie vielleicht ganz anderer Ansicht
sein. Dann werden Sie vielleicht von dieser Tribüne
aus ganz anders urteilen. Ich kann es den Herren
nicht verargen, wenn Sie die Verhältnisse nicht
kennen. Aber, wenn Sie die Verhältnisse kennen würden,
dann würden Sie sicher zu einer ganz anderen
Überzeugung kommen, daß es nämlich nicht möglich
ist, die Leute, unsere landwirtschaftlichen Dienstboten
so zu entlohnen, wie es bei anderen wirtschaftlichen
Verhältnissen möglich ist, zum Beispiel in Nieder-
österreich und Oberösterreich, wo ganz andere wirt-
schaftliche Verhältnisse sind. Dort ist es ja möglich,
daß man die Leute dementsprechend, wie es gestern
ausgeführt worden ist, halbwegs nach der Gold-
parität entschädigen kann. Aber, wer ist den heute
nach der Goldparität entschädigt? Sind es die Be-
amten? Die Beamten sind es auch nicht. Und wenn
die Beamten nicht nach der Goldparität entschädigt

werden können, so können es die landwirtschaftlichen
Arbeiter sicherlich nicht verlangen. Gewiß, der Bauer,
der halbwegs einsichtig ist, wird seinen Arbeitern
das geben, was ihnen gebührt. Aber zuerst muß er
selbst die Möglichkeit haben, Einnahmen aus seiner
Wirtschaft herauszuholen, damit er andererseits auch
die wirtschaftlichen Ausgaben bestreiten kann. Und
wenn schon einzelne trasse Fälle vorkommen, wo
zum Beispiel Arbeiter unmenschlich behandelt worden
sind, so gehören diese gewiß nur zu den Ausnahmen
und Ausnahmen darf man nicht verallgemeinern.
Im großen und ganzen wird man mir gewiß bei-
stimmen können, daß sich die landwirtschaftlichen
Arbeiter gewiß nicht zu beklagen haben. Denn, hat
der Bauer schöne Einnahmen, dann kann er auch
seinen Arbeitern dementsprechende Löhne geben, hat
er selbst schlechte Einnahmen, dann kann auch der
Arbeiter nicht verlangen, daß er mehr von der
Wirtschaft als Entlohnung bekommt, als die Wirt-
schaft trägt. Der Industrieunternehmer muß ja auch
die Regien und die Entlohnungen der Angestellten
und Arbeiter nach den Betriebsverhältnissen, nach
den Betriebseinnahmen richten. Er muß die Löhne
der Angestellten und Arbeiter reduzieren, sobald er
nicht mehr konkurrenzfähig ist, sobald die industriellen
Erzeugnisse nicht mehr jenen Absatz finden können,
wo er seine Regien hereinbringen kann. Ebenso ist
es bei der Landwirtschaft. Der Bauer muß auch
seine Ausgaben nach den Einnahmen einrichten.

Wie sind diese armen Gebirgsbauern daran?
Diesen Gebirgsbauern, zum Beispiel in der Stub-
alpe an der Kärntner Seite, passiert es oft, daß sie
Mitte Oktober ihre ganze Ernte durch einen Früh-
schnee begraben sehen. So ein Bauer hat sonst
keine Existenzmöglichkeit; Getreide produziert er
überhaupt nur in notdürftiger Weise, und wenn die
ganze Ernte durch einen solchen Frühlingschnee be-
graben wird, muß er Getreide und Mehl zukaufen.
Kraßere Verhältnisse kann man sich schon wirklich
nicht vorstellen. Jetzt bleibt ihm nur übrig, daß er
vielleicht ein Stück Vieh oder wenn er ein größerer
Bauer ist, mehrere Stück Vieh abstößt. Das ist die ein-
zige Einnahmequelle eines ganzen Jahres. Wenn
er aber vielleicht noch im Stalle ein Unglück gehabt
hat, wenn eine Viehseuche eingerissen ist, dann ist
er vollständig beim Ruin angelangt. Ich kenne
besonders aus dem Jahre 1920 Verhältnisse und
Fälle, die sich in diesem Teile des Landes abgespielt
haben, wo den Besitzern der ganze Viehstand
zugrunde gegangen ist. Und da will man jetzt von
dem Wohlstande der Bauern sprechen?

Die Herren werden mir erwidern, daß das
Verhältnisse in der krassesten Form sind. Ich werde
aber auf bessere Verhältnisse, auf normale und
mittlere Ertragsverhältnisse übergehen. Wie geht es
einem solchen Bauern? Der hat vielleicht nicht diese
schwierigen Wirtschaftsverhältnisse, er ist nicht so weit

von der Verkehrsbader entfernt wie der abgelegene Gebirgsbauer, der außer ein paar Stück Vieh, das er abzusehen hat, noch ein gewisses Quantum Holz zum Verkauf, bringen kann. Was bleibt ihm aber von dem Holz übrig? Nur 10 Prozent des Erlöses, denn 90 Prozent gehen auf die Bringungskosten auf. Derjenige Bauer aber, der an der Verkehrsbader liegt, der sich vielleicht 50 Prozent von den Bringungskosten erspart, wodurch sich seine wirtschaftlichen Einnahmen bessern würden, der hat wieder kein Holz zu verkaufen, der hat wieder keinen Wald, er kann höchstens einige Liter Milch verkaufen; das ist bei dem kleinen und mittleren Besitz die ganze Einnahme, dazu höchstens ein Kalb oder, wenn es gut geht, ein Stück Vieh. Er muß aber anderseits Holz, Brennstoff zukaufen. Und wie steht es mit der Differenz zwischen den landwirtschaftlichen und den industriellen Produkten? Die Kohle, die früher eine Krone pro Meterzentner gekostet hat, kostet heute 45.000 bis 50.000 K. Das waren früher ganz andere Differenzen zwischen den Einnahmen und Ausgaben in der Landwirtschaft. Dazu kommen noch sonstige unglückliche Ereignisse, wie sich zum Beispiel vor acht Tagen ein allgemeiner Frostschaden bemerkbar gemacht hat. Es hat gestern schon der Abg. Größbauer darauf hingewiesen, daß ganze Gebiete, besonders in den Tälern durch Frostschaden stark gelitten haben und daß die ganzen Kulturen bis zum Erdboden zusammengebrannt sind. Wie schaut dann das Ertragnis der Landwirtschaft aus? Unsere Bauern sind ja nicht einseitig, sie sind begeistert für den Wiederaufbau unseres Staates, sie sagen: Wir sehen es ein, wir müssen Opfer bringen, wir müssen am Wiederaufbau des Staates mitarbeiten und erhöhte Steuern zahlen, und sie haben das auch durch die Voreinzahlungen hinlänglich bewiesen. Wie schaut es aber jetzt aus, nachdem durch Hagelschläge und Frostschäden die erwarteten Einnahmen mit einem Male vernichtet wurden? Es sind da wirtschaftliche Katastrophen vorauszu sehen. Und da wird den Bauern vorgeworfen, daß sie zu viele Privilegien, zu viele Steuerbegünstigungen haben! Wo sind sie denn? Es wird immer vom steuerfreien Hausstrunk gesprochen — das ist das einzige Schlagwort, das man gegen die Bauern anführt. Was ist denn der steuerfreie Hausstrunk? Er ist eine Entlohnung für die Mähen, für die Überarbeit, für die Überschichten, für die Nachtarbeit. Denn das Mostpressen im Herbst kann bei Tag allein nicht bewältigt werden, man muß die Nacht zu Hilfe nehmen und bis 10, 11 und 12 Uhr, bis Mitternacht arbeiten. Ist dafür der steuerfreie Hausstrunk nicht eine gerechte Entlohnung?

Es hat mich gestern ganz merkwürdig berührt, wie der Herr Abg. Viehhauser, der von seinen Parteikollegen als ein bäuerlicher Vertreter hingestellt wurde, sich einfach gegen den steuerfreien Hausstrunk

aus sprach. (*Schneidmadl: Gegen den Mißbrauch des steuerfreien Hausstrunks!*) Was meinen Sie mit dem Mißbrauch? (*Schneidmadl: Wenn man unter dem Titel des steuerfreien Hausstrunks in großen Mengen Branntwein brennt und in den Handel bringt!* — *Zwischenrufe.*) Dafür haben wir ja die Kontrolle, Herr Kollege Schneidmadl, und derjenige, der sich vielleicht den Spaß erlauben würde, vom steuerfreien Hausstrunk Branntwein zu erzeugen, wird ganz empfindlich bestraft. Im übrigen sind das nur ganz vereinzelte Fälle, die man nicht verallgemeinern darf. Wie in jedem Stande Gesetzesübertretungen vorkommen — oder sind Sie vielleicht in der glücklichen Lage, in Ihren Reihen keinen Genossen zu haben, der jemals in seinem Leben das Gesetz übertreten hätte —, so kommen Gesetzesübertreter auch im Bauernstande vor. Diese vereinzelten Fälle darf man doch aber nicht an die große Glocke hängen. Diese Leute werden ja streng bestraft, die Finanzbehörde tritt so einem Manne ja ganz energisch auf die Fersen.

Der Herr Abg. Viehhauser hat sich dann merkwürdigerweise auch gegen den Schutz Zoll für die Landwirtschaft ausgesprochen. Ich will es durchaus nicht verargen, daß zum Beispiel die Industrie ihre Schutz zölle hat. Ich anerkenne es vollkommen, daß sie gegen die ausländische Konkurrenz geschützt wird, und bin durchaus damit einverstanden. In einem demokratischen Staate darf man aber nicht einseitig vorgehen. Wenn man eine Gruppe schützt, muß man auch die andere Gruppe berücksichtigen. Auch die Landwirtschaft hat ein Recht auf Schutz zölle. Wenn nicht im Jahre 1922 eine allgemeine Trockenheit und Dürre durch ganz Europa gezogen wäre, so hätten wir schon heuer eine Überschwemmung mit ausländischem Vieh. Was soll dann der heimische Bauer machen, wenn er keinen Preisschutz hat? Einerseits soll er die hohen Steuern zahlen, anderseits keinen Schutz für seine Produkte haben, das finde ich mehr als ungerecht. Wenn wir dafür sind, daß die Industrie geschützt wird — und sie soll geschützt werden —, dann ist es gewiß nur ein gerechtes und billiges Verlangen, daß man auch die Landwirtschaft vor der Überkonkurrenz schütze. Wir werden das so lange verlangen, als wir nicht von dem Hereinströmen ausländischen Viehes befreit sind. (*Zwischenrufe.*) Aber es werden Zeiten kommen, wie sie vor dem Kriege waren, wo der Schutz Zoll hat geschaffen werden müssen. Das wird uns ja heute noch nachgetragen; dieses Jahr 1906 wird von den Konsumenten als Unglücksjahr betrachtet. Wäre damals der Schutz Zoll nicht geschaffen worden, die Landwirtschaft wäre in der Vorkriegszeit vollends zusammengebrochen. Bis zu 80 Prozent ist sie ja tatsächlich zusammengebrochen und verschuldet gewesen. Glauben Sie, wir wären aus der Verschuldung herausgekommen, wenn nicht durch den Zufall

der Geldentwertung eine Entschuldung hätte vorgenommen werden können? Nie und nimmer! Das ist ja eigentlich das einzige, was der Bauer durch die kriegswirtschaftlichen Verhältnisse profitiert hat, daß er unvermerkt und unbewußt aus der Verschuldung herausgekommen ist. Bleiben wir aber ein wenig bei diesem Moment stehen! Ist dies auch heute noch der Fall? Bei weitem nicht! Wir haben jetzt bei den Vorschußkassen, besonders bei jenen Kassen, wo die Bauern ihr Geld angelegt haben und Geld angefordert wird, den Zustand, daß jetzt wieder Hypotheken aufgenommen werden müssen, und zwar in so starkem Maße, daß ein großer Teil der Bauern wieder verschuldet ist. Wenn wir nun dazu auch noch vor der Konkurrenz des Auslandes nicht geschützt werden dürfen, dann ist in zehn Jahren die Verschuldung gerade so vorhanden wie vor zehn Jahren, wie vor dem Kriege. Dies zu vermeiden, haben auch alle anderen Stände ein Interesse. Es heißt allgemein, die Landwirtschaft soll auf eine gute Grundlage gestellt werden. Dann müssen doch die Konsumenten ein gewisses Interesse und Verständnis dafür haben, daß man jene Maßnahmen ergreift, um die Landwirtschaft vor Verschuldung zu schützen und sie halbwegs existenzfähig zu erhalten. Man schützt dadurch auch den Staat. Denn bricht die Landwirtschaft zusammen, dann bricht auch der Staat zusammen. Wir können daher nie und nimmer auf Schutzzölle für die Landwirtschaft verzichten, sobald die Verhältnisse dafür sprechen.

Daß die Konsumenten nicht einseitig gegen die Produzenten, die Bauern vorgehen sollten, möchte ich heute von dieser Tribüne aus erörtern. Ich hatte voriges Jahr Gelegenheit, im Ministerium für Volksernährung bei einer Konferenz mitzusprechen, wo über Obstausfuhr verhandelt wurde. Voriges Jahr hatten wir eine förmliche Obstüberschwennung, wie sie seit 20 Jahren nicht in Österreich da war. Sie war nicht bloß in Österreich, sondern auch in allen übrigen Ländern vorhanden. In Deutschland, Dänemark, in den Balkanstaaten, überall war eine reiche Obstüberproduktion. Daher war es der größte Unsinn, daß sich die Konsumenten so einseitig und mit aller Behemung dagegen stemmten, eine zeitgerechte Obstausfuhr zuzulassen. Es war so viel vorhanden, daß man die Konsumenten ganz sicher und garantiemäßig hätte versorgen können. Warum sich also gegen die Obstausfuhr stemmen? Damals wäre es möglich gewesen. Es waren damals fremde Händler bei uns, die hunderte Waggons aufgekauft hätten. Damals hat man von seiten der Konsumenten die Obstausfuhr nicht bewilligt. Ich weiß ja, wie es zugegangen ist. Einheitlich hat man sich gegen die Obstausfuhr gestellt, nicht einmal eine teilweise Obstausfuhr hat man zugelassen. Was ist nun eingetreten? Die fremden Händler sind verschwunden, sie haben bei uns keine Einkäufe durchführen können,

inzwischen ist der Marksturz eingetreten und die Obstausfuhr wurde illusorisch. Nachdem die Konsumenten eingesehen hatten, daß das Obst in großen Massen im Inlande verfaulen muß, haben sie sich entschlossen, einer teilweisen Obstausfuhr zuzustimmen. Was ist aber jetzt eingetreten? Das Obst konnte nicht mehr ins Ausland befördert werden, weil die beste Zeit veräußert worden ist, und nicht einmal das Obst, das von der Regierung zur Ausfuhr freigegeben worden ist, konnte hinausgebracht werden. Dadurch ist ein großer Schaden entstanden, nicht nur für die Landwirtschaft, sondern für den ganzen Staat und die ganze Volkswirtschaft. Die Bauern haben nicht die Gebinde gehabt, daß sie das Obst hätten verpressen können und so hat Obst in großen Massen einfach zugrunde gehen müssen. Und dann der Obstpreis überhaupt im Verhältnis zu den anderen Produkten, die der Bauer kaufen muß, zu den Industrieartikeln, zu den Maschinen, zu den Werkzeugen, zu den Ackergerätschaften. Da steht darauf der Schutz Zoll der Industrie, aber trotzdem ist nicht einmal die Obstausfuhr bewilligt worden. Das ist ein einseitiges Vorgehen, bei dem der Bauer auf die Dauer nicht bestehen kann. Ich will gewiß nicht über andere Stände herfallen, um sie damit zu diskreditieren, sondern will das nur als Beispiel angeführt haben, daß es mit einer einseitigen Wirtschaft nicht vorwärts gehen kann.

Ich möchte noch über die Weinsteuer sprechen, weil ja immer das Schlagwort angeführt wird, daß der Bauer soundso viel Hanstrunk hat. Ich möchte aber auch zu Gemüte führen, wie überbesteuert der Bauer für jene Getränke ist, die er zu verkaufen hat. Wir haben zum Beispiel heute noch eine Weinsteuer von 2000 K, obwohl der Zuschlag gefallen ist. Man muß bedenken, daß in Steiermark voriges Jahr eine allgemeine Mißernte nicht betreffs der Quantität, sondern der Qualität zu konstatieren war. Wir haben lauter minderwertige Weine, leichtgradige Weine und es ist der Fall vorgekommen, daß zum Beispiel einer den Wein um 3000 K verkauft hat und 2500 K hat er Steuer zahlen müssen. Jetzt hat er 200 bis 300 K für den Wein gehabt. Ist das eine Einnahme? Ist das eine Produktivität? Das heißt mehr als 70 Prozent draufzahlen. Darum ist gewiß der Einwurf des steuerfreien Hanstrunkes durchaus ungerechtfertigt. Und es ist auch für die Dauer diese Weinsteuer nicht zu ertragen, denn wenn sie nicht herabgesetzt wird, ist es unmöglich, unsere Weine an den Mann zu bringen und zu verkaufen. *(Schneidmadl: Sie haben doch die Mehrheit, warum machen Sie das nicht alles, was Sie da verlangen?)* Warum sind die Herren immer dagegen, wenn wir eine Herabsetzung der Steuer haben wollen? *(Zwischenrufe.)* Gewiß, in Artikeln, wo Sie selbst ein Interesse daran haben. Aber in anderen Artikeln, wo Sie nicht interessiert

sind, sind sie auch nicht dafür zu haben und da findet man immer den Widerstand.

Ich möchte nun noch am Schlusse der Regierung aus Herz legen, daß man, wenn man die landwirtschaftliche Produktion heben und fördern will, alle jene Maßnahmen ergreifen muß, die wirklich für die Erhaltung unseres Bauernstandes und unserer Landwirtschaft von Vorteil sind. Ich will darüber nicht viel Worte mehr verlieren, es ist hinlänglich genug gesprochen worden über die Hebung der Produktion, über das Meliorationswesen, über Flußregulierung. Wenn es aber nicht auch zur Tat kommt — das Sprechen hier im Hause allein hat überhaupt keinen Zweck. Wir haben schon einige Jahre hier davon gesprochen, es muß aber auch zur Ausführung kommen. Aber was erlebt man da? Wenn zum Beispiel das Budget für das Kapitel Land- und Forstwirtschaft erhöht werden soll, dann heißt es immer, das ist zu viel, die Bayern sollen sich selber auf die Beine helfen, sie sollen selber tragen, ihre Wirtschaft zu heben. Ich habe schon ausgeführt, daß es nicht möglich ist, diese Meliorationen, diese Flußregulierungen aus eigenen Mitteln durchzuführen. Die Gemeinden sind zu schwach, die Bezirke sind zu schwach, ja sogar die Länder sind zu schwach, es muß der Staat einschreiten. Wenn nicht mit Bundesmitteln die notwendigen Entwässerungen und Flußregulierungen durchgeführt werden, kann an die Durchführung dieser Aktionen überhaupt nicht gedacht werden. Ich bitte daher alle Parteien dieses hohen Hauses, diesen Aktionen ihre Unterstützung angedeihen zu lassen. *(Beifall.)*

Geisler: Hohes Haus! Meine vormittägigen Ausführungen haben die linke Seite dieses Hauses, wie es nicht anders zu erwarten war, etwas in Aufregung versetzt. Ich habe gewiß nicht aus purer Kampfeslust, wie das die Herren belieben und gewohnt sind, heute hier schlagendes Material dem hohen Hause vorgelegt, sondern habe mich nur in der Defensivstellung bewegt, denn eine solche Verleumdung, wie sie gestern von dem Herrn Abg. Wiehauser hinsichtlich der Einlegemisere, wie er es zu benennen beliebte, vorgebracht wurde, schreit einfach nach Richtigstellung und diese Richtigstellung ist durch mich erfolgt *(Zwischenrufe)*, und daß ich mit wahren und nicht mit erlogenen und verdächtigen Mitteln hier die Richtigstellung besorgt habe, das hat auch der Herr Abg. Wiehauser selbst zugegeben. *(Zwischenrufe.)* Diese Sache ist hiemit erledigt.

Es ist aber außerdem dem Herrn Abg. Witternigg vorbehalten geblieben, in der von ihm beliebten Art Zwischenrufe zu machen und sich in Ekstase zu versetzen. Es ist nun von mir verlangt worden, ich soll öffentlich bekanntgeben, was denn auf Herrn Abg. Witternigg lastet und von was

sich der Herr Abg. Witternigg reinwaschen möge. *(Zwischenrufe.)* Um das zu sagen, bin ich nochmals hieher gekommen. Ich bitte das hohe Haus um einen Moment Geduld — ich bin gleich fertig. Vor zwei Monaten war es, im erweiterten Rabinettssrat, als der Herr Abg. Witternigg in seiner bekannten verleumderischen und lügenerischen Art und Weise mich und die Salzburger Bauern des Käseschmuggels bezichtigt hat. *(Zwischenrufe.)* Ich habe diese Beschuldigung sofort energisch zurückgewiesen. Ich habe dort nicht den Herrn Abg. Witternigg einen Lügner geheißen und tue es auch heute nicht, weil ich mir nicht einen Ordnungsruf zuziehen will. *(Zwischenrufe.)* Ich habe ihn auch nicht einen Verleumder geheißen, sondern ich habe gesagt, er lügt und verleumdet. In einem Communiqué, das ich noch an demselben Tage besorgt habe, habe ich den Herrn Abg. Witternigg einen Lügner und Verleumder genannt und habe erklärt, daß ich diese Behauptung so lange aufrechterhalte, bis sich der Herr Abg. Witternigg von dieser Beschimpfung durch Erbringung des Beweises für die Richtigkeit seiner Behauptung reingewaschen hat. Bis heute haben Sie keinen Finger dagegen gerührt und deswegen lastet auf Ihnen der Ihnen hier öffentlich gemachte Vorwurf, und bevor Sie sich nicht davon reinigen, gehören Sie nicht herein und sind Sie für mich und jeden anständig denkenden Politiker und Menschen lust. *(Lebhafter Beifall.)*

Präsident Dr. Dinghofer: Herr Abg. Geisler, ich muß Sie wegen der unparlamentarischen Ausdrucksweise „verleumderische und lügenerische Art“ zur Ordnung rufen!

Dr. Resch: Hohes Haus! Ich war nicht anwesend, als der Kollege Niedrist seine Rede gehalten hat. Aber die Polemik des Abg. Morawitz habe ich angehört und daraus ersehen, daß der Kriegsgeschädigtenfonds in die Debatte gezogen wurde. Der Kriegsgeschädigtenfonds ist autonom und für seine Geschäftsabbarung dem hohen Hause nicht verantwortlich. Aber ich möchte bemerken, daß der Abg. Morawitz als Mitglied des Kuratoriums Gelegenheit gehabt hätte, den Pachtvertrag mit der Land- und forstwirtschaftlichen Betriebsgesellschaft zu studieren und sich genau zu orientieren, ehe er auf die Tribüne steigt und erklärt: das und das ist nicht wahr und entspricht nicht den Tatsachen. Nicht der Vizepräsident Kienböck ist schuld, daß ein solcher Pachtvertrag abgeschlossen wurde, denn dieser Pachtvertrag ist im April 1919 abgeschlossen worden, zu einer Zeit, wo es keinen Kriegsgeschädigtenfonds und kein Kuratorium gegeben hat. Der Vertrag ist schlecht. Jeder Jurist, der diesen Vertrag liest, wird sagen: Der Vertrag ist für den Kriegsgeschädigtenfonds auf jeden Fall schlecht. Einen Vorteil hat aus diesem Vertrage nur die Land- und forstwirtschaftliche Betriebsgesellschaft.

Denn ich kann mir nicht vorstellen, daß jemand unter günstigeren Bedingungen einen Vertrag abschließen kann, als dies hier die Land- und forstwirtschaftliche Betriebsgesellschaft getan hat. Den Vertrag hat damals noch der Generaldirektor der ehemaligen Familienfondsgüter, der Sektionschef Dr. Schager, abgeschlossen, so daß für diesen Pachtvertrag er verantwortlich ist; er hätte seine Zustimmung zu einem solchen Vertrage nicht geben sollen.

Wenn der Herr Abg. Morawitz erklärt, daß laut Rechenschaftsbericht ungefähr 200 Millionen Kronen im Jahre 1922 abgeliefert wurden, verzichtet er aber, daß von diesen 200 Millionen Kronen der Kriegsgeschädigtenfonds die halben Kriegs- und Nachkriegssteuern zu zahlen hat, daß der Kriegsgeschädigtenfonds auch die Patronatslasten zu tragen hat. Was solche Patronatslasten in einem Jahr ausmachen, das kann man in der Kanzlei des Kriegsgeschädigtenfonds erfragen. Tatsache ist, daß der Kriegsgeschädigtenfonds aus diesem Pachtvertrage fast nichts bekommen hat. Ich habe sofort, als ich das Präsidium übernommen habe, mir über diesen Vertrag Bericht erstatten lassen. Ich stehe auf dem Standpunkte, daß jeder Präsident des Kriegsgeschädigtenfonds die Verpflichtung hat, dafür zu sorgen, daß im Sinne des Gesetzes im Interesse der Kriegsgeschädigten Jahr für Jahr ein möglichst großer Reingewinn zur Ausschüttung kommt. *(Zustimmung. — Forstner: Es ist die Frage, ob der Vertrag rechtsgültig abgeschlossen ist!)* Der Vertrag ist schlecht abgeschlossen, man muß danach trachten, solche Verträge zu verbessern. Wer sind denn die Vertragsschließenden? Die Gemeinde Wien, der Kriegsgeschädigtenfonds selbst und der Bund. Es wird weder der Bund noch der Kriegsgeschädigtenfonds, noch die Gemeinde Wien auf Kosten der Kriegsgeschädigten einen billigen Pachtvertrag verlangen. Der Bund ist auch beteiligt, aber die Sache ist doch so, daß der Kriegsgeschädigtenfonds und der Bund als Gesellschafter nur mitlaufen. Die Gemeinde Wien ist der führende Gesellschafter. Bei der ersten Besprechung mit dem Präsidenten der Betriebsgesellschaft, dem Vizebürgermeister Emmertling, habe ich sofort erklärt: Ich als Präsident des Kriegsgeschädigtenfonds bin nicht in der Lage, den Anteil an dem verlangten Vorschusse von 11 Milliarden, der jetzt benötigt wird, um die Ernte hereinzubringen, zu leisten. Der Kriegsgeschädigtenfonds hat nicht so viel Kassabestände, er ist gar nicht in der Lage, das zu leisten, er müßte Häuser verkaufen, er müßte die Substanz verschleudern, um das Geld dann in die Gesellschaft einzubringen. Das können Sie von mir als Präsidenten des Kriegsgeschädigtenfonds nicht verlangen. Daher sage ich: Ich in meiner Eigenschaft als Präsident des Kriegsgeschädigtenfonds verlange, daß die Liquidation dieser Gesellschaft durchgeführt werde, daß der

Gesellschaftsanteil festgestellt werde und daß dem Kriegsgeschädigtenfonds der Gesellschaftsanteil abgelöst wird. Ich habe ferner bei dieser Besprechung erklärt, daß ich natürlich auch verlangen muß, wenn ich den Pachtvertrag vor der Öffentlichkeit und vor den Invaliden vertreten soll, daß auch der Pachtvertrag revidiert werde und eine Pachtsumme festgestellt werde, die sich sehen lassen kann. *(Forstner: Ist durch die Rede des Niedrist das herbeigeführt worden, was Sie wollen?)* Ich sage, die Gesellschaft hätte sicher schon einen größeren Reingewinn auswerfen können. Ich bin kein Landwirt, ich weiß nicht, ob gut oder schlecht gewirtschaftet wurde, wir hören nur immer von seiten der Opposition, daß der Landwirt ein tabellarisches Einkommen hat, daß seine Steuern sehr gering sind. Da muß ich sagen, wenn unmittelbar vor den Toren Wiens zwei Güter liegen von 10.000 Hektar, 4000 Hektar Ackerfläche, 2000 Hektar Wiesen und Weide und 4000 Hektar Wald, so muß das doch etwas tragen oder es muß der Fehler in der Verwaltung liegen. Dann muß eben die Verwaltung reformiert werden, weil der Fonds keinen direkten entsprechenden Einfluß hat, soll die Gemeinde Wien das ganze Defizit übernehmen und dafür sorgen, daß der Kriegsgeschädigtenfonds eine entsprechende Pachtsumme bekommt. Nach dem Gutachten des landwirtschaftlichen Referenten soll dieses Gut bei den gegenwärtigen Verhältnissen im Jahre mindestens 4 Milliarden an Pachtzins tragen, wenn man das Gut aber meierhöfweise verpachtet, 6 Milliarden.

Meine sehr verehrten Frauen und Herren! Ich glaube, daß der Präsident des Kriegsgeschädigtenfonds, aber nicht nur der Präsident, sondern das gesamte Kuratorium, und dazu gehört auch der Herr Abg. Morawitz, die Verpflichtung haben, wenn solche Pachtverträge vorliegen, zu sagen: diese sind genau zu überprüfen und es muß überlegt werden, wie ein neuer besserer Pachtvertrag geschaffen werde. *(Ruf: Er ist ja erst jetzt hinein entsendet worden!)* Daher hätte Abg. Morawitz gar nicht reden sollen, wir hätten in sachlicher Weise bei internen Beratungen uns auseinanderzusetzen können. Aber der Mann ist ein bißchen impulsiv, er steigt sofort heraus, gibt Richtlinien, will dies oder jenes richtigstellen, ist aber nicht genau informiert. Ich kann als Präsident des Kriegsgeschädigtenfonds einen solchen Vertrag, wie er derzeit besteht, nicht verantworten, ich kann nicht verantworten, daß den Invaliden Jahr für Jahr 4, respektive 6 Milliarden vorenthalten werden, weil man mit diesen 4 bis 6 Milliarden auf dem Gebiete der karitativen Invalidenfürsorge ziemlich viel richten kann. *(Lebhafter Beifall und Handklatschen.)*

Schneidmader: Hohes Haus! Wer in dieser Debatte die Antworten der bürgerlichen Parteien auf die sachliche Rede meines Freundes Pölzer und

auf die übrigen Reden meiner Parteigenossen gehört hat, der kann sich beiläufig eine Vorstellung machen, welche hemmungslose Demagogie sich erst in den kommenden Monaten während des Wahlkampfes vollziehen wird. Wenn Sie es schon zuwege bringen, hier in diesem Hause, unmittelbar nachdem der Sozialdemokrat gesprochen hat, dem Sozialdemokraten die Worte im Munde zu verdrehen, dann kann man sich vorstellen, was erst kommen wird, wenn Sie nicht unmittelbar unter der Kontrolle von Sozialdemokraten stehen und reden werden.

Wenn die Sozialdemokraten hier feststellen, daß die österreichische Landwirtschaft rückständig ist und wenn sie sich dabei auf die amtlichen Ziffern, die vom Landwirtschaftsministerium zusammengetragen worden sind, berufen, dann machen Sie daraus einen Angriff auf die österreichische Landwirtschaft und Sie vergessen völlig, daß Sie selber wiederholt in diesem Hause ebenfalls auf diese Ziffern sich berufen und die Rückständigkeit der österreichischen Landwirtschaft festgestellt haben. Es ist nun einmal eine Tatsache, daß der Hektarertrag bei Weizen in Österreich 10 Meterzentner, in Deutschland im Frieden 28 Meterzentner betragen hat und es ist eine in den amtlichen Ziffern festgestellte Tatsache, daß der Hektarertrag bei Roggen bei uns 8 Meterzentner und in Deutschland 20 Meterzentner ist, daß wir im Frieden an Kartoffeln auf den Hektar 71 Meterzentner, in Deutschland 160 Meterzentner geerntet haben. Es ist eine Tatsache, die die Herren selbst festgestellt haben; daß unsere Viehzucht und unsere Milchwirtschaft so rückständig ist, daß alle zweckdienlichen Maßnahmen im Interesse der Volkswirtschaft und des Wiederaufbaues unserer Republik ergriffen werden müßten, um diese Rückständigkeit abzubauen.

Es haben zum Beispiel die Abg. Kocher, Schoiswohl u. Gen. in der konstituierenden Nationalversammlung einen Antrag auf Hebung der Milchwirtschaft eingebracht, der auch zum Beschluß erhoben wurde, in dessen Begründung die Herren feststellen, daß im Durchschnitt auf eine Kuh in Österreich gegenwärtig nur ein Jahresertrag von 1400 Liter gerechnet werden kann, im Frieden es 1900 Liter gewesen seien, daß aber in der Schweiz 2650 Liter, in Dänemark und Schweden bei 3000 Liter und in Holland noch mehr entfallen. Das haben die Herren Kocher u. Gen. selber festgestellt und wenn wir Sozialdemokraten uns darauf berufen, machen Sie daraus einen Angriff auf die Landwirtschaft. Wenn Sie die Augen vor den Tatsachen verschließen, werden wir nie ernstlich dazu kommen, Maßnahmen zu treffen, die im Interesse unserer Landwirtschaft und der Hebung der landwirtschaftlichen Produktion ergriffen werden müssen.

Die Rückständigkeit der österreichischen Landwirtschaft fällt ausschließlich den Mehrheitsparteien

zur Last, denn die Christlichsozialen und die Großdeutschen, die ehemaligen Deutschnationalen, die auch im alten Österreich in der Regierungsmehrheit waren, haben seit Jahrzehnten den entscheidenden Einfluß auf das Ackerbauministerium ausgeübt und nach dem Zusammenbruche des Krieges sind Ihre politischen Vertrauensmänner in das Ackerbauministerium eingezogen. Sie können auch nicht behaupten, daß die Sozialdemokraten irgendeine Maßnahme, die wirklich geeignet ist, die landwirtschaftliche Produktion zu fördern, bekämpft hätten, daß sie für solche Maßnahmen nicht zu haben sind. Wenn dennoch das Ergebnis ihrer praktischen Förderung der landwirtschaftlichen Produktion in Österreich ein so klägliches ist, so dürfen Sie dafür nicht die Sozialdemokraten verantwortlich machen, sondern Sie müssen, wie einer der Vorredner gesagt hat, mea culpa sagen und sich selber dafür verantwortlich machen, weil Sie die entscheidende Machtposition, die Sie schon in der alten Monarchie hatten, aber auch in der Republik haben, zur Förderung der landwirtschaftlichen Produktion nie ausgenutzt haben.

Wir Sozialdemokraten wollen die Hebung der landwirtschaftlichen Produktion, weil sie eine der wichtigsten Voraussetzungen für den Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft und für die Überwindung der Not des Krieges ist und es können nur politische Kinder oder gewissenlose Demagogen behaupten, daß die Sozialdemokraten die Sanierung und den Aufstieg unserer Republik bekämpfen (*Zwischenrufe*), den Aufstieg der Republik, meine Damen und Herren, die ihre Entstehung und ihre Existenz ausschließlich der Tatkraft, der Treue und der republikanischen Hingabe des österreichischen Proletariats verdankt. (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.*) Wenn wir das Genfer Programm bekämpfen und wenn wir die Sanierungsmethoden bekämpfen, die sich aus diesem Genfer Programm ergeben haben, so deswegen, weil diese Art der Sanierung die finanziellen Probleme ohne Rücksicht auf die volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten zu lösen unternimmt und in Wahrheit unsere Volkswirtschaft zugrunde zu richten droht. Aus der Gegnerschaft gegen das Genfer Programm und aus der Gegnerschaft gegen Ihre Sanierungsmethoden dürfen Sie wahrhaftig nicht eine Gegnerschaft der Sozialdemokraten gegen eine wirkliche Sanierung unserer Finanzen und eine wirkliche Sanierung der Volkswirtschaft ableiten. Weil wir der Überzeugung sind, daß eine wirkliche Sanierung der Republik und eine Überwindung der Not der breiten Volksmassen nur möglich ist durch einen großzügigen Aufbau unserer Volkswirtschaft und weil die Hebung der Landwirtschaft und der Produktion eine wichtige Voraussetzung für diesen Wiederaufbau ist, deswegen wollen wir ehrlich und ohne Rückhalt alle Maßnahmen fördern, die geeignet sind, unsere landwirtschaftliche Produktion zu heben.

Aber, meine Damen und Herren, wenn wir die Ursachen der Rückständigkeit unserer landwirtschaftlichen Produktion feststellen, müssen wir vor allem darauf verweisen, daß eine der wichtigsten Ursachen dieser Rückständigkeit unserer landwirtschaftlichen Produktion die kulturelle und geistige Rückständigkeit unseres Landvolkes ist, die ich dem Landvolke nicht zum Vorwurfe mache, sondern die das Ergebnis der schlechten Schulbildung am Lande draußen ist. Und wenn Sie, meine Herren, in der Verfolgung des Sanierungsprogramms heute gar noch daran gehen, diese dürftige Schulbildung am Land einzuschränken, durch den Schulabbau zu schmälern, dann vergrößern Sie nur das Übel, verschärfen Sie noch die Ursachen, aus denen die Rückständigkeit der Landwirtschaft hervorgeht.

Aber auch eine andere Ursache dieser Rückständigkeit muß hervorgehoben werden und sie muß insbesondere deswegen hervorgehoben werden, weil mehrere Vertreter der agrarischen Parteien in dieser Debatte gezeigt haben, daß sie aus der Vergangenheit wirklich nichts gelernt haben. Wenn agrarische Vertreter den Ruf nach dem Schutzzoll für die Landwirtschaft erheben und dies unter Berufung auf die Interessen der kleinbäuerlichen Bevölkerung tun, so ist dies eine völlig falsche Folgerung. Die Kleinbäuerliche Bevölkerung hat kein Interesse am Schutzzoll und mein Kollege Viehhauser, der Ihnen das treffend dargelegt hat, hat wahrhaftig recht. Denn nur einen ganz kleinen Teil, oft sogar gar nichts von seiner Ernte bringt der Kleinbauer in den Handel. Aber er ist als Konsument daran interessiert, daß nicht eine Politik betrieben wird, die zur Verteuerung der Lebenshaltung der breiten Massen, zu denen auch die Kleinbauern gehören, führt. Freilich hat einer der Herren gemeint, daß es eine Forderung der Demokratie sei, daß man für einen Schutzzoll für die landwirtschaftliche Produktion eintrete. Er hat nämlich gemeint, wenn die Industrie die Preise treibt, ist es nur ein Gebot der demokratischen Gleichberechtigung, daß das gleiche den Agrariern zugestanden werden muß. In einem Atem aber, nachdem er gefordert hat, daß unsere Grenzen für die Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte aus dem Auslande geschlossen werden, hat er erklärt, daß unter allen Umständen die Ausfuhrfreiheit für die landwirtschaftliche Produktion gewährleistet sein müsse und daß es den österreichischen Landwirten freistehen müsse, wenn sie ihre Produkte im Auslande besser verkaufen können, das eben zu tun.

Unsere Forderungen zur Hebung der landwirtschaftlichen Produktion, die unserer Überzeugung nach wirklich zu diesem Ziele zu führen geeignet sind, hat Ihnen mein Freund Bölzer bereits in auszeichneter Rede dargelegt. Ich will sie nur mehr schlagwortartig skizzieren. Unserer Meinung nach ist

eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Hebung der landwirtschaftlichen Produktion die Fortführung der Schulreform und die Ausgestaltung des ländlichen Schulwesens. Wenn wir eine agrarische Partei hätten, die vom Einflusse des Merkantilismus wirklich losgelöst wäre, so müßten wir uns in dieser Frage finden. Denn es ist wahrhaftig ganz unerfindlich, wie sich Bauern, wie sich Agrarier von den Merkantilen dazu mißbrauchen lassen können, einen Kampf gegen die Schulreform zu führen, wie ihn die Christlichsozialen und auch die deutschen Bauernbündler tatsächlich in Österreich führen. Die Schulreform führt den Grundsatz der Bodenständigkeit des Unterrichts durch und es ist so die Möglichkeit vorhanden, daß die Dorfjugend schon in der Volksschule im Rahmen des Unterrichtsplanes der Volksschule mit den verschiedenen Wirtschaftsmethoden nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch vertraut gemacht werden kann. Es müßten auch Schulgärten und Schuläcker dem Unterricht angegliedert werden, damit die jungen Menschen praktisch erproben können, was sie in der Volksschule theoretisch lernen. Dazu wäre natürlich auch eine entsprechende Vorbildung der Dorfschullehrer notwendig, die diesen Unterricht zu geben haben. Nicht minder wichtig wäre ein Ausbau des mittleren und höheren landwirtschaftlichen Schulwesens. Ich betone, daß hier auch den begabten Kindern landwirtschaftlicher Arbeiter und Kleinbauern die Möglichkeit gegeben werden müßte, einer solchen Schulbildung teilhaftig zu werden. Sofort aber müßten sich die Vertreter der Bauernparteien mit den Sozialdemokraten zu einem entschiedenen Kampfe gegen den geplanten Abbau der Schule auf dem Land ebenso wie gegen den Abbau der Schule in der Stadt finden. Wenn Sie, meine Damen und Herren, in der Verfolgung des Genfer Sanierungsprogramms die Schule des Volkes herunterdrücken, bauen Sie damit wichtige Voraussetzungen für die Zukunft und den Wiederaufstieg unseres Volkes ab. Es müßten die Bauernvertreter, deren Schulwesen so sehr im argen liegt, insbesondere in dieser Frage mit den Sozialdemokraten eines Sinnes sein.

Wir sind auch der Meinung, daß durch eine demokratische Verwaltungsreform die entsprechenden Organe für eine planmäßige Produktionspolitik geschaffen werden müßten. Bezirks- und Kreisvertretungen mit selbständigem Abgabenrecht, in denen alle Schichten der Bevölkerung nach den Grundsätzen der Demokratie vertreten sind, könnten auf diesem Gebiete wohlthätig wirken. Sie stemmen sich gegen die demokratische Bezirksverwaltung, Sie können den k. k. Bezirkshauptmann, den wir aus der alten Monarchie übernommen haben, nicht entbehren. Es ist im Verlaufe der Debatte wiederholt darüber Klage geführt worden, daß die Durchführung der spärlichen Ansätze von Bodenreform,

die auf Grund von Gesetzen durchgeführt werden sollte, an der Schwerfälligkeit unserer Agrarbehörden, an der Schwerfälligkeit der Bureaukratie scheitert. Wenn wir die Durchführung dieser Bodenreformgesetze demokratischen Bezirksvertretungen übertragen würden und wenn wir noch die verschiedenen Gesetze durch eine Novellierung von dem bureaukratischen Instanzenzug soweit wie möglich befreien würden, so können sie überzeugt sein, daß die Klagen über den schleppenden Gang der Durchführung der Bodenreform, soweit sie aus diesen Ursachen entspringen, schwinden würden.

Wir sind der Meinung, daß es auch möglich wäre, die Meliorationen in einem größeren Ausmaße möglich zu machen, als es bisher geschieht. Es ist wahrhaftig trostlos, wenn uns der Herr Minister hier erklärt: Wenn die Meliorationen in dem bisherigen Tempo fortgesetzt werden, dann wird es 100 Jahre und länger dauern, bis wir den Grund, der in Österreich einer Verbesserung bedarf, melioriert haben werden. Wenn Sie sich entschließen würden, die Grundbesitzer zu Meliorationsgenossenschaften zu vereinigen, und wenn Sie Ihren Antisemitismus, der hier aus Ihren Reden geklungen hat, praktisch in den Dienst der Förderung der landwirtschaftlichen Produktion stellen und die Kreditinstitute durch Gesetz verpflichten würden, diesen Genossenschaften Meliorationsdarlehen zu geben, so würde ganz gewiß das Tempo der Meliorationen ein rascheres werden.

Wir legen auch das größte Gewicht darauf — und besonders ich aus dem Wahlkreis im Viertel ober dem Wienerwalde —, daß die Wildbachverbauung, die in Angriff genommen worden ist, fortgesetzt wird. Wir haben im Viertel ober dem Wienerwald anlässlich der letzten Hochwasserkatastrophen schwere Schäden an den Uferschutzbauten erlitten. Es ist hochwertiger landwirtschaftlicher Grund hinweggeschwemmt, es sind die Siedlungen, die industriellen und gewerblichen Anlagen an den Flußläufen schwer geschädigt worden. Die Wiederherstellung der zerstörten Uferschutzbauten an der Traisen nur im Stadtgebiete St. Pölten, die gegenwärtig in Durchführung begriffen ist, erfordert einen Betrag von 6 Milliarden. Dazu hat die Stadtgemeinde St. Pölten allein einen Beitrag von etwa 1 Milliarde zu leisten. Die Uferschutzbauten sind aber längs des ganzen Flußlaufes an der Traisen zerstört, sie sind zerstört an der Pielach, an der Erlaf, an der Perschling und am Michelbach, und es sind ungeheure Mittel notwendig, um sie wieder herzustellen.

Aber alle diese Mittel sind vergeblich aufgewendet, wenn nicht in demselben Tempo die Wildbäche verbaut werden und so die Ursache der Hochwasserkatastrophen und dieser Zerstörungen beseitigt wird. Ich erkenne an, daß das Bundesministerium

für Landwirtschaft für diesen Zweck einen entsprechenden Betrag eingesetzt hat. Wenn aber dennoch gerade in diesen bedrohten Gebieten gegenwärtig die Wildbachverbauung nicht fortgesetzt wird, wenn die vielen Arbeitslosen, die es in diesem Gebiete gibt, vergeblich darauf warten, eingestellt zu werden und Arbeit und Brot zu finden, so muß ich feststellen, daß hier die unmittelbare Ursache die ist, daß das Land Niederösterreich gegenwärtig — angeblich oder wirklich — nicht in der Lage ist, die auf das Land entfallenden Beiträge zu leisten. Das Land Niederösterreich hat in der letzten Zeit eine Reihe von Steuern beschlossen. Ich identifiziere mich nicht mit diesen Steuern. Es sind Realsteuern, es sind Abgaben auf den Mietzins, die unserer Meinung nach nicht für allgemeine fiskalische Zwecke, sondern für die gemeinnützige Wohnungsbautätigkeit Verwendung finden sollten. Aber diese Steuern sind beschlossen und sie sind entsprechend der Verfassung der Regierung vorgelegt worden. Wie es sich das Finanzministerium nun schon zur Gewohnheit gemacht hat, sind diese Steuern acht Wochen im Finanzministerium gelegen, bis ausgerechnet am letzten Tage der acht Wochen das Finanzministerium dahinter gekommen ist, daß man gegen diese Steuern Einspruch erheben muß. Damit ist die Aufbringung der Mittel für die Fortsetzung der Wildbachverbauungen ebenso wie die Aufbringung der Mittel für die andern Zwecke des Landes Niederösterreich in Frage gestellt und es ist eine schwere Schädigung nicht nur des Landes Niederösterreich im allgemeinen, sondern auch der Bevölkerung, die unmittelbar durch diese Hochwassergefahr bedroht und an der Fortsetzung der Wildbachverbauung interessiert ist.

Nun hat gestern der Herr Kollege Dr. Angerer auch über die Bodenreform gesprochen und gesagt, daß nach dem Umsturze viele Leute wirr im Kopfe waren und Mein und Dein nicht unterscheiden konnten. So seien sie auf die Idee gekommen, daß Grund und Boden aufgeteilt werden würden.

Meine Herren und Damen! Es waren nicht nur die wirr im Kopfe, die das meinten, sondern es müssen offenbar auch diejenigen wirr im Kopfe gewesen sein, die diese Meinung in weiten Kreisen der Landbevölkerung nährten, oder umgekehrt, es waren jene Kreise der Landbevölkerung wirr im Kopfe, die die Versprechungen der Christlichsozialen und der Deutschnationalen, daß eine Bodenreform werde durchgeführt werden, ernst nahmen. Es hat bereits mein Kollege Pölzer darauf hingewiesen, daß im Wahlprogramm der Christlichsozialen Partei und im Aktionsprogramm der Deutschnationalen die Enteignung des Großgrundbesitzes gefordert wird. Ich verweise darauf, daß auch der Herr Kollege Dr. Gimpl, ein katholischer Priester, dem das Eigentum noch heiliger ist als einem gewöhnlichen Sterblichen, in jenen Tagen so wirr im Kopfe war, daß er einen

Antrag auf Abbau des wirtschaftlich schädlichen Großgrundbesitzes einbrachte. Es waren der Deutsch-nationale Stocker, der Herr Kollege Größbauer, der Kollege Dr. Schönbauer, der Kollege Wimmer, ja, sogar der Herr Kollege Haueis in jener Zeit so wirr im Kopfe, daß sie ein Pachtgründegezet einbrachten, das die Ablösung langfristiger Pachtverträge forderte. Später sind dann noch andere wirr im Kopfe geworden: Födermayr, Buchinger, Hollersbacher, Eisenhut (*Hört! Hört!*) usw. Diese haben der konstituierenden Nationalversammlung einen Gesetzentwurf über die Enteignung von Pachtgründen vorgelegt und an der Spitze der Begründung dieses Gesetzentwurfes auseinandergesetzt, es sei schon vor der Zeit des Umsturzes erkannt worden, daß das Bestehen arbeitsloser Einkommen eine gewisse Gefahr für das Wirtschaftsleben bedeute. So wirr im Kopfe waren die Herren damals und heute wundern sie sich, daß es weite Kreise der Landbevölkerung gab, die ihre Versprechungen ernst nahmen. Seien Sie überzeugt, diese weiten Kreise der Landbevölkerung werden aus der Erfüllung, die diese Versprechungen gefunden haben, die entsprechende Lehre ziehen und werden Ihnen wirklich nicht mehr glauben — so wirr im Kopfe werden sie nicht mehr sein.

Das Ergebnis der Bodenreform in Österreich ist ein überaus klägliches. Es steht in gar keinem Verhältnis zu den Versprechungen, die Sie nach dem Umsturze gemacht haben. Das Landwirtschaftsministerium selbst hat auf dem Gebiete der Bodenreform nach dem Umsturze, später und auch heute, stets jede Initiative vermissen lassen. Die bürgerlichen Parteien haben ihre eigenen Forderungen im Stiche gelassen. Das wenige, was im Interesse der Kleinbauern und Pächter, im Interesse der landwirtschaftlichen Arbeiter durchgesetzt werden konnte, geht ausschließlich auf Anträge der sozialdemokratischen Partei zurück. Sie sind ungeheuer stolz auf das Grundverkehrsgezet, das Sie gemacht haben und das angeblich der Spekulation mit Grund und Boden einen Riegel vorschieben sollte. In Wirklichkeit ist dieses Grundverkehrsgezet in vielen Fällen ein Mittel geworden, mit dem rückständige Eliken im Dorf oder auch Eliken, die ihre persönlichen und geschäftlichen Interessen durchzusetzen versuchten, sich gegen die industrielle Entwicklung, gegen die Industrialisierung unserer Republik zu stemmen. Ich brauche nur an den ganz skandalösen Fall des Mißbrauches des Grundverkehrsgezetes zu erinnern, der sich im Bezirke Mautern ereignet hat, wo sich ein Grundbesitzer, der einen Grund an ein Industrieunternehmen verkaufen wollte — das Industrieunternehmen hat den Grund nicht gekauft, weil er zu teuer war —, er sich dann mit einem Vertreter des Stiftes Göttweig verbündet hat und in der Grundverkehrskommission die Errichtung einer Tonwarenfabrik im Bezirke Mautern verhindern wollte.

Wenn es ihnen nicht gelungen ist, die Errichtung dieses Betriebes zu verhindern, wenn vielmehr neue Arbeitsgelegenheit geschaffen wurde, so ist das ausschließlich dem energischen Eingreifen der sozialdemokratischen Partei gegen den Mißbrauch des Grundverkehrsgezetes zu danken.

Ein arger Mangel des Grundverkehrsgezetes ist es, daß ausschließlich und einseitig die landwirtschaftlichen Interessen, nicht aber auch die industriellen Interessen in den Grundverkehrskommissionen vertreten sind und daß es keine Berufungsinstanz gibt, so daß die Eliken, die sich in der Grundverkehrskommission zusammen gefunden haben, das Recht beugen können, wie es ihnen nur beliebt. Wir müssen ganz energisch eine Novellierung des Grundverkehrsgezetes fordern und insbesondere verlangen, daß sowohl für das Grundverkehrsgezet als auch für die wenigen anderen Bodenreform- und Enteignungsgesetze, die es gibt, eine Berufungsinstanz geschaffen wird, wo wirkliche Richter, eventuell im Beisein der Vertreter der verschiedenen Interessentengruppen, Recht zu sprechen haben. Die Zusammensetzung der Kommissionen müßte so sein, daß auch Vertreter der industriellen Interessen, also in den Zentralkommissionen Vertreter der Handelskammern und der Arbeiterkammern beigezogen werden.

Über das Wiederbesiedlungsgesetz will ich im Detail nicht reden. Die Beispiele, die mein Freund Bötzler angeführt hat, waren so berechtigt, daß sich ein näheres Eingehen auf dieses unzulängliche Gesetz erübrigt. Wir verlangen eine Reform des Wiederbesiedlungsgesetzes und fordern, daß bei dieser Reform das administrative Verfahren abgekürzt werde und daß sobald wie möglich auch der Wiederbesiedlungsfonds entsprechend dotiert werde. Denn heute ist es wirklich so, wie es einmal ein deutsch-nationaler Bauernvertreter in diesem Hause recht drastisch gesagt hat, daß sich nur die Söhne reicher Bauern auf Grund des Wiederbesiedlungsgesetzes wirklich bewerben können. Auch hier ist es eine Quelle der verschiedensten Unzukömmlichkeiten, daß die Vertreter der Arbeiterschaft und der Kleinbauern bei der Entscheidung über diese Dinge nichts mitzureden haben.

Es hat ein Abgeordneter — ich glaube, es war der Herr Kollege Gruber — angeführt, daß es auch sozialdemokratische Abgeordnete gibt, die sich gegen die Durchführung des Wiederbesiedlungsgesetzes kehren, und zwar hat er einen Fall Diamantibi zum Beweise für diese Behauptung angeführt. Ich stelle fest, daß mir gestern von den gewerkschaftlichen Organisationen von Freiland eine Denkschrift zugekommen ist, die sich gegen die Wiederbesiedelung von Grundstücken, die zum Betriebe Diamantibi gehören, wendet, und zwar deshalb, weil, wie diese Denkschrift ausführt, 1. diese Grundstücke rationell bewirtschaftet werden und weil 2. wenn diese Grund-

stücke vom Betriebe wegkommen, darunter der Betrieb und damit auch die Arbeiterschaft leiden würden. Ich habe diese Denkschrift dem Herrn Bundesminister für Landwirtschaft übergeben und war sehr erstaunt, daß heute bereits der Herr Kollege Gruber in die Lage gekommen ist, diese Sache im Hause demagogisch auszunutzen. (Gruber: Sie können das anschauen, ich werde Ihnen zeigen, daß das von wem anderen ist. Ich habe einen vollständigen Rekurs von jemand anderem!) Herr Kollege Gruber, Sie haben sich schlecht informieren lassen. Dieser Fall, den Sie jetzt meinen, spielt im Ybbstal und der Fall, von dem ich jetzt spreche, den haben Sie von einem Zettel heruntergelesen und Sie haben offenbar so unaufmerksam zugehört, wie Ihnen der Herr Minister die Information gegeben hat, daß Sie nicht einmal den Namen „Diamantidi“ haben lesen können. Wenn das so ist, wird ein Abgeordneter in diesem Hause, wenn er eine Denkschrift oder dergleichen einem Minister mit dem Ersuchen überreicht, die Sache objektiv zu prüfen, dies nur tun können, wenn er einen Zeugen mit hat.

Es wird in dem Berichte zu diesem Budgetkapitel treffend auseinandergesetzt, daß es im Interesse der Förderung der landwirtschaftlichen Produktion äußerst notwendig wäre, ein besonderes Augenmerk der Gewinnung von hochwertigem Saatgut zuzuwenden, und daß es nicht minder wichtig sei, unsere Viehzucht dadurch zu fördern, daß man erstklassiges Zuchtmaterial herbeischafft. Wir haben vor gar nicht langer Zeit erst Gelegenheit gehabt, über einen sozialdemokratischen Antrag zu verhandeln, der sich dagegen wendet, daß das Gut Waldbhof, ein aktiver Betrieb, von der Bundesregierung dem Besitzer zurückgegeben wird, was bedeutet, daß dadurch dieser Betrieb wieder verfällt, daß die Saatgutanlage aufgelassen und der hochwertige Rinderstod, der dort vorhanden ist, vergantet wird. Es ist das eine der vielen Sanierungsmaßnahmen, die jetzt ergriffen werden. Man zertrümmert ein hochwertiges Gut, läßt es wieder verfallen, nur deswegen, damit man das Inventar verschleudern und einige hundert Millionen Kronen momentan in die Kassen bringen kann. Daß durch diese Finanzoperation, die angeblich der Sanierung dient, dem Bunde Milliardenwerte verloren gehen, die er in dem Gut investiert hat, daß dadurch 100 oder mehr Menschen arbeitslos werden, daß unsere Lebensmittelproduktion herabgemindert wird, wenn ungefähr 500 Hektar Landes wieder brachgelegt werden und daß insbesondere durch die Auflassung dieses Musterbetriebes unserer landwirtschaftlichen Produktion ein schwerer Schaden zugefügt wird, das bedenken die Herren gar nicht, wenn sie in dieser Weise sanieren.

Sie sagen — ein demagogisches Mäßchen haben sie ja immer bereit —, die landwirtschaftliche Produktion und die Erzeugung von Lebensmitteln

werde keinen Schaden nehmen, weil ja das Gut doch wieder besiedelt wird und dort selbständige Bauerngüter entstehen werden. Ich möchte die Bewerber sehen, die es unternehmen, auf den Gründen des Gutes Waldbhof, wo keinerlei Wohn- und Wirtschaftsgebäude für Einzelbesitzer vorhanden sind, von Grund auf neue Wirtschaften zu errichten. Ich möchte die Bewerber sehen, die sich das zu unternehmen getrauen, und ich möchte auch erfahren, wie lange es nach Ansicht der Herren beiläufig dauern wird, bis diese angeblich erstehenden Landwirtschaften uns das produzieren werden, was uns gegenwärtig der Waldbhof schon produziert. Ein Grund, aus finanziellen Rücksichten den Waldbhof aufzulassen, ist nicht gegeben. Ein Grund, ihn aufzulassen, weil dieser Betrieb nicht rationell geführt wird, liegt auch nicht vor. Dieser Betrieb wird einfach vergantet und verschleudert und es wird dem Besitzer dieses Hauses ein Milliarden-geschenk gemacht, nur deswegen, damit der Herr Finanzminister durch die Verschleuderung des Inventars rasch einige hundert Millionen Kronen in die Kasse bekommt. Aber, meine Damen und Herren, wenn die Herren der rechten Seite eine solche Förderungspolitik der Landwirtschaft praktisch treiben, dann mögen sie uns doch nicht in ihren Berichten und in ihren Reden erzählen, wie notwendig die Hebung der landwirtschaftlichen Produktion ist, wo sie tatsächlich unsere landwirtschaftliche Produktion so schwer schädigen.

Die Pferdezuchtanstalten sind wichtiger als landwirtschaftliche Betriebe. Es hat der Herr Bundesminister darauf hingewiesen, daß er auf dem Gebiete der Pferdezucht Ersparungen durchgeführt hat. Ich nehme das dankbar zur Kenntnis und stelle mit Genugtuung fest, daß die Kritik, die wir schon seit Jahren an der Wirtschaft in den Pferdezuchtanstalten üben, doch nun zu einem, wenn auch kleinen, positiven Erfolge geführt hat. Aber auch gegenwärtig haben diese Pferdezuchtanstalten trotz der Ersparungen, die durchgeführt worden sind, nach dem Titel 4 im Voranschlag ein Defizit von 14 Milliarden Kronen im Jahr. Ich bin einigermaßen skeptisch gegen die Ziffern, die uns über die Pferdezuchtanstalten vorgelegt werden, denn auch im vergangenen Jahre war das Defizit weit geringer angegeben, als es wirklich gewesen ist. Den Pferdezuchtanstalten werden diese Zuschüsse vom Finanzministerium glatt bewilligt, während für die landwirtschaftliche Produktion wirklich wichtige Betriebe, angeblich aus Ersparungsgründen, aufgelassen werden.

Es hat uns der Herr Kollege Urfin zwar erzählt, wie wichtig die Zucht von arabischen und Vollblutpferden für Österreich ist und wie viel davon abhängt, daß wir solche Pferde in das Ausland exportieren. Die bisherigen praktischen Ergebnisse der Wirtschaft in den Pferdezuchtanstalten sind aber, daß nahezu gar keine Luxusperde an

das Ausland exportiert worden sind, sondern daß die Pferde, die mit viel Kosten herangezüchtet werden, von den Mitgliedern des Jockeiklubs für ein Spottgeld erworben werden. *(Sehr richtig!)* Ich will da nur erinnern an das Ergebnis der Jährlingslizitation im November 1922. Wenn man sich die Ergebnisse dieser Lizitation vergegenwärtigt, muß man sagen, daß wahrhaftig viel Phantasie dazugehört, um die volkswirtschaftliche Bedeutung der Pferdezuchtanstalten erkennen zu wollen. Wir sind nicht dagegen, daß Nutzpferde gezüchtet werden und daß unserer Landwirtschaft hochwertiges Zuchtmaterial zur Verfügung gestellt wird, aber daß unsere Landwirte ausgerechnet Araber- und Vollblutpferde brauchen, vermag ich wirklich nicht einzusehen und das wird auch Herr Dr. Ursin nicht ernsthaft behaupten wollen.

Die Auflassung des Waldbhofes ist erfolgt, trotzdem der landwirtschaftliche Ausschuß einstimmig, also auch die Vertreter der Christlichsozialen und der deutschnationalen Partei, beschlossen haben, den Waldbhof nicht aufzulassen, vom Pachtvertrage nicht zurückzutreten, sondern im Namen des Bundes in Bewerbung um dieses Gut im Wiederbesiedlungsverfahren zu treten. Das Finanzministerium hat sich einfach über den Willen des landwirtschaftlichen Ausschusses hinweggesetzt und es liegt hier eine grobe Mißachtung des Parlaments, eine grobe Mißachtung eines einstimmigen Beschlusses vor. Wenn die Herren das nachträglich decken, so haben Sie das vor sich selbst, vor ihrem Gewissen und auch vor ihren Wählern zu verantworten, die durch die Auflassung des Waldbhofes schwer geschädigt werden.

Für die Pferdezuchtanstalten wird überhaupt eine sehr umfassende Propaganda betrieben. Wenn man in die Details dieser Propaganda hineinleuchten würde, würde sich noch deutlicher zeigen, wie notwendig es ist, daß man sich gegen diese dort herrschende Wirtschaft wendet; denn es wäre für eine gute Sache ein solcher Aufwand von Propaganda, wie sie da betrieben wird, wahrscheinlich nicht notwendig. Man gibt an Freunde der Gestüte und an solche, die ehemals Gegner der Gestüte waren und sich in Freunde bekehrt haben, unentgeltlich oder für einen geringen Preis Pferde ab, man treibt . . . Schütteln Sie nicht den Kopf, sonst wäre ich gezwungen, die Antwort des Herrn Bundesministers vorzulesen. *(Zwischenrufe.)* Wenn es eine gute Sache wäre, die hier zu verteidigen ist, würden solche Mittel nicht notwendig sein.

Wir fordern gesetzliche Schutzmaßnahmen der Kleinbauern und Kleinpächter. Insbesondere fordern wir ein dauerndes Pächterschutzgesetz. Der Pächterschutz geht ja hauptsächlich auf einen Antrag der Sozialdemokraten zurück. In der Konstituierenden National-

versammlung hat der Abg. Gröger u. Gen. den Antrag gestellt, daß die Bestimmungen der Mieterschutzverordnung sinngemäß auch auf die landwirtschaftlichen Pachtverhältnisse Anwendung zu finden haben. Auf Grund dieses Antrages ist dann die Pächterschutzverordnung erlassen worden. Wir führen seither einen hartnäckigen und zähen Kampf, diesen Pächterschutzvertrag in ein dauerndes Gesetz umzuwandeln, und stoßen dabei auf den schärfsten Widerstand gerade derjenigen Herren in diesem hohen Hause, die sich hier als die Vertreter der gesamten Bauernschaft, also auch der Kleinbauern auszugeben belieben. Im vorigen Jahre wurde der sozialdemokratische Gesetzesentwurf im landwirtschaftlichen Ausschuß abgelehnt. Die Herren haben erklärt: Der Krieg ist aus, es ist nun alles frei, es soll auch der Pachtvertrag auf Grund und Boden frei sein. Auf der agrarischen Woche — nicht auf der, die gegenwärtig stattfindet *(Heiterkeit)*, sondern auf der, die schon vor einigen Wochen stattgefunden hat — haben Sie sich auch ein Referat über die Bodenreform ersiessen lassen und es ist dort eine Resolution beschlossen worden, wonach der Pächterschutz verlängert und wieder auf mindestens fünf Jahre ausgedehnt werden soll. Wir nehmen zur Kenntnis, daß die Herren gegenüber dem Vorjahr etwas zugelehrt haben. Sie erkennen bereits an, daß eine kurzfristige Verlängerung des Pächterschutzes nicht im Interesse unserer Produktion gelegen ist, weil bei kurzfristigen Pachtverträgen Investitionen und Bodenverbesserungen von vornherein ausgeschlossen sind. Wir nehmen aber auch zur Kenntnis, daß die Herren, die im vergangenen Jahre den Pächterschutz überhaupt beseitigen wollten, heuer bereits erwägen, ob es nicht zweckmäßiger wäre, den Pächterschutz auf fünf Jahre auszu dehnen. Es scheint mir, daß die Tatsache des Bestandes der freien Vereinigung der Kleinbauern und landwirtschaftlichen Pächter doch nicht ohne Wirkung geblieben ist. Sie fühlen es bereits, wie sich Ihre eigenen Reihen lichten, wie Kleinbauern und Pächter angesichts Ihrer Haltung Ihren Parteien den Rücken kehren und dazu kommen, selbst ihre Interessen zu vertreten. Weil diese Tatsache bereits wirksam wird, erwägen Sie heute schon, ob sie es noch wagen dürfen, den Pächterschutz zu beseitigen. Wir werden dafür sorgen, daß unsere Kleinbauern und Pächtervereinigung bald alle Kleinbauern und Pächter umfaßt, und ich garantiere, daß dann das dauernde Pächterschutzgesetz Wirklichkeit werden wird.

In der Konstituierenden Nationalversammlung sind diese Anträge auf Enteignung der Pachtgründe gestellt worden, die ich schon in einem anderen Zusammenhange charakterisiert habe, und auf Grund eines sozialdemokratischen Antrages ist es dann zu Verhandlungen über diese Frage gekommen. Herausgekommen ist das Luftkutschenabzugs-gesetz, ein

Gesetz, das sich auf einen kleinen Kreis von Fällen beschränkt und so einfach ist, daß es wirklich rasch durchgeführt werden könnte. Um eine rasche Durchführung des Lustkuehngesetzes zu gewährleisten, ist ein besonderer Kommissär im Ackerbauministerium mit der Durchführung betraut worden. Das Gesetz ist nun ungefähr zwei Jahre in Wirksamkeit, bis heute ist aber noch keine einzige Lustkuehe auf Grund dieses Gesetzes abgelöst worden. Ich möchte schon dringend bitten, daß das Ministerium dieser Frage sein Augenmerk zuwende und dafür Sorge trage, daß die Durchführung dieses so einfachen Gesetzes, die im Interesse so vieler kleiner Existenzen besonders im Osthergebirge gelegen ist, endlich erfolge.

Wir haben schon vor zwei Jahren einen Antrag auf Umwandlung des Gemeindevermögens in Gemeindefammmvermögen gestellt und wir wollen mit diesem Antrage die Ungerechtigkeit beseitigen, die es in vielen Gemeinden gibt, daß nur ein Teil der Gemeindefammmen, die Nachkommen der ehemaligen Urbesitzer, nuzungsberechtigt am Gemeindegute sind. Dieser Antrag, der sachgemäß dem landwirtschaftlichen Ausschusse zugewiesen werden sollte, ist in einer Kampfabstimmung dem Verfassungsausschusse zugewiesen worden. Im Verfassungsausschusse liegt dieser Antrag nun nahezu zwei Jahre, er kann nicht zur Verhandlung kommen, weil die Mehrheit des Verfassungsausschusses seine Verhandlung nicht zuläßt. Sie haben es nicht gewagt, die Sabotage dieses Antrages im landwirtschaftlichen Ausschusse zu treiben, weil sich dort die bürgerlichen, die christlichsozialen und großdeutschen Vertreter der Kleinbauern hätten demaskieren müssen. Im Verfassungsausschusse, dem städtische Vertreter, dem Juristen und Advokaten angehören, können sich die Herren diesen Luxus leisten; die Vertreter der Agrarier aber werden schon irgendeine demagogische Ausflucht finden, warum diese Sache nicht gemacht worden ist. So oft wir auf diese Sache zu sprechen kommen, schicken Sie uns Herrn Jutz aus Vorarlberg, der nachweist, daß dieses Gesetz auf Vorarlberg nicht passe. Ich habe Briefe und Petitionen mit einer Reihe von Unterschriften von Interessenten aus Vorarlberg, die das Gegenteil beweisen. Aber selbst wenn das zutreffen würde, was Herr Jutz immer behauptet und was nach meiner Meinung nicht zutrifft, so müßte es doch leicht möglich sein, in dem Gesetz Ausnahmsbestimmungen für das kleine Land Vorarlberg zu treffen. Aber es kann das kein Grund sein, die übrigen Länder, wo diese Verhältnisse ziemlich häufig vorkommen, und insbesondere die Gemeinden, die daran interessiert sind, schwer zu schädigen.

Wir haben vor ganz kurzer Zeit dem hohen Hause einen Gesetzentwurf vorgelegt, der die Anforderung und Zwangsverpachtung von schlecht oder nicht bewirtschafteten Grundstücken zum Gegenstande

hat. Wenn Sie die Hebung der landwirtschaftlichen Produktion wollen, das heißt wenn Sie wollen, daß auf unserem Grund und Boden so viele Güter erzeugt werden, als wirklich erzeugt werden können, dann müssen Sie für dieses Anforderungsgesetz stimmen. Es ist weit, weit nicht so radikal und es ist dem Eigentum lange nicht so gefährlich — denn es sollen diese Gründe nicht enteignet, sondern nur an Kleinbauern verpachtet werden — als beispielsweise der Pachtgrundenteignungsantrag Hauzeis und Genossen, der in der Konstituierenden Nationalversammlung gestellt worden, dann aber von Ihnen in Stich gelassen worden ist.

An den Obmann des landwirtschaftlichen Ausschusses möchte ich von dieser Stelle aus das dringende Ersuchen richten, daß er möglichst bald diesen Ausschuss einberufe und dafür Sorge trage, daß erstens der sozialdemokratische Antrag auf ein dauerndes Pächterschutzgesetz, zweitens der sozialdemokratische Antrag auf Anforderung schlecht oder nicht bewirtschafteter Grundstücke und drittens der sozialdemokratische Antrag auf Aufhebung der Siebigkeiten und Naturalleistungen an Kirchen, Pfarren und Mesnerereien zur Verhandlung komme.

Verschiedene Redner in der Debatte haben einen anderen demagogischen Wahlzylinder zu konstruieren versucht, indem sie behauptet haben, daß sich die Sozialdemokraten gegen die Nuzungsrechte der Kleinbauern wehren. Es hat bereits Kollege Witternigg den Sachverhalt festgestellt. Es ist so, daß bei den staatlichen Forsten Nuzungsberechtigungen bestehen, die heute nicht mehr gerechtfertigt sind, und daß diese Nuzungsberechtigungen für den Staat einen Aufwand von 230.000.000 K im Jahre bedeuten. Sie sanieren, meine Herren, Sie ersparen, Sie bauen auf allen Gebieten ab, Sie werfen die Angestellten auf die Straße — Sie müßten also denn doch auf die sozialdemokratische Anregung eingehen, zu überprüfen, ob es nicht Nuzungsberechtigte gibt, die aus den Staatsforsten fast unentgeltlich große Mengen Holz beziehen, denen dieses Recht nach der Urkunde gar nicht mehr zukommt, denen dieses Recht gestrichen werden kann. Wenn man da hört, daß die Besitzer ehemaliger Brauereien, die aufgelassen sind, von Mühlen usw., die heute nicht mehr bestehen, unentgeltlich Holz beziehen, so können Sie doch nicht sagen, daß der Kampf der Sozialdemokraten gegen diesen Mißbrauch der Nuzungsrechte ein Kampf gegen die Kleinbauern ist.

Wie wenig richtig das ist, kann ich Ihnen auch noch an einer anderen Tatsache beweisen. Es ist im Februar im landwirtschaftlichen Ausschusse ein Antrag Weigl und Genossen, betreffend die Regelung des Waldstreubezuges aus den Staats- und Privatforsten zur Verhandlung gestanden. Wenn die Sozialdemokraten die Stellung in dieser Frage

einnehmen würden, die heute verschiedene Redner den Sozialdemokraten unterschoben, so hätten wir den Antrag Weigl bekämpfen müssen. In Wirklichkeit haben die Sozialdemokraten den Antrag Weigl verbessert und ausgedehnt und es ist ausschließlich unseren Anträgen zuzuschreiben gewesen, daß nun in dieser Resolution nicht nur vom Waldstreubezug, sondern auch vom Holzbezug die Rede ist und daß gefordert wird, daß Holz und Waldstreu in ausreichender Menge vor allem für die Kleinbäuerlichen Besitzer und sonstige Bedürftige gegen angemessene Preise sichergestellt werden, und zwar nicht nur aus den Bundes-, sondern auch aus den Gemeinde- und Privatforsten.

Dieser Antrag ist im März auch im Nationalrate beschlossen worden und ich möchte nun an den Bundesminister für Landwirtschaft die Frage richten, was bisher das Landwirtschaftsministerium zur Durchführung dieses Antrages getan hat. Denn damit ist den Kleinbauern und den Bedürftigen auf dem Lande draußen nicht geholfen, wenn hier eine schöne Resolution beschlossen wird. Sie verlangen und sie fordern auch mit Recht, daß die Beschlüsse des Parlaments, die in ihrem Interesse gefaßt wurden, auch durchgeführt werden. Vielleicht ist der Bundesminister für Landwirtschaft so freundlich, uns darüber noch Aufschluß zu geben. Jedenfalls steht fest, daß die Behauptung, daß die sozialdemokratische Partei sich gegen die Nutzungsrechte der Kleinbauern wendet, vollständig aus der Luft gegriffen ist und zu den Tatsachen in einem schreienden Widerspruche steht.

Immer wieder, wenn das Kapitel „Landwirtschaft“ zur Behandlung steht, wird von der Mehrheit dieses Hauses den Sozialdemokraten der Vorwurf gemacht, daß sie auf dem Lande draußen die Leute verheizen und den Klassengegensatz aufs Land hinaustragen. Der Klassengegensatz ist keine Erfindung der Sozialdemokraten, sondern eine reale Tatsache, die sich aus den wirtschaftlichen Verhältnissen ergibt. Wir Sozialdemokraten tragen lediglich dazu bei, daß der Klassengegensatz auch den kleinen Leuten auf dem Lande zum Bewußtsein kommt und sie so befähigt, ihr Klasseninteresse so energisch, so zielbewußt zu vertreten, wie die besitzenden Klassen auf dem Lande und in der Stadt ihr Klasseninteresse schon längst vertreten. Wir haben etwa eine halbe Million Häusler und Kleinbauern in Österreich, die kaum 7 Prozent der landwirtschaftlich nutzbaren Grundfläche besitzen. Dieser halben Million von Kleinbauern stehen einige hunderttausende Großbauern und Großgrundbesitzer gegenüber, die mehr als 90 Prozent der gesamten Grundfläche zu eigen haben. Sie werden begreifen, daß zwischen den wirtschaftlichen Interessen der einen und der anderen Gruppe ein Unterschied, ein Gegensatz besteht. Die wirtschaftliche Macht auf dem Lande ist in den Händen der Großbauern und der Großgrundbesitzer, die

heute die Kleinbauern und Häusler auch politisch beherrschen und rücksichtslos mit den Mitteln des Terrors, wenn die Überredung nicht verfängt, in ihre Gefolgschaft zwingen. Sollen sich die Kleinen auf dem Lande gegen den wirtschaftlichen Druck wehren, so ist die Voraussetzung, daß ihnen der bestehende Klassengegensatz zum Bewußtsein kommt, und daß das geschieht, dafür werden wir Sozialdemokraten sorgen. Erst wenn sich die Kleinbauern und Häusler ebenso wie die landwirtschaftlichen Arbeiter aus der wirtschaftlichen und geistigen Vormundschaft und der politischen Abhängigkeit der Großbauern und Großgrundbesitzer befreit haben, wird die Bahn frei sein für den wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg unseres Landvolkes, der sich so wie der Aufstieg des gesamten arbeitenden Volkes nur im Zeichen des Sozialismus vollziehen kann. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen. — Während der vorstehenden Ausführungen hat Präsident Seitz den Vorsitz übernommen.)*

Forstner: Hohes Haus! Die Herren Abg. Niedrist und Reich haben gegen die Gemeinde Wien im Zusammenhange mit der landwirtschaftlichen Betriebsgesellschaft, die den Pachtvertrag mit dem Kriegsbeschädigtenfonds abgeschlossen hat, den Vorwurf erhoben, als wäre der Vertrag so schlecht und so zuungunsten des Kriegsbeschädigtenfonds abgeschlossen, daß dadurch die Kriegsinvaliden, die Witwen und Waisen schwer geschädigt werden. Die erfolgten Angriffe sind auf den Bericht eines Beamten des Kriegsbeschädigtenfonds zurückzuführen, auf den die Betriebsgesellschaft in einem 17 Seiten langen Elaborat geantwortet hat, und der Herr Minister Reich war zu dem Zeitpunkt, als er hier zu der Sache Stellung nahm, schon einige Tage im Besitze des Elaborats des Herrn Dr. Willer. *(Dr. Resch: Nein!)* Sie sind im Besitze dieses 17 Seiten langen Elaborats. Es ist Ihnen zugesandt worden, und wenn Sie es zur Stunde noch nicht haben, dürfte es irgendwo bei Ihnen im Bureau oder zu Hause liegen. Tatsache ist, daß in diesem Elaborat alle vorgebrachten Behauptungen widerlegt worden sind. Tatsache ist auch, daß der Vertrag nicht so schlecht sein kann, weil die Firma Dreher mit dieser selben Gesellschaft fast den ganz gleichen Vertrag abgeschlossen hat und man der Firma Dreher gewiß nicht nachsagen kann, daß sie in bezug auf die Abwicklung geschäftlicher Angelegenheiten weniger Erfahrungen besitzt als jene Personen, die den Vertrag für den Kriegsbeschädigtenfonds abgeschlossen haben. Übrigens ist dem Vertragsabschluß der Herr Präsident Dr. Weiskirchner nicht allzu ferne gestanden, er hat davon gewußt. An dieser Gesellschaft sind mit Kapital beteiligt: Zu einem Drittel die Gemeinde, zu einem Drittel der Bund selbst und zum dritten Drittel der Kriegsbeschädigtenfonds. Die Verwaltung ist so zusammengesetzt ... *(Dr. Resch:*

Darum handelt es sich nicht! Was bekommt der Kriegsgeschädigtenfonds als Pachtzins? Nichts!) Was er an Pachtzins bekommt? Er bekommt den Pachtzins, der hier vertragsmäßig festgelegt ist, in einem Vertrag, den Ihre Herren mitunterfertigt haben, den jene Herren auch unterfertigt haben, welche ihn heute anfechten. (*Dr. Resch: Das ist ganz gleichgültig, aber ich werde dafür sorgen, daß dieser Pachtvertrag, weil er ganz ungerecht ist und die Kriegsgeschädigten schädigt, aufgehoben wird!*) Der Kriegsgeschädigtenfonds bekommt nicht nur jenen Pachtzins, der vertragsmäßig festgesetzt ist, sondern überdies noch jenen, welcher auf Grund des Pachtvertragsänderungsgesetzes vom 20. Februar 1922 zugesichert worden ist. Ich werde später noch einzelne Stellen davon verlesen. Daraus geht hervor, daß von einer Schädigung in dem Sinne, in welchem Sie sie behaupten, als ob die Gemeindeverwaltung von Wien gewissermaßen absichtlich den Kriegsgeschädigtenfonds benachteiligen und ihm etwas vorenthalten würde, was ihm gebührt, nicht richtig ist. Die Geschäftsführung ist aufgeteilt zu je einem Drittel: auf einen Vertreter des Bundes, einen Vertreter des Kriegsgeschädigtenfonds und einen Vertreter der Gemeinde Wien und die Vertreter der Gemeinde Wien sind vom Bund für diese Stellen ernannt. Ich weiß also nicht, Sie fechten hier einen Pachtvertrag an, einen auch durch Ihre Herren abgeschlossenen Pachtvertrag, und anstatt daß Sie jene Stellen auffuchen, die kompetent sind, um beurteilen zu können, ob ein solcher Vertrag weiterbestehen oder aufgelöst werden soll, kommen Sie hieher ins Parlament und erheben gewissermaßen Angriffe gegen die Gemeinde Wien. Dagegen müssen wir uns verwahren, daß Sie aus dem Vertrag jene Seiten heransuchen, um die der Vertrag oder einzelne Teile des Vertrages gekürzt werden können, wenn der eine oder andere Gesellschafter aus diesem Gesellschaftsvertrag herauskommt. Sie bringen aber die Sache hieher ins Parlament, obwohl Sie wissen, wie die Sache steht, und erheben gewissermaßen Angriffe, als ob die Gemeinde Wien den Kriegsgeschädigtenfonds und die Witwen und Waisen schädigen würde. Es scheint mir, als ob den Herren, die hier Angriffe erhoben haben, weniger darum zu tun ist, daß ein neuer Vertrag abgeschlossen wird, als darum, ein Wahlpostulat und Agitationsmaterial zu schaffen, um draußen sagen zu können: So schädigt die Gemeinde Wien die armen Kriegsgeschädigten, so schädigt die Gemeinde Wien die armen Witwen und Waisen! Darauf scheint die Sache hinauszulaufen und deshalb wollen wir hier die Sache in aller Offenheit und Klarheit besprechen, denn unsere Partei und die Gemeinde Wien haben keinen Grund, das Licht der Öffentlichkeit in dieser Sache zu scheuen, sondern offen soll hier alles dargelegt werden. Übrigens, was die Verwaltung anbe-

langt — um auf das zurückzukommen, was der Abg. Niedrist gesagt hat —, so sei konstatiert, daß der Rektor der Hochschule für Bodenkultur ein Gutachten darüber erstattet hat, daß die Verwaltung gut geführt wird. (*Zwischenruf Partik.*) Aber, Herr Partik, Sie sind ein Kaufmann und verstehen von den Dingen nicht gar viel. (*Heiterkeit.*) Seien wir also lieber beide . . . (*Zwischenrufe.*) Einen Moment! Über das Sachliche, über das, was den landwirtschaftlichen Betrieb anlangt, schweigen wir lieber beide, weil wir keiner von uns etwas davon verstehen (*Heiterkeit*), reden wir von der andern Frage. (*Zwischenruf Partik.*) Schauen Sie, ich muß dem Rektor der Hochschule für Bodenkultur in dieser Frage eher glauben als Ihnen, Herr Kollege! Das sind ja keine Weinberln und keine Zibeben (*Heiterkeit*), das sind ernste Dinge. (*Zwischenruf Partik.*) Dann haben Sie die Weinberln schon vorher herausgenommen. Schauen Sie, daß wir darauf zu sprechen kommen! Es wird immer von Erträgen gesprochen. Sicher ist, daß das Ertragnis dieser Pachtgüter heute bedeutend höher ist, als es in den vorhergehenden Jahren, insbesondere im ersten und zweiten Jahre des Bestandes des Vertrages gewesen ist. Die Güter wurden in einem derart desolaten Zustand übernommen, daß die Gemeinde Wien Hunderte von Millionen Kronen darauf verwenden mußte, um nur überhaupt irgendwie die Möglichkeit in die Hand zu bekommen, die Güter ertragnisreich gestalten zu können. Man kann daher nicht jetzt, nachdem die Gemeinde Wien die Güter ertragnisreich gestaltet hat . . . (*Partik: Ertragnisreich?*) Wir werden darüber reden, schwarz auf weiß. Warten Sie! Regen wir uns nicht auf! Schwarz auf weiß liegt es ja da, Herr Kollege! Da liegt es ja, schwarz auf weiß! (*Zwischenrufe.*) Ich bitte, ich will Ihnen jetzt nur einzelnes aus dem Elaborat zur Verlesung bringen, woraus Sie deutlich ersehen, wie sehr Sie unrecht gehabt haben, gegen die Gemeinde Wien und unserer Partei einen derartigen Vorwurf zu erheben, wie wenig recht Sie gehabt haben, diese Sache hier in diesem Hause bei dieser Gelegenheit vorzubringen. Es wird hier gesagt (*liest*): „Das oben erwähnte Elaborat stützt sich auf den Vertrag vom 13. September 1919 sowie das auf Grund des Pachtveränderungsgesetzes vom 20. Februar 1922 vor der Magistratsdirektion für die restliche Pachtvertragsdauer mündlich geschlossenen Nachtragsvereinbahrungen, welches in einem allseits gefertigten“ — es haben also alle Herren den Vertrag unterfertigt und daher können Sie nicht gegen die Rathausverwaltung allein ihre Angriffe erheben — „in einem allseits gefertigten Amtsvermerk bei der Magistratsdirektion festgehalten wurde und an welchem der Verfasser der obigen Kritik selbst mitgewirkt hat.“

Der Herr vom Kriegsgeschädigtenfonds, der hier so heftig kritisiert hat und dessen Ziffern und

Darlegungen für den Minister Resch und den Abg. Niedrist maßgebend gewesen waren, hat an diesem Vertragsentwurf selbst mitgewirkt und hat ihn selbst unterfertigt. Der Vertrag besteht zu Recht, ist zivilrechtlich unanfechtbar und er hat daher gar nicht hiehergehört, wenn Sie nicht ein Postulat für die künftigen Wahlen schaffen wollen. (Dr. Resch: Wenn der Morawitz nicht angefangen hätte!) Der Niedrist hat die Sache angefangen. Ich sehe jetzt erst, woher der Abg. Niedrist die Ziffern gehabt hat. Er hat sie aus diesem Elaborat gehabt. Ich habe mich ohnehin gewundert, wieso der Niedrist über die ganzen Verhältnisse der beiden Pachtgründe in Orth so gut informiert ist. Was er darüber vorgebracht hat, ist nicht seiner Initiative entsprungen, sondern er hat das von hier abgeschrieben. Schon wie er das verlesen hat, habe ich ihm zugerufen, er hätte es sich von dem Herrn, der es ihm aufgeschrieben hat, deutlicher aufschreiben lassen sollen, weil er es nur schwer lesen konnte. Später, wie Herr Dr. Resch berichtet hat, habe ich schon gewünscht, daß Sie ihm die Notizen gemacht haben. (Zustimmung.)

Es heißt hier nun weiter (liest): „Referent führt nur den neben der anteiligen Steuerquote geleisteten Umfang des in Getreide ausgedrückten Flächenzinses richtig an.“ (Dr. Resch: Jetzt komme ich mit den Kamillen!) Kommen Sie nur mit den Kamillen; wir haben noch schärfere Mittel; Kamillen braucht man nur für die Kinder, aber wir haben schärfere Mittel für gewesene Minister. Es heißt hier weiter (liest): „Er erwähnt jedoch nicht die mit dem Pachtvertrage verknüpften Lasten und die darüber hinaus ausdrücklich vereinbarten Zinsleistungen der Pächterin in Form einer 50prozentigen Beitragsleistung zur erstmaligen Instandsetzung der restlichen Wirtschaftsgebäude, welche Eigentum des Kriegsgeschädigtenfonds sind und bleiben, eine Leistung, welche in allen Pachtverträgen normalerweise dem Verpächter zukommt. Die Kritik berücksichtigt ferner weder die durch die Verhältnisse geschaffenen wirtschaftlichen Notwendigkeiten, noch die sonstigen, dem Kriegsgeschädigtenfonds zugute kommenden Leistungen und Verpflichtungen der Pachtgesellschaft, welche besonders in der mit großen Investierungskosten verknüpften Meliorierung des gesamten, durch den Krieg ausgeplünderten und vernachlässigten Pachtobjekts und in der Übernahme des ganzen Personals unter belastenden Bedingungen liegen.“ . . . „Um kein Mißverständnis aufkommen zu lassen, wird ausdrücklich erklärt, daß ein Teil der übernommenen Beamten und Angestellten in seinen Leistungen und seiner Verwendbarkeit voll befriedigt und wertvolle Mitarbeit leistet. Andererseits sind wir gezwungen eine Reihe weniger verwendbarer Beamter und manueller Arbeiter ohne Abbaumöglichkeit zu verwenden. Es scheint in Ver-

geffenheit geraten zu sein, unter welchen Umständen hinsichtlich Sicherheit und Kapitalaufbringung die Übernahme der Pachtung erfolgte und in welchem Zustande sich das gesamte Objekt damals befand. Wir haben anlässlich der ersten Generalversammlung berichtet, daß im Sommer 1919 zirka 150 Hektar Felder vollständig unbebaut übernommen wurden, daß Gebäude und Felder verarmt und vernachlässigt, die Felder stark verunkrautet waren. Die Felberträge des Übernahmejahres 1919 betrugen beim Getreide im Mittel 60 bis 70 Prozent, bei Rübe sogar nur 30 bis 40 Prozent des mittleren Friedensertrages.

Gegenüber einem Friedensstande des Pachtobjekts von rund 1650 Rühen weist der übergebene Viehstand nur 410 Stück Milchvieh oder inklusive des auf Milchvieh umgerechneten Jungviehes zirka 550 Stück, also etwa 35 Prozent des normalen Standes aus.

Die übergebenen Ziegen, welche während des Krieges und in der Zeit der staatlich beschränkten Aufmilchverwendung für die Belieferung der Angestellten der Habsburg-Lothringischen Vermögensverwaltung eingestellt waren, bildeten nur eine Belastung des Betriebes und mußten aus diesem Grund und wegen vorhandener Tuberkulose abgeschafft werden.

Zur Würdigung des übergebenen toten Inventars muß im Gegensatz zur Kritik betont werden, daß zwar die Stückzahl des Maschineninventars annähernd ausreichte, der Zustand jedoch absolut unzureichend war. Ganz besonders gilt dies von den Transportwagen und Geschirren. Bei den Dampfpflügen müssen schon heute von uns die Feuerbögen mit großen Kosten ausgewechselt werden; auch die für die große Fläche vorhandenen zwei Matorpflüge mußten von uns erst instand gesetzt und gebrauchsfähig gemacht werden. Während meistens die Pächter das Inventar käuflich übernehmen, ist in unserem Falle — den Sie so ungünstig hinstellen — „dem Verpächter die Erhaltung der Inventarwerte bei Pachtausgang in natura, also im Goldwerte, und zwar voraussichtlich in einer besseren Qualität, gesichert.“

Sie kriegen alles im Goldwert zurück, es ist ganz falsch, was Sie behauptet haben, Herr Minister!

Noch etwas (liest):

„Die Valorisierung der Verzinsung seit Unterschrift des Pachtvertrages ist dem Kriegsgeschädigtenfonds von uns bereits unter gewissen Voraussetzungen freiwillig angeboten worden. Für die Gebäude mußten neben den Aufwendungen des Fonds unsererseits bereits sehr große Aufwendungen gemacht werden und auch in letzter Zeit traten zahlreiche neue Schäden auf, deren Gutmachung uns nun allein trifft.

Die durchwegs in sehr schlechtem Zustand übernommenen Wirtschafts- und Wohngebäude, deren dauernde Instandhaltung uns allein auferlegt ist, bildet bei den gegenwärtig abschreckend hohen Kosten aller Bauarbeiten eine außerordentlich große Belastungspost. Wir müssen daher in vielen Fällen Schäden auf unsere Kosten beheben, die nachweislich vor der Pachtübernahme entstanden sind."

"Es ist selbstverständlich" — ich lese nur die markantesten Stellen —, "daß das Objekt heute, nachdem die erwähnten Risiken größtenteils beseitigt und von uns getragen worden sind, zu wesentlich günstigeren Bedingungen verpachtet werden könnte" — wird zugegeben! Natürlich, weil das Geld der Gemeinde Wien schon darin steckt, Hunderte von Millionen Kronen — "eine Verwirklichung wäre natürlich während der Dauer des Pachtvertrages nur möglich unter Zustimmung sämtlicher drei Gesellschafter und auf Kosten der von allen drei Gesellschaftern gemeinsam investierten Betriebsmittel und gemeinsam geleisteten Meliorationsarbeiten. Immerhin ist zu betonen, daß die von dem Kritiker erwähnten Sätze weitaus zu hoch gegriffen sind, wenn alle Lasten übernommen werden sollen."

Die Gesellschaft hatte sich auch freiwillig bereit erklärt, die zweite Hälfte der jetzt bestehenden Steuern auf sich zu nehmen. Und es wurde hier so dargestellt, als ob die Gemeinde Wien weiß Gott wie den Kriegsinvalidenfonds und die Kriegsinvaliden geschädigt hätte. Tatsache ist, daß der Nutzungsgenuß aus diesen gepachteten Gütern der Bevölkerung Wiens zugute kommt, in Form der Belieferung mit Milch und früher auch in Form der Belieferung von Gemüse.

Es stellt sich die ganze Sache — ich kann mir nicht helfen, ich muß das abermals konstatieren — als ein bei den Haaren herbeigezogenes Manöver dar, um für die nächsten Wahlen Stimmung zu machen. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Finanzminister Dr. Kienböck: Hohes Haus! Ich war letzten Samstag in der Lage, der Öffentlichkeit gewisse Mitteilungen über die Völkerbundanleihe zu machen. Es war nicht möglich, diese Mitteilungen, die wir eben erst veröffentlichen konnten, zuerst dem hohen Hause vorzulegen und darum haben wir sie im Wege der Presse der Öffentlichkeit bekanntgegeben. Es wird aber richtig sein, heute dem hohen Hause einige Mitteilungen zu machen, welche noch einiges von dem, was in den Mitteilungen an die Presse enthalten und vielleicht im Zusammenhange nicht klar genug war, zu ergänzen.

Die Völkerbundanleihe ist in folgenden Abschnitten gesichert — ich nenne die Beträge zunächst im Nennwert in englischen Pfunden und werde daran die weiteren Mitteilungen knüpfen —: Die österreichische Tranche beträgt 2,807.700 Pfund,

die 13 Millionen Dollars in Pfund umgerechnet, Belgien 294.100 Pfund, die Tschecho-Slowakei 3,573.000 Pfund, Frankreich 2,659.000 Pfund, Holland 250.000 Pfund, Italien 1,905.000 Pfund, die Schweiz 972.700 Pfund — ich bemerke, daß es sich hier um die Tranche der Völkerbundanleihe handelt, welche in der Schweiz aufgelegt wird, unabhängig von dem Betrage, den die Schweizer Regierung der österreichischen Regierung als Ersatz für die Garantie zugesichert hat —, Schweden 760.000 Pfund, Vereinigte Staaten von Amerika 5,400.000 Pfund, Großbritannien 14,002.000 Pfund. Zusammen Nennwert 32,623.500 Pfund.

Wieviel der effektive Erlös aus der Begebung dieser im Nennwert ausgedrückten Papiere ausmacht, hängt natürlich von dem Begebungskurs ab und der Begebungskurs hängt wieder von der Verzinsung ab. Je niedriger die Verzinsung in einem Land ist — es ist dem hohen Hause und der Öffentlichkeit bekannt, daß wegen der Verschiedenheit der Lage auf den einzelnen Kapitalmärkten der Zinsfuß nicht in gleicher Höhe gewählt werden konnte —, wo also, sage ich, die Anleihe mit einer niedrigeren Nominalverzinsung ausgegeben wird, drückt sich das natürlich in einem niedrigeren Begebungskurs aus. Was ist nun über den Zinsfuß zu sagen? Diesbezüglich gilt, daß die Richtschnur eingehalten werden mußte und eingehalten wurde, die von dem österreichischen Kontrollkomitee aufgestellt und genehmigt worden ist. Diese Richtschnur ging dahin, daß die effektive Verzinsung durchschnittlich $7\frac{3}{4}$ Prozent zu betragen hatte. Ich möchte vorweg bemerken: Es sind einige nicht auf vollem Verständnis beruhende Mitteilungen und Bemerkungen über diesen Punkt in der Öffentlichkeit gemacht worden. Ich werde den Herren sehr leicht den Beweis erbringen können, daß diese Verzinsung im Verhältnis zu den allgemein geltenden Zinsen eine außerordentlich günstige ist. Dies ist um so einleuchtender, hohes Haus, als die Garantiestaaten, die zu nicht nur für den Hauptbetrag, für das Kapital, sondern auch für die Zinsen eine Garantie zu leisten haben und leisten, ein Interesse daran gehabt und es auch betätigt haben, den Zinsfuß nach Möglichkeit niedrig zu halten. Wir haben daher in diesem Punkte die Assistentz aller dieser Mächte, insbesondere die mächtige Assistentz der Bank von England gehabt, wo sich ja auch die genauesten Informationen über die Zinsfußverhältnisse konzentrieren. Ich konnte also die volle Beruhigung haben — und es hat sich gezeigt, daß sie berechtigt war —, daß wir hinsichtlich der Verzinsung so gut fahren werden, als es jetzt überhaupt möglich ist.

Nun sind die nominellen Zinsen verschieden hoch. Die nominellen Zinsen betragen in England, Holland, Schweiz und Schweden 6 Prozent. Mit

Rücksicht auf diese niedrigen nominellen Zinsen ist natürlich der Begebungskurs niedrig. Er beträgt 80 vom Hundert. In den Vereinigten Staaten ist die nominelle Verzinsung 7 Prozent, der Begebungskurs 90, in Österreich, wie das hohe Haus weiß, der nominelle Zinsfuß 7 Prozent, der Begebungskurs 93, respektive für die Konvertierungen 91 gewesen. In Frankreich dürfte der nominelle Zinsfuß wahrscheinlich $6\frac{1}{2}$ Prozent sein, der Begebungskurs 93. Der durchschnittliche effektive Zinsfuß von $7\frac{3}{4}$ Prozent ist somit erreicht, wobei ich hinzufügen muß, daß dieser durchschnittliche effektive Zinsfuß berechnet ist, ohne die Vorteile in Rechnung zu ziehen, welche durch die Amortisation der Anleihe den Titresbesitzern erwachsen. (Zwischenrufe.) Gewiß, so ist aber die Verzinsung ausgesprochen worden und danach wurden die einzelnen Zinssätze gewählt.

Es wird nun das hohe Haus interessieren, zu hören, wie sich ungefähr das zur Verzinsung anderer Anleihen verhält, und ich will Ihnen diesbezüglich einige Daten mitteilen. (Zwischenruf.) Das kann sich jeder ausrechnen. Die Anleihe wird in 20 Jahren amortisiert und es kann sich jeder ausrechnen, wie das zu nehmen ist. Es liegt mir zum Beispiel über die Begebungen in Amerika eine lehrreiche Zusammenstellung vor. Wir finden da, daß eine belgische Anleihe aus dem Jahre 1921 mit 8 Prozent nomineller Verzinsung zu einem Kurse von $97\frac{3}{4}$ begeben worden ist, also effektiv zu einem Zinsfuß von über 8 Prozent. Die tschecho-slowakische Anleihe aus dem Jahre 1921 mit 8 Prozent nomineller Verzinsung, begeben zu einem Kurse von $88\frac{3}{4}$, ergibt, wie man sich technisch ausdrückt, ein Rendement von 9·08 Prozent. Eine französische Anleihe vom Jahre 1921 hat $7\frac{1}{2}$ Prozent nominelle Verzinsung bei einem Begebungskurs von $93\frac{1}{4}$, Rendement 8·22 Prozent. Verschiedene Anleihen französischer Städte zeigen bei einem nominellen Zinsfuß von 6 Prozent und einem Begebungskurs von $71\frac{1}{2}$ und $76\frac{1}{2}$, ein Rendement von 8·58, respektive 9·34 Prozent.

Das hohe Haus kann daraus entnehmen, daß wir hinsichtlich des Zinsfußes sehr gut gefahren sind, daß wir selbstverständlich nicht die geringste Ansicht gehabt hätten, eine Anleihe auch nur annähernd zu einem solchen Zinsfuß zu begeben, wenn nicht eben außer der Sicherstellung durch die Einnahmen aus Zoll und Tabak die Garantie der Mächte hinzugetreten wäre. Nur dadurch war es für uns möglich — und wir mußten selbstverständlich darauf bedacht sein, diesen Umstand für uns auszunutzen —, diesen Zinsfuß für eine österreichische Anleihe zu erlangen.

Es kommen nun außer den Zinsen gewiß noch Spefen hinzu, welche in den einzelnen Ländern nicht gleich hoch sind, Kommissionsgebühren, welche $1\frac{1}{2}$ bis 3 Prozent betragen, in den Vereinigten

Staaten 4 Prozent. Wir mußten uns selbstverständlich nach demjenigen richten, was in den betreffenden Ländern erreichbar ist, aber auch da wurde mit der größten Sorgfalt vorgegangen und das hohe Haus kann versichert sein, das wir das Günstigste erreicht haben, was sich auf den Kapitalmärkten jetzt erreichen ließ. Ganz genau können wir noch nicht jedes Datum angeben, weil wir zum überwiegenden Teil auf telegraphische Nachrichten angewiesen sind und diesbezüglich die Konfrontierung der Ziffern noch einige Vorbehalte notwendig macht.

Was nun den nutzbaren Erlös der Anleihe anbelangt, so will ich dem hohen Hause folgende Ziffern vorlegen, und zwar in Goldkronen ausgedrückt, damit wir dann auch den Zusammenhang mit dem österreichischen Budget leichter gewinnen. In Goldkronen ausgedrückt, ergibt das Nominale der Völkerbundanleihe, wenn man den Kurs des Pfundes im Verhältnis zur Goldkrone mit 22·849 rechnet, einen Gesamtbetrag von 745,414.000 Goldkronen. Das ist in Goldkronen ausgerechnet das Nominale. Die Herren können die Umrechnung aus den 32 Millionen entsprechend kontrollieren. Effektiv wird der Erlös nach den Daten, die wir besitzen, 605,221.000 Goldkronen sein. Nunmehr diejenigen Beträge, die auf die Rückzahlung und Fundierungen entfallen. Es ist bei diesem Anlasse zu bemerken, daß man sich in der Öffentlichkeit gewundert hat, daß wir unsere Schulden zurückzahlen. Ja, hohes Haus, wer hätte etwas anderes erwartet? Wir müssen selbstverständlich sowohl unsere früheren Schulden zurückzahlen, wie wir wissen, daß wir selbstverständlich die Völkerbundanleihe zurückzahlen müssen. Es handelt sich hier nicht um Bettelien, nicht um Almosen, sondern um geschäftliche Anleihen und wir können in der weiten Welt natürlich nur ernst genommen werden, wenn wir uns voll und ganz und ohne jeden Vorbehalt auf diesen Standpunkt stellen.

Es gelangen nunmehr aus dem Erlöse der Völkerbundanleihe die diversen Schulden zur Rückzahlung, welche wir in folgender Höhe gemacht haben: Der englische Kredit von 2·25 Millionen Pfund samt 6prozentigen Zinsen, der französische Staatsvorschuß von 250.000 Pfund samt 5 Prozent Zinsen, das französische Reliquat von 55 Millionen Franken — es sind dies lauter bekannte Ziffern —, das italienische von 68 Millionen Lire, das tschecho-slowakische von 500 Millionen tschechische Kronen, dann die kurzfristige Anleihe von $3\frac{1}{2}$ Millionen Pfund, die wir im Februar aufgenommen haben, die allerdings jetzt zur Rückzahlung noch nicht fällig ist. Wir hätten jedoch den größten Fehler begangen, wenn wir sie nicht jetzt zur Rückzahlung bringen würden, wo wir doch jetzt dafür eine langfristige Anleihe auf 20 Jahre bekommen, während wir sonst am 1. März 1924 die

Rückzahlung hätten leisten müssen. Dann kommt die österreichische Anleihe, sowohl die Bankentranche als die Publikumtranche von 107 Millionen Dollar, welche am 1. Juni dieses Jahres fällig gewesen ist. Diese Beträge samt den Zinsen machen zusammen rund 287 Millionen Goldkronen aus. Wenn Sie von den 605,221.000 Goldkronen diese 287 Millionen Goldkronen subtrahieren — wobei hinsichtlich der Berechnung gewiß ein Vorbehalt gemacht werden muß, weil wir die Abrechnungen noch nicht besitzen und nicht besitzen können —, so kommen Sie zu einem nutzbaren Erlös von 318,221.000 Goldkronen. Dazu treten nun noch die zwei Beträge, die wir von der Schweiz vollkommen sicher zugesagt bekommen haben, von 20 Millionen Goldkronen und jener Betrag, den wir von Spanien mit großer Bestimmtheit erwarten können. Wenn Sie diesen Schweizer und spanischen Betrag in der Höhe von 46 Millionen Goldkronen zu den 318,221.000 Goldkronen dazubaddieren, gelangen Sie zu einem Betrage von insgesamt 364,221.000 Goldkronen. In Papierkronen ausgedrückt ergibt das zusammen 5 Billionen 240 Milliarden. Das sind allerdings nicht ganz definitive Ziffern, sondern es werden noch einige Richtigstellungen zu erfolgen haben, welche sofort der Öffentlichkeit und dem hohen Hause bekanntgegeben werden, sobald wir die genauen Rechnungen aufstellen können. Man kann aber sagen, daß der Betrag sich etwas über 5 Billionen erheben wird, welcher den Staatsfinanzen Österreichs zugute kommen wird, uns aber selbstverständlich nur durch den Generalkommissär freigemacht werden muß.

Es wird nun geziemend sein, hohes Haus, wenn ich an dieser Stelle, nachdem wir nun den entscheidenden Schritt hinter uns haben und nachdem die Mitteilungen der allerletzten Tage von den großen Erfolgen dieser Anleiheabschnitte in England, den Vereinigten Staaten von Nordamerika, in Schweden der Öffentlichkeit gezeigt haben, ein wie großes Vertrauen in diesen Ländern in die Zukunft Österreichs und seine Leistungsfähigkeit besteht, einige Worte des Dankes an diejenigen Personen richten, die sich die größten Verdienste um diese Aktion von europäischer Bedeutung erworben haben. *(Beifall.)* Zunächst muß hervorgehoben werden, daß wir diesen Erfolg denjenigen Regierungen verdanken, die ihre Pfandrechte zurückgestellt haben, dann denjenigen Regierungen, die ihr Versprechen einlösend die Garantie für die Völkerbundanleihe übernommen haben, das ist Großbritannien, Frankreich, die Tschecho-slowakische Republik, Italien, Belgien, Schweden, Dänemark und Holland, ferner der Schweiz, die sich unmittelbar an der Völkerbundanleihe beteiligt. Es muß dann betont werden, daß die Herren, die im Finanzkomitee des Völkerbundes tätig waren und tätig sind, mit größtem

Nachdruck, mit größter Hingebung sich der Aufgabe gewidmet haben, diese Anleihe zustande zu bringen. Die Namen sind der Öffentlichkeit bekannt. Es sind die Herren Janßen, Abenol, Niemeyer, Strakosch, Bospischil, Ferraris und Sarrafin und der Sekretär des Völkerbundes Sir Artur Salter, der sich mit besonderem Nachdruck dieser Aufgabe gewidmet hat. *(Beifall.)* An dieser Stelle gebührt auch dem Generalkommissär des Völkerbundes Herrn Dr. Zimmermann der Dank *(Beifall)*, der weit über die Verpflichtungen hinaus, welche seine Stellung ihm an und für sich auferlegte, weit darüber hinaus seine wertvollen Beziehungen und eine unermüdlige Tätigkeit dem Zustandekommen dieses großen Werkes gewidmet hat.

Wenn ich nun von denjenigen Personen spreche, die konkret an dem Zustandekommen der Anleihe in der Finanzwelt teilgenommen haben, so muß ich an der Spitze dieser Personen mit ganz besonderem Dank eines Mannes gedenken, ohne den dieses Werk ganz undenkbar gewesen wäre, das ist der Gouverneur der Bank von England, Sir Montague Norman *(Beifall)*, und der Herren seines Stabes. Ich will von den Herren in London insbesondere an dieser Stelle nochmals die Herren Niemeyer und Strakosch erwähnen und es geziemt auch, bei diesem Anlasse nochmals die großen Verdienste hervorzuheben, die sich der verstorbene Dr. Rosenberg dadurch um Österreich erworben hat, daß er die englischen Kreise zuerst mit der wirklichen Situation in Österreich und mit den Hoffnungen, die sich an einen Wiederaufbau Österreichs knüpfen, vertraut gemacht hat. Außerdem gebührt der Dank dem Gesellschafter der Firma Morgan, Herrn Lamont, der durch seine Tätigkeit ein historisches Faktum zustande gebracht hat, nämlich das, daß die Finanzkreise der nordamerikanischen Union sich darauf eingelassen haben, an einer Anleihe für Österreich teilzunehmen und damit einen Schritt getan haben, von dem ich hoffe, daß er in der Zukunft noch erhöhte Bedeutung für ganz Europa gewinnen wird. *(Bravo!)* Ebenso auch der Herren, die, in Schweden Herr Wallenberg, Herr ter Meulen in Holland, und vieler anderer, die sich außerordentlich verdient gemacht haben. Schließlich unserer eigenen Anleihekommmission, welche nunmehr seit Wochen arbeitet und sich mit erfolgreichem und unermüdlischem Eifer der Anleihe gewidmet hat, an der Spitze unser Minister und Gesandten in London, Herr Brandenstein, dann der gewesene Finanzminister Bark und Herr Nixon, Sekretär des Völkerbundes.

Hohes Haus! Ich glaube, daß die Öffentlichkeit und auch dieses hohe Haus der Bedeutung dieser Sache ohne Unterschied der Parteien eingedenk sein wird. *(Zustimmung.)* Das volle Gelingen dieses Werkes, das wir in seinem ganzen Ausmaße noch vor kurzer Zeit kaum für möglich gehalten hätten,

gibt uns die Sicherheit, daß wir zu einer tatsächlichen Stabilisierung gelangen, daß wir in geordneten wirtschaftlichen Verhältnissen, wenn auch unter schweren Opfern, aber doch mit guten Aussichten auf einen glücklichen Erfolg an dem Wiederaufbau unseres Volkes, unseres Vaterlandes arbeiten können. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen. — Zwischenrufe. — Während der vorstehenden Ausführungen hat Präsident Dr. Weiskirchner den Vorsitz wieder übernommen.)*

Pris: Der Herr Finanzminister hat hier eine Rede gehalten, die gewiß nicht zum Gegenstande gehört, den wir verhandeln. Ich will davon absehen, zu prüfen, ob dieser Vorgang im § 53 der Geschäftsordnung eine Deckung findet. Sicher aber ist, daß der Gegenstand, den er hier angeschnitten hat, unmittelbar einer Erörterung bedarf und daß die notwendige Debatte sich nicht im Rahmen einer Budgetdebatte über einige landwirtschaftliche Fragen vollziehen kann. Ich stelle daher den formellen Antrag, mit Unterbrechung der Debatte über diese landwirtschaftlichen Fragen nunmehr unmittelbar in die Debatte über die gehörte Erklärung des Finanzministers einzutreten.

Der Antrag wird abgelehnt und die Debatte über die Gruppe „Land- und Forstwirtschaft“ fortgesetzt.

Dr. Resch: Hohes Haus! Wie ich mich das erstemal zum Worte gemeldet habe, habe ich dem hohen Hause mitgeteilt, daß nach meiner Meinung diese ganze Angelegenheit das Haus eigentlich wenig angehe. Das Kuratorium des Kriegsbeschädigtenfonds hat über die Gebarung des Kriegsbeschädigtenfonds das Urteil abzugeben. Es ist aber der Kriegsbeschädigtenfonds, respektive die Verpachtung der Güter Orth und Mannersdorf in die Debatte hineingezogen worden und es hat dem Herrn Kollegen Forstner beliebt, mit einem neuen Berichte zu kommen, mit einem Berichte, dem wahrscheinlich Herr Zentraldirektor Dr. Willner verfaßt hat. Ich habe auf Grund des Gutachtens des landwirtschaftlichen Sachreferenten des Fonds ein paar Daten mitgeteilt. Wie ich den ersten Bericht des landwirtschaftlichen Referenten des Kriegsbeschädigtenfonds durchgesehen habe, war ich selbst der Meinung, daß dort die Kritik vielleicht ein wenig zu weit gehe und ich habe diesem Berichte schon die Schärfe genommen. Ich habe es nicht unterlassen, den Bericht sowohl dem Vizebürgermeister Emmerling als dem Präsidenten der land- und forstwirtschaftlichen Betriebsgesellschaft als auch dem Herrn Direktor Willner als Zentraldirektor zu übermitteln, damit sie in die Lage kommen, zu diesem Berichte Stellung zu nehmen. Daher habe ich bei meiner ersten Wortmeldung auch erklärt, ich halte es sachlich für begründeter, wenn man eine solche Sache nicht im Hause verhandelt, aber ... *(Unterbrechungen)* Herr

Abgeordneter Morawitz hat damit begonnen. Darauf mußte ich als Präsident des Kriegsbeschädigtenfonds die Mitteilung machen, wie sich die Sache verhalte. Ich wiederhole noch einmal: beide Güter Orth und Mannersdorf haben tatsächlich dem Kriegsbeschädigtenfonds nichts getragen, weil wir von diesen etwas über 200 Millionen die halben Nachkriegssteuern zu zahlen und die Patronatslasten zu tragen haben. Aber nehmen wir sogar den besten Fall an, daß alles, was da im Gebarungsbericht ausgewiesen ist, diese 200 Millionen, Reingewinn ist, so ist das schon ein Zeichen, daß der Pachtvertrag für den Kriegsbeschädigtenfonds ungünstig ist. Denn solche Güter mit 4000 Hektar Ackerfläche, 2000 Hektar Wiese und 4000 Hektar Wald müssen viel mehr Reingewinn haben oder Sie haben mit Ihren Verschuldigungen und Anwürfen nicht recht, die Sie immer behaupten, daß die Landwirte so viel verdienen. *(Rufe: Später wird schon der Ertrag größer werden!)* Wenn ich als Präsident des Kriegsbeschädigtenfonds den Invaliden sage: Nicht jetzt bekommt Ihr etwas, sondern in 15 oder 20 Jahren werdet Ihr etwas erhalten, so werden Sie sehen, was die Kriegsbeschädigten für ein Gesicht machen.

Wenn Sie den Bericht durchlesen, werden Sie finden, daß auch sehr viele Fehler in der Verwaltung geschehen sein müssen. Es ist eine Tatsache, daß die Zentraldirektion dieser Betriebsgesellschaft viel zu groß ist. Früher ist die ganze Tätigkeit, die Güterdirektion von zwei Beamten besorgt worden und jetzt sitzen in der Zentraldirektion 30 Herren, drei Direktoren. Der Direktion stehen zwei Auto zur Verfügung. *(Lebhaft Rufe: Hört! Hört! — Zwischenrufe und lärmende Unterbrechungen, in denen die Worte des Redners unverständlich sind.)*

Präsident: Ich bitte, doch die Plätze einzunehmen, weil die Stenographen den Herrn Redner sonst nicht verstehen können. *(Zwischenrufe und Lärm.)* Warum nehmen denn die Herren die Plätze nicht ein? *(Unruhe.)*

Dr. Resch: Wenn die Verhältnisse dort so sind, kann man nicht sagen, daß das ein landwirtschaftlicher Musterbetrieb ist. Dieser landwirtschaftliche Betrieb wurde doch unter günstigen Verhältnissen übernommen. Wenn Sie den Bericht nachlesen, so werden Sie finden, daß 400 Kühe, 400 Stück Kleinvieh, dann Pferde, Dampsmotoren, Pflüge, totes und lebendes Inventar gegen einen Pachtzins von 170.000 oder 180.000 K jährlich übergeben wurde. *(Rufe: Aber wann?)* Das ist egal! *(Rufe: Das waren doch Friedenskronen!)* Tatsache ist, daß der Fonds aus diesem Pachte fast gar nichts herausbekommt. Der Kriegsbeschädigtenfonds hat diesen Vertrag doch nicht mit einem schädigen Juden abgeschlossen, sondern mit der Gemeinde Wien. *(Forstner: Sondern mit dem Bürgermeister*

Weiskirchner!) Jetzt ist der Vertreter der Vizebürgermeister Emmerling und dieser und Herr Breitner haben selber zugegeben, daß man diesen Vertrag entsprechend verbessern muß. (*Morawitz: Das bestreitet niemand!*) Ich als Präsident des Kriegsbeschädigtenfonds werde dafür sorgen, daß wir aus dieser Betriebsgesellschaft herauskommen. (*Morawitz: Das ist eine Pauschalverdächtigung!*) Welche Pauschalverdächtigung? (*Rufe: Die vom Abg. Niedrist!*) Das sind keine Pauschalverdächtigungen. Es ist Tatsache, daß der Kriegsbeschädigtenfonds von dieser Betriebsgesellschaft fast nichts bekommen hat und daß das Gutachten der Sachverständigen dahin lautet, daß bei einer normalen Verpachtung diese Güter mindestens vier Milliarden, bei einer meierhofweisen Verpachtung mindestens sechs Milliarden tragen müssen. Daher habe ich recht, wenn ich sage, in einem solchen Fall ist der Kriegsbeschädigtenfonds um vier, respektive um sechs Milliarden geschädigt. Ich muß daher trachten, aus den Gütern Orth und Mannersdorf so viel herauszubekommen, als im Interesse der Kriegsbeschädigten möglich ist.

Wenn aber die Gemeinde Wien glaubt, daß sie benachteiligt ist, so soll sie den Pachtvertrag für aufgelöst erklären (*Forstner: Es wird ja verhandelt!*), soll sie uns die Güter zur Verfügung stellen und ich gebe Ihnen mein Wort, im nächsten Jahre wird wahrscheinlich das Zehnfache oder noch mehr von diesem Betrage, der jetzt hereingebracht wird, dem Kriegsbeschädigtenfonds zufließen. (*Zwischenrufe.*) Aber in dieser Form geht die Geschichte nicht weiter und das haben auch die anderen Gesellschafter eingesehen.

Daß der Fonds dort als Gesellschafter eine Null ist, ist eine Tatsache. Wenn man zu einer Sitzung hinkommt und einfach irgend etwas berichtet wird und es heißt, soundsso viel brauchen wir, so können Sie sich vorstellen, daß der Macher nicht der Kriegsbeschädigtenfonds, nicht das Finanzministerium, sondern der andere Gesellschafter ist. (*Zwischenrufe.*) Der ist der führende Gesellschafter, der die Direktion der Gesellschaft leitet. (*Forstner: Jeder hat seinen Geschäftsführer drinnen!*) Hören Sie mir auf mit dem Geschäftsführer! Ich verzichte auf das Gesellschaftsverhältnis und wünsche, möglichst bald aus diesem Gesellschaftsverhältnis herauszukommen und mich auf die Rolle des Verpächters zurückziehen zu können. Das wäre das Allerbeste. Wenn also die Gemeinde Wien glaubt, daß sie benachteiligt ist, so soll sie die Güter dem Fonds zurückstellen und wir werden sie entsprechend verwerten. (*Rufe: Sie dienen ja zur Approvisionierung!*) Wenn Sie mit der Phrase kommen und sagen, daß sie für die Approvisionierung dienen, so wissen Sie, daß das ein leeres Schlagwort ist. Was wollen Sie aus diesen Gütern nach Wien liefern? (*Rufe: Kamillen!*) Es hat nach dem Berichte des landwirt-

schaftlichen Referenten die Gesellschaft auf einigen Hektar Kamillen angebaut, wie die Anbauzeit vorher war, der Versuch endete mit einem vollen Mißerfolg. Es wurde auf einigen Hektar Gemüse angebaut, ebenfalls ein vollständiger Mißerfolg. (*Morawitz: Verzeihen Sie, das ist ein Unsinn!*) Einen Unsinn zu sprechen, überlasse ich Ihnen! Aus diesem Gutachten können Sie ersehen, daß man Wien höchstens für einen Tag versorgen könnte. (*Morawitz: Aber die Milchversorgung?*) Die Milchversorgung? Fragen Sie die Sachverständigen, welchen Einfluß auf die Milchversorgung der Stadt Wien die Milchwirtschaft der verpachteten Güter hat! Der Einfluß ist gleich Null. (*Zwischenrufe und lebhaftes Unruhe, in der die Ausführungen des Redners unverständlich bleiben.*) Ich bin überzeugt davon, daß, wenn ein entsprechender Sachmann hinkommt, vielleicht das Doppelte zu erzielen sein wird. (*Anhaltende Zwischenrufe und Unruhe.*) Aber Herr Morawitz, Sie haben ja Gelegenheit, für den Vertrag zu sprechen und man wird ja sehen, ob Sie im Kuratorium mehr für die Interessen der Gesellschafter oder mehr für die Interessen der Kriegsbeschädigten eintreten. Ich habe nicht das Interesse der Gesellschaft dort zu vertreten, sondern das Interesse der Kriegsbeschädigten. (*Morawitz: Der christlichsozialen Partei! — Lebhaftes Zwischenrufe und Gegenrufe.*) Lassen wir das. (*Anhaltende Zwischenrufe Steineggerts.*) Ich werde objektiv vorgehen und dafür sorgen, daß die Kriegsbeschädigten tatsächlich das bekommen, was ihnen gebührt. Auf Kosten der Kriegsbeschädigten lasse ich nicht Geschäfte machen. (*Morawitz: Die warten auf Sie!*) Ja, sie werden auf Sie warten, weil Sie bei diesem Pachtvertrag Ihre Pflicht verabsäumt haben! (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen. — Zwischenrufe. — Unruhe.*)

Präsident: Ich bitte die Herren, doch die Plätze einzunehmen; die Stenographen können nicht arbeiten, wenn die Herren so herandrängen.

Spezialberichterstatter Eisehut: Hohes Haus! Die Debatte hat einen breiten Raum eingenommen; selbstverständlich zeigt dies, daß das ganze Haus für die Landwirtschaft Interesse hat. Die Debatte hat ja auch ergeben, daß alle Parteien für die Hebung und Förderung der Landwirtschaft eintreten wollen, nur — was ich schon in meinem Referat angekündigt habe — mit dem Unterschiede, daß die Rettung, die Hebung und Förderung der Landwirtschaft nach verschiedenen Richtungen verlangt wird. Die praktischen Vertreter verlangen die Förderung auf einer anderen Grundlage als die sogenannten theoretischen Vertreter der Landwirtschaft. Aber tatsächlich besteht das einmütige Bestreben, dieses hohen Hauses, die Landwirtschaft zu heben und zu fördern, was gewiß im Interesse der gesamten Volkswirtschaft liegt.

Auf die Bemerkungen einiger Redner, die mich als Referenten apostrophiert haben, muß ich zurückkommen. Ich möchte bemerken, daß Herr Kollege Pölzer mir den Vorwurf gemacht hat, daß ich in meinem schriftlichen und auch in meinem mündlichen Berichte so kurz gewesen sei, weil ich die Verlegenheit darüber verdecken wollte, daß auf diesem Gebiete nichts geschehen ist. Dazu möchte ich bemerken, daß mein Bericht in anderen Jahren wohl länger war, ich bin aber von der Kanzlei darauf aufmerksam gemacht worden, meinen Bericht mit Rücksicht auf die Ersparungsmaßnahmen möglichst kurz zu fassen. Es ist aber trotzdem noch immer ein Bericht, der sich halbwegs sehen lassen kann. Bezüglich des mündlichen Berichtes wurde mir sogar von der andern Seite der Vorwurf gemacht, daß dieser zu lang sei. Den Vorwurf, daß nichts geschehen sei, hat der Herr Minister ausgezeichnet zurückgewiesen.

Zu der Behauptung des Herrn Kollegen Pölzer, daß ich über die Hektarerträge nur oberflächlich und ohne bestimmte Daten gesprochen habe, während er auf Grund von statistischen Daten dies nachzuweisen in der Lage war, wobei er kleine Differenzen herausgebracht hat, möchte ich feststellen, daß auch ich meine Daten nicht oberflächlich vorgebracht, sondern aus den Aufzeichnungen entnommen habe, die ich besitze. Ich bin schon über 20 Jahre Berichterstatte des Ackerbauministeriums für die Anbau- und Erntestatistik und da bekomme ich jeden Monat den Ausweis für das ganze Bundesgebiet, in dem der Durchschnitt der Klassifikation und Ernterträge verzeichnet ist. Die kleine Differenz in der Berechnung ist dadurch entstanden, daß ich das Jahr 1922 schon hineinbezogen und daher einen etwas höheren Ertrag errechnet habe. Das beweist aber nur, daß bei der Landwirtschaft doch — wenn auch nicht in großem Maßstab — in bezug auf die Hektarerträge Fortschritte gemacht werden. Das ist ja auch selbstverständlich, weil der Krieg die Landwirtschaft sehr weit zurückgeworfen hat. Ich möchte auch gleich feststellen, daß das auch ein Beweis ist, daß die Landwirtschaft heute wirklich schon wieder höhere Erträge zu erzielen vermochte. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß schon vor dem Kriege, hauptsächlich in Niederösterreich und in meiner engeren Heimat, Hektarerträge erzielt wurden, die nahe an die Erträge in Deutschland heranreichen, aber nur deshalb, weil in diesen Gegenden die Vorbedingungen geschaffen worden sind. Leider ist aber unser Bundesstaat, was landwirtschaftlichen Grundbesitz anbelangt, nicht in derselben glücklichen Lage wie Deutschland, weil mit Ausnahme von einigen wenigen Gebieten der Grund weniger ertragreich ist, als in Deutschland. Wir werden aber denn doch trachten und haben das schon bewiesen, daß höhere Erträge erzielt werden können. Nur ist es notwendig,

wie ich in meinem Berichte schon mitgeteilt habe, daß dafür gesorgt wird, daß der Landwirtschaft die nötigen künstlichen Düngemittel zur Verfügung gestellt werden. Gerade in Deutschland ist das der Fall, weil dort Kunstdünger erzeugt und auch im Lande selbst vorgefunden wird.

Bezüglich der Meliorierungen wurde von mir auch darauf hingewiesen, daß auf diesem Gebiete mehr hätte geschehen können. Aber ich möchte gleichzeitig gegenüber den Ausführungen der Herren Kollegen Pölzer und Schneidmahl feststellen, daß es mit den Meliorierungen und Kommaffierungen doch nicht so sehr im argen liegt, wie sie es dargestellt haben. Ich weise wieder auf meine engere Heimat hin. Bei uns im Viertel unter dem Mannhartsberg sind eine große Anzahl von Gemeinden kommaffiert worden. Was die Meliorationen und Entwässerung anbelangt, weise ich wieder auf dieses Viertel hin und speziell auf den politischen Bezirk Mistelbach, wo das ganze große Gebiet der Taya reguliert und die Gründe fast vollständig drainagiert wurden, ebenso im Bezirke Laa an der Thaya: Das haben auch die Erträge und die Ablieferungsergebnisse während des Krieges gezeigt. Das ist aber nur auf die Tätigkeit der christlichsozialen Partei im niederösterreichischen Landtage zurückzuführen, trotzdem uns von dieser Seite vorgeworfen wurde, daß nichts geschehen ist. Die Initiative wurde in diesen Fragen von der dortigen landwirtschaftlichen Bevölkerung und von dem niederösterreichischen Landtage ergriffen, weil diese Fragen zuerst in den Landtagen behandelt werden müssen und der Bund oder der frühere Staat nur seine Zuschüsse leistet oder geleistet hat. Die dortige Bevölkerung und der niederösterreichische Landtag waren und sind zum Großteil christlichsozial.

Wenn von bäuerlicher Seite dagegen gesprochen wird, daß man nicht einen Keil zwischen Groß- und Kleinbauern hineintreiben soll, möchte ich nur darauf hinweisen, daß der Herr Abg. Pölzer selbst in seinen Ausführungen konstatiert hat, daß Österreich eigentlich ein Kleinbauernstaat ist, wie dies schon wiederholt festgestellt worden ist, und daß es infolgedessen gar nicht notwendig ist, daß irgendein Gegensatz hineingetragen wird, weil ja, mit Ausnahme der wenigen Großgrundbesitzer, fast alle Bauern als Kleinbauern zu bezeichnen sind. Ich möchte auch darauf aufmerksam machen, daß wir als praktische Bauern diesen Unterschied zwischen Groß- und Kleinbauern gar nicht herausfinden können, weil die Grenze in verschiedenen Gegenden verschieden ist und weil es andererseits auch gar nicht notwendig ist, da wir Praktiker wissen, daß sich der Kleinbauer ebenso wie der größere Bauer, wenn er aus seiner Wirtschaft etwas heraus schlagen will, schinden und raderen und daß er vom frühen Morgen bis zum späten Abend arbeiten

muß. Die Kleinbauern wie die sogenannten Großbauern! Ausnahmen hat jede Regel. Das ist auch hier der Fall. Ich kann aber nur konstatieren, daß auch der große Besitzer, wenn er sich um seine Wirtschaft nicht umschaut und selbst vorausgeht, mit seiner Wirtschaft zugrunde gehen wird. Ein altes Bauernsprichwort sagt: „Der beste Dünger ist der, den der Bauer mit seinen Stiefeln auf seinen Acker trägt.“

Was die Ausführungen des Herrn Kollegen Morawitz betrifft, der mir vorgeworfen hat, daß ich bezüglich der Entlohnung der Dienstboten unrichtige Angaben gemacht habe — er hat mich sogar der Lüge geziehen und erklärt, entweder es ist verdreht oder erlogen —, so möchte ich nur erwähnen, daß ich in meinem Bericht erwähnt habe, daß ich in dieser Frage nur über meinen engeren Heimatskreis spreche, weil ich die Verhältnisse im ganzen Bund nicht so genau kenne, obwohl auch dort die Entlohnungen, entsprechend den Friedenswerten, fast ganz oder annähernd gegenüber der Vorkriegszeit valorisiert sind. Ich möchte aber feststellen, daß nach den Lohnverträgen, die in Niederösterreich abgeschlossen worden sind, nach den Ausführungen des Kollegen Morawitz ein Pferdeknecht zum Beispiel nur zirka 800.000 K bekommt. Ich habe mir die authentischen Daten von der Arbeitsnachweistelle heranschreiben lassen, ich habe sie hier und Sie können dieselben auch nachprüfen, Herr Kollege, weil Sie gesagt haben, man kann ihre Angaben nachprüfen; daraus geht hervor, daß ein gewöhnlicher lediger Pferdeknecht mit allen Deputaten auf 1.199.000 K im Monat kommt. *(Zwischenruf.)* Ich habe die Daten von der Arbeitsnachweistelle. *(Morawitz: Stimmt nicht!)* Dann steht Behauptung gegen Behauptung. Sie haben erklärt, meine Behauptung ist unrichtig, und ich erkläre, daß Ihre Behauptungen unrichtig sind. Es sind dies die Löhne, die in den letzten Monaten tatsächlich ausbezahlt worden sind. Ich weise ferner darauf hin, daß ein verheirateter Pferdeknecht, dessen Frau nicht mitarbeitet und der zwei Kinder hat, eines unter einem Jahr und eines zwischen 2 und 14 Jahren, 1.179.166 K hat und nicht, wie Sie gesagt haben, auf 800.000 K kommt. Infolgedessen sind — ich glaube, Sie haben von einer Friedensentlohnung umgerechnet von 1.200.000 K gesprochen — die Löhne mindestens auf der Goldparität. Ebenso ist das Verhältnis bei den Tagelöhnern. Ebenso erhöht sich der Lohn noch wesentlich, wenn die Frau mitarbeitet. Was die landwirtschaftlichen Arbeiter bei den Bauern betrifft, also unsere Dienstboten und Arbeiter anbelangt, so möchte ich nur wiederholen, was ich bei meinem Berichte erklärt habe, daß in unserer Gegend die Löhne um mehr als die Hälfte über der Goldparität stehen. Ich will Sie hier nicht mit Zahlen

belästigen, aber ich kann Ihnen das nachweisen, weil wir das selbst bezahlen. Ich glaube, es genügt, wenn ich Ihnen sage, daß in unserer Gegend die tatsächlichen Löhne nicht nur auf der Goldparität stehen, sondern um die Hälfte höher sind, mitunter sogar doppelt so hoch sind wie im Frieden.

Was nun den ebenfalls vom Herrn Kollegen Morawitz erhobenen Vorwurf betrifft, daß die Bauern die Milch den Schweinen verfüttern, so ist das in unseren Augen kein Unrecht. Es ist Tatsache, daß die Bauern die Schweine mit Milch füttern. Wer etwas von Viehzucht versteht, muß wissen, daß die jungen Ferkel bei der Aufzucht neben ihrer Muttermilch auch noch andere Milch brauchen. Und es liegt gerade im Interesse der städtischen Bevölkerung, wenn die Schweine gut gedeihen, weil dadurch mehr Fett und Fleisch erzeugt wird; das geschieht aber nicht etwa deshalb, weil wir den Kindern die Milch nicht gönnen. *(Morawitz: Ich habe das ganz anders gemeint!)* Man kann das immer drehen, wie man will. Ich konstatiere die Tatsache, daß uns vorgeworfen wird, daß wir lieber den Schweinen die Milch geben, weil sie uns lieber sind als die Kinder. Das fällt uns bei Gott nicht ein. Auch das, was Kollege Pölzer gesagt hat, bestätigt meine Angaben. Wir sehen ein, daß die armen Kinder in Wien Milch brauchen, wir liefern auch Milch, wir haben sie, soweit es möglich war, auch während des Krieges geliefert und liefern sie auch heute noch. Speziell in Niederösterreich und namentlich in den Gemeinden, die auf zirka 80 Kilometer in der Umgebung von Wien liegen, sind die Milchgenossenschaften schon sehr alt und es wird infolgedessen immer Milch geliefert und verhältnismäßig viel Milch geliefert.

Ich möchte auch darauf hinweisen, daß die Behauptung, daß während des Anbaues kein Streik war, nicht richtig ist. In unserem Viertel war während des Anbaues ein Streik. Ich konstatiere, daß das tatsächlich der Fall war. Der Zuckerrübenanbau war gerade im Zuge. *(Zwischenrufe.)*

Ich muß hier auch das richtigstellen, was Kollege Schneidmadl bezüglich des Abbauprogramms erwähnt hat, daß wir nämlich, speziell unsere Partei und die bürgerlichen Parteien überhaupt durch das Abbauprogramm des niederösterreichischen Landtages, besonders durch die Ersparungsmaßnahmen auf dem Gebiete des Schulwesens das Volk verbummen wollen. Ich stelle fest, daß der niederösterreichische Landtag — ich war in dieser Sitzung selbst auf der Galerie anwesend — einmütig, mit den Stimmen aller Parteien, dieses Programm beschlossen hat. Der Abbau findet aber nicht in der hier geschilderten Weise statt. Bisher ist bei den Schulen überhaupt nicht abgebaut worden. Mir ist nur bekannt, daß es zum Beispiel in meinem Wahlbezirke Klaffen gibt, die 9 und 12 Kinder haben und daß es

dann wieder andere Klassen mit 60 und 70 Kindern gibt. Infolgedessen muß jeder vernünftige Mensch begreifen, daß hier ein gewisser Ausgleich Platz greifen muß, damit nicht ein Lehrer 60 und 70 und der andere nur 9 oder 12 Kinder zu unterrichten hat.

Es sind in Niederösterreich zirka 40.000 Kinder weniger als im Jahre 1914 und um 800 Lehrer mehr als damals. Es ist daher begreiflich, daß man dieses Mißverhältnis ausgleichen will. Niemand von unserer Partei fällt es ein, das Volk zu verdummen. Dies wird uns nur absichtlich unterschoben. Wir Bauern sind die letzten, die das wollen, wir wissen ganz genau, daß gerade auf dem flachen Lande, wo nicht die Möglichkeit besteht, alle Kinder in eine Mittelschule oder in eine landwirtschaftliche Schule zu schicken, wenigstens die Volksschulbildung eine entsprechende sein soll, daß die Kinder zumindest ordentlich lesen und schreiben können.

Zum landwirtschaftlichen Unterrichtswesen möchte ich noch mitteilen, daß gerade in Niederösterreich sehr viele niedrige landwirtschaftliche Schulen errichtet wurden, und zwar während der Herrschaft der christlichsozialen Partei im Landtag — ich habe ja selbst mit Herren von Ihrer Seite im Landtage zusammengearbeitet — und daß auch die Bevölkerung selbst schwere Opfer dafür bringt. Ich weise da nur auf die dem Hause ja bekannten Verhandlungen und die Resolution bezüglich der höheren landwirtschaftlichen Lehranstalt in Laa an der Thaya hin. In diesem Bezirke hat die Bevölkerung vor zirka 15 Jahren aus eigener Initiative und mit eigenen Mitteln eine Realschule gegründet, die seither Gott sei Dank vom Bunde übernommen wurde, und auch einige Jahre später eine landwirtschaftliche Mittelschule, die noch als Vereinskursus besteht und segensreich wirkt. Der Vorwurf ist also ungerechtfertigt, daß die Landbevölkerung kein Verständnis für die nötige Bildung hätte oder gar, daß wir bildungsfeindlich wären. Auch bezüglich der Schulgärten geschieht alles mögliche. Es werden Beredlungskurse in den Schulen abgehalten, vielfach den aus der Schule tretenden Knaben selbstveredelte Obstbäume mitgegeben. Wir wissen ja, wie notwendig die Obstzucht und wie unerläßlich die nötige Aufklärung ist. Auch bestehen Wanderlehrer für die Milchwirtschaft. Dies ist ja nicht so sehr Sache des Bundes als der Länder. Es werden viele Messerkurse abgehalten und wir hoffen, daß diese Fragen zur Zufriedenheit aller werden gelöst werden.

Es wurde — ich glaube vom Herrn Kollegen Schneidmahl — auch auf die Milchwirtschaft in der Schweiz, in Holland usw. hingewiesen. Er hat aber vergessen, daß diese Länder nicht am Kriege beteiligt waren. Wenn bei uns tatsächlich in der Landwirtschaft ein Rückgang zu verzeichnen ist, wie auf allen

Gebieten, so auch in der Milchproduktion, so ist der Krieg die Ursache. (*Pölzer: Vor dem Kriege war ja schon dasselbe Verhältnis!*) Nein, vor dem Kriege haben in der Umgebung Wiens, ziemlich weit hinaus, bis 80 Kilometer, die Milchgenossenschaften bestanden. Damals war die Milchanlieferung schon eine entsprechende und es wurde auch für entsprechendes Zuchtmaterial u. dgl. vorgesorgt. Aber ich leugne ja nicht, daß auf diesem Gebiete noch mehr geschehen kann und muß, dies ist ja auch von allen Seiten betont worden. Ich will nur den Vorwurf zurückweisen, als wäre von seiten des Bundesministeriums und von seiten der Landwirtschaft selbst gar nichts geschehen. Die Landwirtschaft hat selbst die Initiative ergriffen und auch das Ministerium und die Landesvertretungen haben da gewiß ihre Pflicht erfüllt.

Es hat mich gefreut, daß mit Ausnahme einiger Entgleisungen, die ja bei einer so großen Debatte gewiß möglich sind, doch das ganze Haus einmütig der Anschauung war, daß die Landwirtschaft gehoben und gefördert werden soll. Wenn wir in diesem Sinne fortarbeiten und es uns gelingt, unser Ertragnis an Getreide, Kartoffeln, an Tieren, Milch und Fett zu erhöhen, dann wird die Landwirtschaft gewiß zum Wiederaufbau sehr viel beitragen, was wir aber auch von den anderen Ständen erhoffen, dann wird auch unser armer Bundesstaat gerettet werden können.

Ich bitte das hohe Haus, das Kapitel „Landwirtschaft“ mit den Resolutionen anzunehmen. (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.*)

Gruber (tatsächliche Berichtigung): Meine sehr verehrten Frauen und Herren! Gegenüber den Ausführungen des Herrn Abg. Schneidmahl im Falle der Wiederbesiedlung von Freiland Diamantidi habe ich tatsächlich zu berichtigen, daß ich nicht vom Herrn Ackerbauminister Buchinger die Details habe, sondern daß die Bezirksbauernkammern Hainfeld und Lilienfeld eine Eingabe gemacht haben, worin sie Beschwerde darüber geführt haben, daß sich die sozialdemokratische Partei, beziehungsweise die dortigen Industriebetriebsräte in eine Wiederbesiedlungsangelegenheit eingemengt haben. (*Schneidmahl: An wem ist die Beschwerde gerichtet?*) An die Landes-Landwirtschaftskammer. Als Mitglied der Landes-Landwirtschaftskammer habe ich davon schon vor mindestens acht bis zehn Tagen erfahren. Es ist auch von seiten der Landes-Landwirtschaftskammer die Beschwerde an die Agraroberbehörden weitergeleitet worden. Es ist also tatsächlich richtig, daß ich es nicht vom Herrn Minister Buchinger, sondern auf dem angegebenen Weg erfahren habe.

Witternigg (tatsächliche Berichtigung): Hohes Haus! Der Herr Abg. Geisler hat erklärt, daß ich ihn und die Pinzgauer Bauern im Finanz-ausschusse Käse- und Viehschmuggler genannt habe. Das ist unrichtig. Richtig ist, daß ich im Finanz-

ausschuß anlässlich einer Viehausfuhrdebatte den Zwischenruf gemacht habe: Was ist es mit dem Käse schmuggel über die Birnlfücke? Richtig ist, daß in der Zeit der Not mehrere Bauern über die Birnlfücke Käse und Vieh geschmuggelt haben. Dieser Käse- und Viehschmuggel wurde auch von der Gendarmerie festgestellt und dem Wirtschaftsamt der Bezirkshauptmannschaft Zell am See angezeigt. Die Bezirkshauptmannschaft (Wirtschaftsamt) und die Landesregierung (Ernährungsamt) von Salzburg mußten gegen diesen überhandnehmenden Vieh- und Käseschmuggel einschreiten. Von dieser Tatsache mußte der Herr Abg. Geisler Kenntnis haben, da er in der Nähe der Birnlfücke wohnt. Wenn man ihn an diese Tatsache erinnert, wird der Herr Abg. Geisler immer wild, fühlt sich betroffen und schreit auf. Diese Tatsache habe ich im Finanzausschuße gesagt und nichts anderes.

Es wird nunmehr zur Abstimmung über Kapitel 18, „Land- und Forstwirtschaft“ geschritten. Bei derselben werden die Ansätze des Voranschlages nach den Anträgen des Ausschusses angenommen; ebenso werden die vom Ausschusse beantragten drei Entschließungen angenommen. Ferner werden die Entschließungsanträge Bösch, betr. den Verkehr mit Pflanzenschutz- und landwirtschaftlichen Desinfektionsmitteln, und Dr. Ursin, betr. Verhandlungen mit dem Impfstoffwerk in Graz angenommen.

Es wird der sechste Abschnitt, umfassend die Gruppen XIII „Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten“, XVI „Verkehrswesen, Bundesministerium für Verkehrswesen, Hoheitsverwaltung“ und XVII, „Sozialisierung“, in Verhandlung gezogen.

Spezialberichterstatte Parfik: Hohes Haus!
In der Gruppe XIII, Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten, Kapitel 19, Bundesministerium für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten, betragen die Bundesaussgaben 18.993.779.000 K, denen Einnahmen in der Höhe von 60.450.000 K gegenüberstehen. Der beim Bundesministerium auf Grund des Stellenplanes 1922 angesezte Personalaufwand umfaßt 1014 Personen, wovon 64 im Jahre 1923 zum Abbau bestimmt sind. Abgebaut wurden jedoch in der Zeit vom 1. Jänner bis 3. Februar 1923 50 pragmatisierte Angestellte und 3 Arbeiter; in der Zeit vom Oktober bis Ende Dezember 1922 sind 235 pragmatisierte Angestellte, 35 nichtpragmatisierte Bedienstete und 6 Arbeiter abgebaut worden, so daß die Gesamtzahl der beim Bundesministerium für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten allein abgebauten Personen 329 beträgt. Hier ist in der Post „Personenkraftwagen“ eine Änderung beantragt und auch angenommen worden. Es ist infolge Einziehung eines Kraftwagens diese Post von 74'4 auf 37'2 Millionen Kronen herabgesetzt worden.

Im Kapitel 20, Handel, Gewerbe, Industrie, Titel 1, „Allgemeine Ausgaben und Einnahmen“, sind folgende Aufwandszweige mit Rücksicht auf die Ausgabenhöhe hervorzuheben: Technisches Museum für Industrie und Gewerbe in Wien, die Handelsstatistik, Exportförderung und Handelsberichterstattung, die Holzausfuhrkontrollstelle und die Subventionspost „Wirtschaftliche Hilfe für Zeitungsunternehmen.“

Das „Technische Museum“, das seit 1. Jänner 1922 in die Verwaltung des Bundes übernommen worden ist, scheint ab 1923 zum erstenmal mit einem zergliederten Aufwand im Bundesvoranschlag auf. Bei der Übernahme sind 19 Vertragsbeamte und 5 Ansträumerinnen als Hilfsbedienstete übernommen worden. Bei der Handelsstatistik zeigt ein Vergleich mit den Ansätzen des ersten Entwurfes zum Voranschlage 1923 eine namhafte Verringerung der Ausgaben, die hauptsächlich auf die Durchführung des Personalabbaues — von 250 auf 120 Angestellte — zurückzuführen ist. In § 4, „Exportförderung und Handelsberichterstattung“, sind die Beiträge für das Handelsmuseum, für die Hochschule für Welthandel und die sonstigen Ausgaben für Handelsberichterstattung und für Zwecke der Exportförderung enthalten. Bemerkt wird, daß die Amtsabteilung beim Handelsmuseum seit 31. Dezember 1922 aufgelassen ist. Die „Holzausfuhrkontrollstelle“ ist mit rund 570 Millionen Kronen Ausgaben gegenüber 900 Millionen Kronen Einnahmen veranschlagt. Der Ansatz „Wirtschaftliche Hilfe für Zeitungsunternehmen“ ist mit 4 Milliarden Kronen angesetzt. Die Bedeckung für diese Ausgabe ist beim Handelsetat nicht besonders angewiesen, da die Eingänge der Papierexportabgabe, die unter Kapitel 16, Titel 2a, enthalten sind, herangezogen werden.

Im Titel 4, „Eichwesen“, werden durch Reorganisation des Eichwesens und insbesondere durch die Auflassung der Normaleichungskommissionen — Maßnahmen, die bereits im Zuge sind — wesentliche Ersparungen erzielt werden.

Im Titel 5, „Gewerbeförderung“, sind wesentliche Verminderungen im Personalaufwand und dadurch auch Ersparungen vorgenommen worden. Es sind sehr viele der Ämten, die dem Gewerbeförderungsamt unterstellt waren, auf die Gewerbeförderungsinstitute aufgeteilt worden, wodurch wesentliche Ersparnisse erzielt werden.

Zum Titel 6, „Gewerbliches Bildungswesen“, ist zu bemerken, daß die Bundeslehranstalten für Flechttechniken und Weidenzucht in Wien und für Holzbearbeitung in Hall in Tirol aufgelassen wurden, während die Lehranstalten für Schlosserei in Ebensee, für Holz- und Steinbearbeitung in Hallein und für Maschinisterei in Dornbirn einer entsprechenden Reorganisation im Sinne einer weitgehenden

Vereinfachung des Unterrichtsbetriebes unterzogen worden sind. Es ist sehr bedauerlich, daß die Mittel des Bundes nicht ausreichen und diese Institutionen und namentlich diese Flechtkurse der Lehranstalten für Flechttechnik aufgelassen werden müssen, denn ich glaube, wir hätten allen Grund, alle gewerblichen Bildungsanstalten zu fördern. Es muß aber leider mit den vorhandenen Mitteln das Auslangen gefunden werden und man mußte sich dazu entschließen, diese Abstriche vorzunehmen.

Zum Titel 8, „Generaldirektion der Industriewerke des Bundes in Liquidation“, bemerke ich, daß die Ausgaben der Generaldirektion ebenso wie die Einnahmen, die Liquidationseinnahmen darstellen, als außerordentliche veranschlagt wurden. Hier sind auch Änderungen in den Einnahmen und zum Teile auch in den Ausgaben beantragt worden, die auch im Ausschuß Ausnahme gefunden haben.

Im Titel 1, § 1, „Technisches Museum für Industrie und Gewerbe in Wien“, sind infolge Erhöhung der Besuchseinnahmen die Bundeseinnahmen von 63,450.000 K um 36,550.000 K auf 100,000.000 K zu erhöhen.

Im Titel 1, § 6, „Mobiliar-Verteilungsausschuß“ sind gleichfalls die Einnahmen um 200,000.000 K zu erhöhen.

Zum Titel 4 „Eichwesen“ ist zu bemerken, daß infolge Erhöhung der Eich- und Prüfungsgebühren um 400,000.000 K die Bundeseinnahmen von 4.671,320.000 K auf 5.071,320.000 K zu erhöhen sind. Auch beim Titel 7 „Bundesvermessungsamt“ sind durch Erhöhung des Verkaufspreises offizieller Kartenwerke die Bundeseinnahmen um 170,000.000 K von 1.602,000.000 K auf 1.772,000.000 K zu erhöhen.

Zum Titel 9 „Ehemalige kais. k. k. Hof- und Wirtschafszweige“ ist zu bemerken, daß auch hier eine Erhöhung Platz gegriffen hat, welche dadurch erzielt wurde, daß die Eintrittsgebühren in die Menagerie in Schönbrunn um 500,000.000 K erhöht wurden, so daß statt 1.000,300.000 K an Einnahmen 1.500,300.000 K erzielt wurden. Zu diesem wurde ein Resolutionsantrag vom Abg. Dr. Ellenbogen und einer vom Abg. Dr. Dautenberg eingebracht, denen der Ausschuß seine Zustimmung gegeben hat.

Durch Anträge des Berichterstatters sind folgende Abänderungen eingetreten, und zwar: Bei den Bundesaussgaben ein Abstrich von 118,000.000 K, bei den Bundeseinnahmen eine Erhöhung beim Titel 1 um 36.550 K, insgesamt um 1.306,550.000 K.

Ich komme nun zu Kapitel 21 „Bergwesen“, „Hoheitsverwaltung“. Hier sind die Ausgaben insgesamt mit 3.254,606.000 K und die Einnahmen mit 1.407,550.000 K eingestellt. Die Berghauptmannschaften in Wien und Klagenfurt sind aufgelassen worden. Für den bergbehördlichen Dienst bestehen nunmehr die Revierbergämter in Graz,

Leoben, Klagenfurt, Hall in Tirol, Wels und St. Pölten, außerdem das für das Burgenland errichtete und vorläufig in Sauerbrunn untergebrachte Revierbergamt.

Die montanistische Hochschule in Leoben ist die einzige Hochschule für das Berg- und Hüttenwesen in Österreich. Die Zahl ihrer Hörer, die in den Jahren 1909 bis 1914 durchschnittlich 415 betragen hat, ist in den letzten Jahren über 600 gestiegen. Bei der Hochschule Leoben wurden infolge der Erhöhung der Unterrichtsgebühren die Bundeseinnahmen von 59,950.000 um 120,000.000 K auf 179,950.000 K erhöht. Auch dieser Erhöhung wurde die Zustimmung erteilt.

Im Kapitel 22, „Bauten“, stehen den Ausgaben von 161.859,771.000 K Einnahmen in der Höhe von 1.873,922.000 K gegenüber. Die Post „Kursgewinne“ von 82,622.000 K betrifft eine Einnahme in Schweizer Franken, die der Bundeswasserbauverwaltung aus den Pachtverträgen für die Kiesgewinnung in Altrhein in Vorarlberg erwächst.

Die Bundesgebäudeverwaltung hat vor allem die Aufgabe, die staatlichen Gebäude, die ein namhaftes Aktivum des Bundes darstellen, vor dem Verfall zu schützen. Gerade hier ist die Ausgabenpost erhöht worden. Auch dieser Erhöhung hat der Ausschuß die Zustimmung gegeben. Ich bitte das hohe Haus, den Antrag des Finanz- und Budgetausschusses anzunehmen. (Beifall.)

Spezialberichterstatter Dr. Angerer: Hohes Haus! Die Gruppe XVI: Verkehrsweisen (Hoheitsverwaltung) umfaßt unter Kapitel 25, Titel 1, § 1, die Auslagen der Hoheitsverwaltung für Eisenbahnen und Fremdenverkehr, Luftfahrtwesen und Schifffahrt, ferner unter § 2 dieses Titels 1 die Ausgaben der Hoheitsverwaltung für die Post und unter § 3 die Ausgaben der Hoheitsverwaltung für Telegraphen, Fernsprecher und Rohrpost.

Unter Titel 2 des Kapitels 25 werden die Garantievorschüsse an Privatbahnen, die Begünstigungen auf Grund der Lokalbahngesetze, die Vorschüsse und Lasten aus den Südbahnübereinkommen, die anständigen Betriebskostenvergütungen und der Anteil am Betriebsabgange der Wiener Stadtbahn behandelt.

Unter Titel 3 sind die Ausgaben für den Fremdenverkehr veranschlagt, insofern er gesamtstaatliche Interessen und nicht ausschließlich oder vorwiegend Interessen der Bundesbahnen an der Hebung und Förderung des Fremdenverkehrs zum Ziele hat.

Unter Titel 4 wird das Luftfahrtwesen und unter Titel 5 die Schifffahrt behandelt.

Was die Ausgaben der Hoheitsverwaltung für das Eisenbahnwesen anbelangt, so möchte ich im besonderen auf die Ersparungsmaßnahmen kurz

hinweisen, die auf diesem Gebiete getroffen worden sind. Es hat eine wesentlich einfachere und sparsamere Gestaltung des inneren Dienstes Platz gegriffen und dadurch ist sowohl eine Verminderung der Dienststellen als auch ein weitgehender Personalabbau möglich gewesen. Durch die seit 1. April 1923 in Kraft stehende neue Diensteseinteilung wurde die Zahl der Sektionen und Revisionsgruppen von 10 auf 6, die der Departements, Bureau's, Spezialreferate und Dezernate von 53 auf 33 herabgesetzt. Demgemäß hat auch eine Personalverminderung stattgefunden, die Ende April 1923 rund 28 Prozent ausgemacht hat. Ich führe das deswegen an, weil vielfach die Meinung besteht, als ob der Abbau vor den Zentralstellen Halt mache. Das ist hier im Verkehrsministerium nach den Biffen, die ich hier vorgeführt habe, nicht der Fall.

Was die Post anbelangt, so möchte ich gleichfalls bemerken, daß auch hier die Ersparungsmöglichkeiten, soweit sie durch das Reform- und Finanzprogramm des Wiederaufbaugesetzes vorgesehen sind, entsprechende Berücksichtigung gefunden haben. Gegenüber dem Vorjahre weist der Stellenplan der Postsektion für 1923 eine Verminderung um 51 Posten auf. Zur Erzielung einer möglichststen Personalerparnis wurden bei den Dienststellen der Postsektion organisatorische Änderungen in der Weise durchgeführt, daß durch möglichste Zusammenziehung der Agenden 2 Departements aufgelassen und die bisherige Zahl der Gruppen von 3 auf 2 vermindert wurde, wobei noch die Gruppe 1 zur Ersparung eines Gruppenvorstandspostens unmittelbar dem Generaldirektor für das Postwesen unterstellt wurde. Auch in den Sachverhältnissen wurde eine Verminderung der Ausgaben erreicht, insbesondere bei der Heizung, die rund die Hälfte des gesamten Sachaufwandes der Ausgaben für das Postwesen ausmacht. Ersparnisse werden auch erzielt werden aus der Wiedervereinigung der Verwaltung des Telegraphen- und Fernsprechwesens mit der Postverwaltung; jedoch im heurigen Budget kommen diese Ersparungen naturgemäß nicht mehr zur Geltung. Soviel zu Titel 1.

Titel 2 behandelt vorwiegend Ausgaben, die mit der Hoheitsverwaltung an und für sich nichts zu tun haben. Es handelt sich nämlich da um Ausgaben, die als Garantievorschüsse an Privatbahnen, Begünstigungen auf Grund der Lokalbahngeetze, Vorschüsse für die Südbahn, ausländische Betriebskostenvergütungen für den Betrieb von Selbstkostenbahnen und als Anteil am Betriebsabgang der Wiener Stadtbahn den Bund belasten, also um Verpflichtungen, die der Staat eingegangen ist, die aber mit der eigentlichen Verwaltung an und für sich nichts zu tun haben. Ich möchte nur mitteilen, daß die Garantievorschüsse an Privatbahnen mit 40·7 Milliarden, die Begünstigungen auf Grund der Lokalbahngeetze mit 15·9 Milliarden, die Vor-

schüsse und Lasten aus dem Südbahnübereinkommen mit 510 Milliarden, die ausländischen Betriebskostenvergütungen gegenüber einzelnen Selbstkostenbahnen mit 50·2 Milliarden und der Anteil am Betriebsabgange der Wiener Stadtbahn mit 21·5 Milliarden in den Voranschlag eingelegt sind, Ausgaben, die in der Gesamtheit 638 $\frac{1}{2}$ Milliarden ausmachen. Von diesen Ausgaben sind die größte Post die Vorschüsse und Lasten aus dem Südbahnübereinkommen, 510 Milliarden. Bei dieser Gelegenheit muß darauf hingewiesen werden, daß diese Summe auf Grund der Verpflichtungen, die der Bund durch das „Régime provisoire“ und durch die internationalen Vereinbarungen, die wahrscheinlich auf Grund der Verhandlungen in Rom künftig als Definitivum in Geltung treten werden, eingegangen ist, als mutmaßliche Ausgaben für die Südbahn für 1923 eingelegt sind. Im ersten Entwurfe des Voranschlages sind für diesen Ausgabenparagrafen 800 Milliarden eingelegt gewesen. Es muß bei dieser Gelegenheit auf die außerordentlich große staatsfinanzielle und volkswirtschaftliche Bedeutung, welche die Südbahnfrage für unseren Staat besitzt, hingewiesen werden.

Im einzelnen wird über diese Frage gesprochen werden können, wenn das Übereinkommen, das in Rom abgeschlossen worden ist, Gegenstand der Verhandlung sein wird. Ich möchte hier nur auf die Wichtigkeit dieser Frage aufmerksam machen, sowie darauf, daß der Landtag von Kärnten, in dessen Gebiet weite Strecken der Südbahn liegen, einen Beschluß gefaßt hat, wonach die Regierung aufgefordert wird, die Eingliederung der Südbahn nicht ohne Einvernehmen mit der Kärntner Landesregierung durchzuführen. Daß bei den Zugahlungen, welche der Bund zum Betriebe der Südbahn leistet, auch eine gewisse Kontrolle des Staates vorhanden ist, ist ganz selbstverständlich; es werden die Normen, die, um Ersparungen zu erzielen, bei den Bundesbahnen angewendet werden, in analoger Weise auch bei der Südbahn eingehalten. Auch der Personalabbau ist dort im Gange; derselbe beträgt zur Zeit des Abschlusses des Berichtes nahezu zehn Prozent der vorjährigen Personalstandziffer.

Was die Wiener Stadtbahn anbelangt, deren Betriebsabgang 24 $\frac{1}{2}$ Milliarden Kronen ausmacht, wovon der Bund 21 $\frac{1}{2}$ Milliarden Kronen zu leisten hat, so wäre zu wünschen, daß jene Verhandlungen, welche die Neuregelung der Rechtsverhältnisse der Kommission für Verkehrsanlagen betreffen, unter dessen Verwaltung die Wiener Stadtbahn gehört, baldigst zu einem befriedigenden Abschluß gebracht werden können.

Titel 3 behandelt den Fremdenverkehr, und zwar jene Ausgaben, die sich nicht darauf beziehen, soweit die Eisenbahnen ein Interesse daran haben, sondern soweit die gesamtstaatlichen Interessen an

der Förderung des Fremdenverkehrs beteiligt sind und diese Ausgaben zur Förderung des Fremdenverkehrs, die den gesamtstaatlichen Interessen zu dienen haben, belaufen sich nach dem Voranschlag auf 136½ Millionen Kronen. Das ist verhältnismäßig nicht sehr viel und es wäre vielleicht zu erwägen und sicher wünschenswert, wenn die Ausgaben zur Förderung des Fremdenverkehrs entsprechend erhöht würden, weil ja der Fremdenverkehr eine jener Einnahmeposten ist, die einmal dazu beitragen werden, die Passivität unserer Handels- und Zahlungsbilanz einigermaßen zu überwinden. Allerdings muß den Fremden auch etwas geboten werden und es müßten auch die Preisverhältnisse in Österreich denen in anderen Ländern angepaßt werden, sonst wird ein Fremdenverkehr von dauernder Wirkung natürlich nicht zustande kommen können.

Der Titel 4 behandelt das Luftfahrtwesen. Hierfür sind insgesamt 289 Millionen Kronen als Ausgaben und 62·8 Millionen Kronen als Einnahmen eingelegt.

Der Titel 5 des Kapitels 25 endlich behandelt die Schifffahrt. Hier kommt die Schifffahrt auf unseren Alpenseen und die Handhabung der Schifffahrts- und Strompolizeiordnung in Betracht. Hierfür ist im Voranschlag ein Erfordernis von 238·9 Millionen Kronen eingelegt.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat sich mit dem Gegenstand beschäftigt und stellt den Antrag (*liest*):

„Den Ansätzen des Bundesvoranschlages für 1923, Kapitel 25, „Verkehrswesen (Hoheitsverwaltung)“, in der unveränderten Fassung der Regierungsvorlage wird die verfassungsmäßige Genehmigung erteilt.“

Ich bitte das hohe Haus, diesem Antrage zuzustimmen und auch den beigedruckten Entschlüssen, die im Finanz- und Budgetausschuß angenommen worden sind, die Zustimmung zu erteilen.

Das Kapitel 26 behandelt die Sozialisierung. Zu diesem Gegenstand ist ein Erfordernis von 114.000.000 K veranschlagt und das deswegen, weil im Wiederaufbaugesetz festgelegt ist, daß die Sozialisierungskommission zwar aufgelöst wird, aber das Bureau der Sozialisierungskommission als selbständiges Amt aufrechterhalten bleibt. Wenn auch vielfach die Meinung besteht, daß mit den Experimenten der Sozialisierung aufgeräumt werden müsse, daß sie nicht mehr erneuert werden dürfen und daher auch das Bureau der Sozialisierungskommission

in der heutigen Zeit überflüssig sei, so steht doch andererseits im Wiederaufbaugesetz der vom Parlament genehmigte Beschluß. Diesem Beschlusse mußte Rechnung getragen werden und aus diesem Grunde hat der Finanz- und Budgetausschuß beschlossen, dem Nationalrat den Antrag zu unterbreiten (*liest*):

„Den finanzgesetzlichen Ansätzen des Kapitels 26, „Sozialisierung“, des Bundesvoranschlages für das Jahr 1923 in der unveränderten Fassung der Regierungsvorlage wird die verfassungsmäßige Genehmigung erteilt.“

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

Präsident: Ich breche nunmehr die Verhandlung ab und schreite zum Schlusse der Sitzung.

Es ist mir ein Brief des Herrn Abg. Banngärtl zugekommen (*liest*):

„Sehr geehrter Herr Präsident! In meiner Rede zum Heeresbudget am 7. Juni d. J. erwähnte ich den Fall eines Zugführers Kolm in Wels, der wegen Teilnahme an einem Raubüberfall in Untersuchungshaft gezogen wurde. Im stenographischen Protokoll ist der Name Kolm auch richtig wiedergegeben. Hingegen ist in dem Abendkommuniké der „Amtlichen Nachrichtenstelle“ an Stelle des Namens Kolm der Name Kellner aufgetaucht. Dies hat für mich insofern zu unangenehmen Konsequenzen geführt, als in Wels auch ein Zugführer Kellner existiert. Ich bitte daher, sehr geehrter Herr Präsident, um Richtigstellung dieser Namensverwechslung.“

Auf Grund des stenographischen Protokolls der Sitzung vom 7. Juni stelle ich fest, daß der Herr Abg. Banngärtl in der von ihm erwähnten Rede tatsächlich nur von einem Zugführer namens Kolm in Wels gesprochen und einen anderen Namen nicht genannt hat. Durch einen Gehör-, beziehungsweise Schreibfehler ist in dem Berichte der Staatskorrespondenz aus dem Namen „Kolm“ der Name „Kollmer“ und in dem nach Linz übermittelten Berichte der „Amtlichen Nachrichtenstelle“ aus diesem Namen ganz unrichtig der Name „Kellner“ entstanden.

Nächste Sitzung Donnerstag, den 14. Juni, 11 Uhr vormittags.

L. D.: Fortsetzung der Spezialdebatte über den Bundesvoranschlag und das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1923 (B. 1428).

Schluß der Sitzung: 5 Uhr 55 Min. nachm.